



Politische Berichte

Nummer 20 / 13. Jahrgang

25. September 1992

G 7756 D Preis 1,50 DM

Bundesregierung gegen Änderung der Verträge. Dänemark will Ausnahmen bei Militär und Währung.

Vor allem bei den französischen Arbeitern und Bauern habe die Mehrheit gegen die Maastrichter Verträge gestimmt, meldet die Presse zum Ausgang des Referendums in Frankreich. Auch bei dem dänischen Referendum hatten berechnete Sorgen vor sozialem Abbau und vor der nach außen immer aggressiver und nach innen immer reaktionärer werdenden BRD zu einem ablehnenden Votum geführt. Das ist erfreulich. Aber der Widerstand der Lohnabhängigen in den EG-Staaten gegen die Übermacht einer immer aggressiver auftretenden BRD und gegen die Angriffe auf ihre sozialen Interessen im Gefolge der Maastrichter Verträge — Aufhebung des Nachtarbeitsverbots, Angriffe auf Tarifrrechte, Arbeitsschutz, Steuererhöhungen und Abbau von Sozialversicherungen — ist nur ein Teil der Entwicklung in der EG. Die zunehmenden Widersprüche zwischen den EG-Staaten, die tiefer werdende Wirtschaftskrise und die Übermacht der BRD fördern auch das Heraufkommen reaktionärer bis offen faschistischer Kräfte.

Die Bundesregierung will jetzt versuchen, die Maastrichter Verträge unverändert zum 1. 1. 1993 in Kraft zu setzen. Kohl wird dabei von der SPD unter Engholm, die in der trüben Hoffnung auf eine vermeintliche große Koalition immer eifertiger dem Kurs des Kanzlers folgt, in allen Punkten unterstützt. Die „ergänzende Erklärung“ oder „Klarstellung“, die für den nächsten Sondergipfel der EG Anfang Oktober in London vorbereitet wird, soll an der arbeitfeindlichen und reaktionären Grundrichtung der Maastrichter Verträge nicht das Geringste ändern. Insofern sind bei den brutalen Haushaltsprogrammen in Italien, Schweden, Griechenland, Belgien und anderen Ländern keine Abstriche zu erwarten. Stattdessen soll die Erklärung die Position der BRD in der EG weiter stärken: Parolen wie „Stärkung der Subsidiarität“ oder „Stärkung der Regionen“ werden reaktionäre regionalistische bis faschistische Kräfte wie die Lega Lombarda in Italien oder flämische Regionalisten in Belgien weiter ermuntern und so die inneren Widersprüche in diesen Ländern weiter anheizen — zum Vorteil der BRD, deren Konzerne und Regierung nur darauf lauern, ihre Vormachtstellung in der EG weiter auszubauen. Insofern kommt die Regierung Kohl auch der rechten Opposition in der BRD (Leute wie CSU-Gauweiler, FDP-Brunner u.a.) entgegen, die eine Revi-

Widersprüche in der EG nehmen an Schärfe zu

sion der Verträge zugunsten einer noch schrankenloseren Übermacht der BRD verlangt.

Ein zweiter Schritt zeichnet sich für den Fall ab, daß die dänische und die britische Regierung an ihrem Widerstand gegen die Währungsunion und den EG-Militärpakt (gegen letzteren opponiert vor allem die dänische Regierung) festhalten. Geplant ist eine weitere Verschärfung der Währungsunion. Sowieso sind wichtige Bestimmungen zur Währungsunion wie die über das Stimmrecht in der künftigen „EG-Zentralbank“ noch offen. Hier besagt der Maastrichter Vertrag bisher nur, daß das Stimmrecht „nach Einlagen“ verteilt wird. Bis vor wenigen Wochen hätte man sich gütlich an die Stimmrechte im bestehenden Währungsverbund EWS halten können. Durch die aggressive Zinspolitik der Bundesbank, die mit ihren extrem hohen Zinsen massiv ausländische Gelder in die BRD gelockt hat, um die BRD-Konzerne und -Regierung liquide zu halten, ist dieser „Waffenstillstand“ an der Währungsfront nunmehr gekündigt. Die britischen Konzerne würden jetzt wegen der Abwertung des britischen Pfunds in einer Währungsunion mit entsprechend weniger Gewicht in der EG-Zentralbank vertreten sein. Dasselbe gilt für die italienischen Konzerne und für alle, deren Währung gegenüber der D-Mark abgewertet wurde. Insofern ist die Stellung

der BRD bereits weiter gestärkt, hat die reaktionäre bis faschistische Opposition in der BRD gegen die Währungsunion der Bundesbank und den BRD-Konzernen willkommene Schützenhilfe geleistet. Diese Übermacht der BRD soll nun, so die Überlegungen im Regierungslager, weiter ausgebaut werden. So müsse die französische Regierung nach den Äußerungen Mitterands, eine EG-Zentralbank müsse Weisungen der EG-Regierungschefs ausführen, zu einer „Klarstellung“ gezwungen werden, die die völlige Unabhängigkeit der künftigen Zentralbank von allen Parlaments- und Regierungsorganen in der EG sichere. Solche „Klarstellungen“ sollen auch an anderen Punkten der Währungsunion noch erzwungen werden. Damit dieser Plan auch genügend Druck bekommt, sollen vor Inkrafttreten der Währungsunion Bundestag und Bundesrat noch einmal über den Eintritt in die Währungsunion beschließen.

Wohlgemerkt: Nicht darüber, daß die EG-Zentralbank auf soziale Interessen von Lohnabhängigen oder Beschlüsse von Parlamenten künftig Rücksicht nehmen muß, sondern darüber, ob es ausreichend gelungen ist, diese Interessen komplett auszuschalten! Notfalls, so heißt es aus Bankenkreisen, müsse man eben zuerst mit einer „kleinen Währungsunion“ aus BRD, Frankreich und den Benelux-Staaten beginnen. Das Er-

gebnis wäre eine EG-Zentralbank, die allein von den großen Banken und Konzernen in diesen fünf Staaten kontrolliert wird. Da unter Konzernen die Kapitalkraft entscheidet, wäre die Vormacht deutscher Konzerne sicher.

Auch mit dieser Lösung wäre die Regierung einen weiteren Schritt nach rechts gerückt, die von faschistischen Kreisen beständig propagierte völkisch-hierarchische Ordnung in Europa einen Schritt weiter: Eine kleine Zentralgruppe von Mächten, angeführt von der BRD und ihren Konzernen, würde alle anderen Staaten in der EG wirtschafts- und währungspolitisch beherrschen.

Noch in dieser Woche will die Bundesregierung zusätzlich mit Beschlüssen zum „Osthandel“ die Expansion der deutschen Konzerne nach Osten beschleunigen. Geplant sind bilaterale Abkommen, die, so das Handelsblatt am 22. 9., auf den Punkt genau an der Osthandelspolitik des deutschen Faschismus unter Reichsbankpräsident Schacht anknüpfen. Gelingt dieser Coup, so drohen den anderen EG-Konzernen weitere Einbrüche im Ostgeschäft, während deutsche Konzerne den Ostmarkt zunehmend monopolisieren. Auch diese Drohung dürfte geeignet sein, die anderen EG-Staaten und die großen Konzerne dort an die Vorteile eines „Bündnisses“ mit deutschen Konzernen bei der Unterwerfung Osteuropas zu erinnern. — (rül)

Ungarische Nationalisten wollen Grenzrevision

Mehrere zehntausend Menschen demonstrierten am 19. 9. in Budapest unter der völkischen Losung der „Schaffung eines ungarischen Lebensraumes“. Mitten in der Regierungspartei „Ungarisches Demokratisches Forum“, angeführt von dessen stellvertretendem Vorsitzenden Csúrka, formiert sich eine faschistische Bewegung, deren Einfluß rapide wächst. Csúrka, der sich auch für die Rehabilitation des Faschismus ausspricht und eine antisemitische Propaganda entfacht, schrieb in der Wochenschrift *Magyar Forum* (20. 8.): „Die neue Situation bringt für das Ungarn neue Gefahren und die Möglichkeit, einen neuen ungarischen Lebensraum zu schaffen.“ Ziel der faschistischen Bewegung ist eine Grenzrevision auf Kosten Rumäniens, Jugoslawiens und der Slowakei. Kritiker bestätigen, daß solche Positionen auch in anderen politischen Gruppierungen der ungarischen Gesellschaft Fuß fassen. — (scc)

Konzernkritiker verlassen „Deutschen Umwelttag“

Bereits am Eröffnungstag haben fünf Umweltschutzgruppen die Messe des „Deutschen Umwelttages“ in Frankfurt/Main verlassen. Sie protestierten damit gegen die unerwartet massive Industriedominanz. Neben dem „Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre“ haben unter anderen die „Coordination gegen BAYER-Gefahren“, die „Kritischen Aktionäre Daimler-Benz“ und das „Schering-Aktionsnetzwerk“ ihren Gemeinschaftsstand auf der DUT-Messe verlassen. Kleinere Umweltschutzgruppen wurden durch Standmieten bis zu 150 DM pro Quadratmeter abgeschreckt.

— (Pressemitteilung des Dachverbands der Kritischen Aktionäre e.V., gekürzt)

Rechtsanwalt Dr. Croissant zum „Spionage“-Vorwurf

„Der Vorwurf, Brigitte Heinrich und ich hätten Verrat an der Linken begangen, ist infam und entbehrt jeder Grundlage. Brigitte Heinrich und ich haben mit allen Teilen der Linken im In- und Ausland Erfahrungen ausgetauscht und unsere politischen Überzeugungen und Ziele diskutiert. In diesen Rahmen fallen auch Kontakte zur DDR. Sie beruhen nicht auf einem Lohnverhältnis — „Agentenlohn“ haben wir nie erhalten — sondern auf unserer Entscheidung, uns angesichts einer immer aggressiver auftretenden BRD ... bewußt auf die Seite des anderen deutschen Staates zu stellen ... Ich habe beim Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs erklärt, daß ich mich zu dem Vorwurf „geheimdienstlicher Agententätigkeit ...“ äußern werde ... Daß ich ... in Haft genommen wurde, ohne mir zuvor auch nur rechtliches Gehör zu gewähren, kann ich nur als späte Revanche für die scharfen öffentlichen Angriffe ansehen, die ich als Verteidiger von Gefangenen aus der RAF gegen die bundesdeutsche Justiz erhoben habe.“

— (Presseerklärung von Dr. K. Croissant, 18. 9. 92, aus Platzgründen gekürzt)

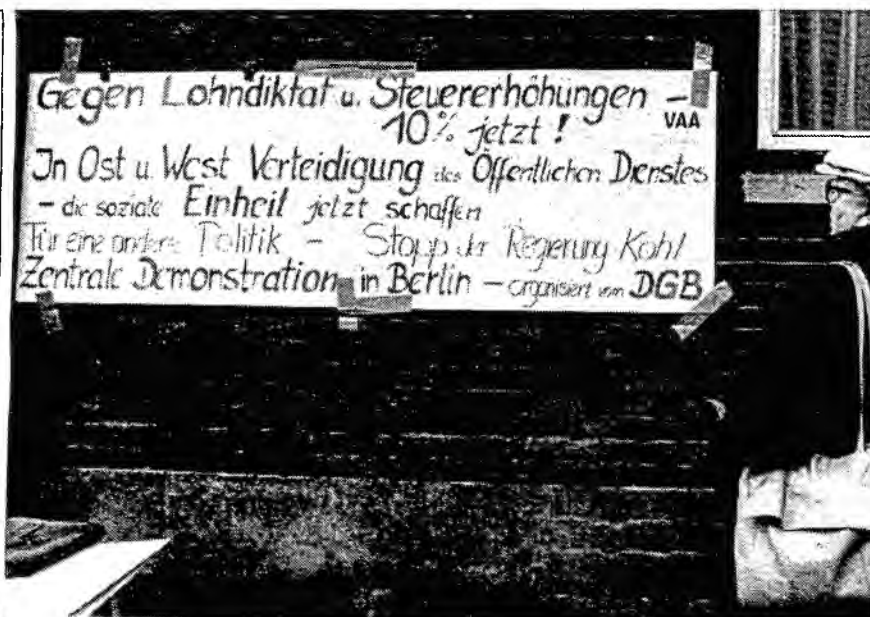
Bundesanwälte versuchen, Irans Agenten zu schützen

Nach dem Mord an vier Politikern der „Demokratischen Partei Kurdistans — Iran“ (DPK-I), darunter der Generalsekretär Dr. Serefendi, versucht die Karlsruher Bundesanwaltschaft (BAW), die Verantwortung des iranischen Geheimdienstes zu vertuschen. Als Täter kämen die PKK, rivalisierende kurdische Gruppen und der iranische Geheimdienst in Frage, behauptete BAW-Sprecher Förster. Sowohl die PKK wie die DPK-I haben gegen diese Behauptung protestiert. Die DPK-I wirft der BAW vor, ihre Behauptungen seien im besten Fall ein Beweis totaler Unkenntnis der kurdischen Situation, im schlimmsten Fall ein Versuch, den Iran freizusprechen, um die Beziehungen zum „Geschäftspartner Iran“ nicht zu stören. Dokumente zum Mord: Seite 4. — (rül)

DGB mobilisiert zu Herbstaktionen

„Für die Wende zu einer sozialen Politik“ lautet die Parole, mit der der DGB zu „Herbstaktionen“ aufruft. Größere Kundgebungen sind in Chemnitz (24. 9.), Duisburg-Rheinhausen und Saarbrücken (beide 26. 9.), Erfurt (1. 10.), Berlin und Frankfurt/Main (beide 2. 10.) und München (15. 10.) geplant. Schwerpunkte sollen „Probleme der Gesundheits-, Arbeitsmarkt- und Wohnungsbaupolitik“ sein, teilt der DGB mit.

— (rül, Bild: af/mz)



BRD bildet Interventionstruppen

Bis April 1993 sollen erste „Krisenreaktionskräfte“ bereitstehen

Im Februar hatte der Stab des Generalinspektors in einem inzwischen berichtigten Strategiepapier „deutsche Sicherheitsinteressen“ neu definiert: Sicherung des Welthandels und des Zugangs zu Rohstoffen sind danach u.a. Aufgaben der deutschen Armee. Verschiedentlich gab es Bestürzung — auch darüber, wie selbstverständlich die Armee die politische Debatte um Out-of-Area-Einsätze ignorierte und daß die Bundesregierung das Papier nachträglich billigte.

Inzwischen ist bekannt, daß das Militär den Zielvorgaben bereits konkrete Planungsschritte hat folgen lassen. Am 3. August hat der Inspekteur des Heeres, General Hansen, eine „Weisung Nr. 1“ erlassen, in der sehr konkret festgelegt ist, wie die Bundeswehr „Krisenreaktionskräfte“ bilden soll und welche Bundeswehreinheiten diesen zugeordnet werden (*Die Welt*, 10. 9. 92). Der Verteidigungsminister soll diese Weisung seines Generals zwar zurückgezogen haben, aber nach der Kommandeursta-

gung des Heeres Anfang September schob General Hansen sogar den Termin nach, zu dem die „Krisenreaktionskräfte“ einsatzbereit stehen sollen: April 1993! Es werden also bereits jetzt, wo überhaupt noch keine Entscheidung über mögliche Einsätze der deutschen Armee gefallen ist, Eingreifverbände aufgestellt; und das in großem Stil, denn nach der „Weisung Nr. 1“ handelt es sich um einen Korps-Stab und zwei Divisionen.

Nach Informationen des SPD-Bundestagsabgeordneten Kolbow probt das Heer bei Truppenübungen bereits die „Krisenbewältigung im Ausland“ (*Frankfurter Rundschau*, 16. 9. 92). In Einheiten, die für die Eingreifverbände vorgesehen sind, müßten bereits Verpflichtungserklärungen für den Einsatz im Ausland unterschrieben werden.

Der Verteidigungsminister, immerhin Oberbefehlshaber der Streitkräfte im Frieden, hat das erneute eigenmächtige Handeln der Militärführung nicht gemaßregelt, hat erneut nicht auf dem Primat der Politik bestanden, sondern ist

nachgezogen. Am 17. 9. 92 ließ er von der Bundeswehrführung Leitlinien verabschieden, wonach bis Oktober 1993 zwei Bataillone für UN-Missionen einsatzbereit zur Verfügung stehen sollen (*FR*, 18. 9. 92).

Allerdings, und das muß ein Minister wohl nachschieben, sei Voraussetzung ein entsprechender politischer Beschluß über die Beteiligung Deutschlands an UN-Einsätzen. Sehr unkonkret war Rühes Ankündigung, daß darüber hinaus Krisenreaktionsstreitkräfte gebildet werden sollen. Die Absicht der Heeresführung, die Streitkräfte für die „Krisenbewältigung“ waffen- und personalmäßig zum Kern des ganzen Heeres zu machen, ist damit nicht vom Tisch. Im Gegenteil: Die Generäle, die inzwischen die Hauptaufgabe der Bundeswehr darin sehen, eine deutsche Interventionsarmee zu werden, können sich eher gestärkt fühlen. Es verstärkt sich der Eindruck, daß die deutsche Generalität nicht nur zu Interventionen bereit ist, sondern mit aller Macht darauf drängt. — (jok)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Möller's „Strategie“

Mit einem „Strategiepapier“: „Wirtschaftspolitik für die neunziger Jahre“ hat Wirtschaftsminister Möller die Angriffe von Kapitalisten und Regierung gegen Gewerkschaften und Tarifrechte bekräftigt. Er verlangt ein „Überdenken der Tarifpolitik“, „Differenzierung der Löhne“ und die Möglichkeit, „geltende Tarifverträge durch Betriebsvereinbarungen zeitlich befristet“ außer Kraft zu setzen. Das neue Arbeitszeitgesetz (s.u.) müsse „wirtschaftliche Maschinenlaufzeiten“ ermöglichen, mehr Sonn- und Feiertagsarbeit und „großzügige Ausgleichszeiträume“ für Überstunden. Die Unternehmenssteuern müssten weiter gesenkt werden (Spitzensteuersatz auf 44 % runter, bei Auszahlung von Dividenden sogar auf 30 %), im Bundeshaushalt von „konsumtiven Ausgaben“ zu „investiven Ausgaben“ umgeschichtet werden.

Neues Arbeitszeitgesetz

Arbeitsminister Blum hat ein neues Arbeitszeitgesetz vorgelegt. Ein Referentenentwurf wurde Mitte September an Verbände, Bundesländer und Kirchen verschickt. Damit versucht der Minister zum dritten Mal, den Kapitalisten mit einem neuen Arbeitszeitgesetz noch längere Arbeitszeiten zu ermöglichen. Aus der Pressemitteilung des Ministers: „Der Spielraum für eine intelligentere Verteilung der Arbeitszeiten wird erweitert: Die tägliche Arbeitszeit kann auf bis zu 10 Stunden verlängert werden, sie ist allerdings innerhalb eines Ausgleichszeitraums von 4 Monaten (bisher: 2 Wochen) auf durchschnittlich 8 Stunden auszugleichen.“ Nacharbeit soll „arbeitsmedizinisch und sozialpolitisch flankiert werden, nicht aber — wie in der Vergangenheit — für bestimmte Arbeitnehmergruppen verboten werden.“ Sonn- und Feiertagsarbeit wird künftig auch dann schon erlaubt, wenn Unterbrechungen „den Einsatz von mehr Arbeitnehmern erfordern als bei durchgehender Produktion“. Das Verbot der Beschäftigung von Frauen im Baugewerbe wird aufgehoben.

BDI-Necker: Tarifbruch!

Der Nachfolger von BDI-Präsident Weiss, Tyll Necker, hat sich gleich nach Amtsantritt für eine schärfere Gangart von Regierung und Kapitalisten gegen die Gewerkschaften stark gemacht. Im Handelsblatt propagierte Necker — der nach dem Anschluß der DDR u.a. eine brandenburger Metallfirma übernommen hat und mit dieser Firma kürzlich aus Protest gegen die Metalltarife aus dem dortigen Arbeitgeberverband austrat — in einem umfangreichen Grundsatzartikel „Tarifkorrekturen“, also Lohnsenkungen, im Osten, sowie eine staatliche Aufhebung der Tarifvertragsfreiheit der Gewerkschaften. Necker: „Die Vorstellung, in wenigen Jahren gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West zu schaffen, ist schlicht eine Illu-

sion... Eine zeitlich begrenzte, auf die neuen Bundesländer beschränkte gesetzliche Aussetzung des § 3, Ziffer 3 des Tarifvertragsgesetzes würde keineswegs die „heilige Kuh“ Tarifautonomie schlachten, sie würde nur die Tarifautonomie aus der Verbandsebene auf die Betriebsebene verlagern.“

Jagd auf „Schwarzarbeit“

Mitte September hat die Bundesregierung einen „Bericht über Erfahrungen bei der Anwendung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes sowie über die Auswirkungen des Gesetzes zur Bekämpfung illegaler Beschäftigungen“ vorgelegt. Vermutlich, um die Kritik der Gewerkschaft an der „Leiharbeit“ und ihre Forderung nach Verbot solcher Sklavenarbeit zu kontern, stellt die Regierung das Ausmaß von „Schwarzarbeit“ massiv in den Vordergrund. „Mehr als 100 Mrd. DM Schaden“ entstünde dadurch im Jahr. Genannt werden ganze 413 Fälle von Schwarzarbeit in 1991, bei denen die Gewerbeämter Bußgeld verhängten. Von diesen Geldbußen wurden 25 gegen die Auftraggeber der Schwarzarbeit verhängt, der Rest traf also die Arbeiter.

Engholm: BRD in Sicherheitsrat

Auch der SPD-Vorsitzende Engholm hat sich der Forderung der Bundesregierung angeschlossen, daß die BRD in Zukunft im UN-Sicherheitsrat vertreten sein müsse. Die Bundesregierung „begründet“ ihre Forderung u.a. mit dem — vom Parlament noch gar nicht gebilligten — künftigen Einsatz von Bundeswehrtruppen im Rahmen der UNO. Der Sicherheitsrat entscheidet u.a. über Truppeneinsätze im Rahmen oder Auftrag der UNO. Bei diesen Entscheidungen will die Bundesregierung künftig direkt mitstimmen und damit Kriege direkt mitanzetteln können.

Flüchtlinge nach Rumänien

Bundesinnenminister Seitz hat mit der rumänischen Regierung ein „Abkommen über die Rücknahme von rumänischen Staatsangehörigen“ ausgehandelt. Am 24. September soll es in Bukarest unterzeichnet werden. In dem Abkommen verpflichtet sich die rumänische Regierung, rumänische Staatsangehörige selbst dann zu übernehmen, „wenn sie nicht im Besitz eines gültigen Ausweispapiers sind.“ Tatsächlich hatten die Behörden bereits in den letzten Wochen massiv gegen angebliche „rumänische“ Roma und Sinti gehetzt, die die BRD überschwemmen würden. Das Abkommen würde erlauben, alle Roma und Sinti, die ohne gültige Papiere aufgegriffen werden, unterschiedslos mit Gewalt nach Rumänien zu schicken.

Was kommt demnächst?

Ende September beginnen die DGB-Herbstaktionen gegen die Bundesregierung (Chemnitz 24.9., Saarbrücken und Duisburg 26.9., Berlin und Frankfurt 2.10.) Am 3.10. spricht Kohl in Schwerin zum Jahrestag des DDR-Anschlusses. Anfang Oktober ist ein Gipfel der EG-Staats- und Regierungschefs geplant. Vom 2.-3.10. ist FDP-Parteitag.

Auszüge aus einer Erklärung der PDS-LL-Bundestagsgruppe (August)

Ursachen für und Formen wirksamer Entgegnung auf Rassismus und Neonazismus; die radikale Korrektur des bisherigen Vereinigungsprozesses; die Verhinderung des Ausbaus der militärischen Macht des größer gewordenen Deutschland — diese drei Fragekomplexe stellt die Bundestagsgruppe ins Zentrum ihrer Überlegungen, die hier gekürzt wiedergegeben werden. — (L.B.)

Wie nie zuvor seit 1945 ist der Rassismus zu einer neuen Gefahr in Deutschland geworden. Was sich mittlerweile alltäglich vor Flüchtlingsheimen in unserem Land abspielt, ist eine äußerst ernstzunehmende Bedrohung des Lebens und der Gesundheit von allen bei uns lebenden AusländerInnen. Wir sind entsetzt und beschämt darüber.

Keine soziale Not, keine Arbeitslosigkeit und keine Zukunftsangst gibt irgendjemandem das Recht, mit Brandbomben, Baseballschlägern, Steinen oder anderen Waffen über Menschen herzufallen, denen es wahrlich noch elender geht als den Attentätern.

Wir sind allerdings nicht weniger erschrocken über die Reaktionen aus der regierenden CDU/CSU und leider auch über viele Reaktionen aus der SPD: Die rassistischen Stimmungen werden als Schwungrad für die weitere Aushöhlung des Asylrechts ausgenutzt.

Angesichts dieser Situation bedarf es einer großen Anstrengung vieler politischer Kräfte, in der Bundesrepublik wieder einen Konsens darüber herzustellen, daß eine deutsche Geburtsurkunde kein Berechtigungsschein für Überheblichkeiten ist, daß das Asylrecht als grundlegendes Menschenrecht nicht angetastet werden darf und daß der Prüfstand für die Moral und Zivilisation einer Gesellschaft vor allem anderen ihr Umgang mit Flüchtlingen und Verfolgten, mit Diskriminierten und Gedemütigten ist.

Die PDS/LL hat vor nahezu einem Jahr, unmittelbar nach den rassistischen Gewalttaten in Hoyerswerda, einen Antrag in den Bundestag eingebracht, daß die Bundesregierung die finanziellen Mittel für eine großangelegte Aufklärungskampagne gegen den Rassismus nach Art der Anti-AIDS-Kampagne bereitstellen möge. Dieser Antrag schlummert seitdem in den Ausschüssen... Die PDS/LL wird ihre Arbeit an der Vorlage eines Antirassismusesetzes intensivieren.

Wir regen darüber hinaus an, eine überfraktionale Parlamentariergruppe zu bilden, die jenseits der üblichen Zwänge im Bundestag oder in den Landtagen über die Gefahren des Rassismus und Neonazismus nachdenkt und sich eine eigene Handlungsfähigkeit in der öffentlichen Debatte schafft.

Die Art des Vereinigungsprozesses hat einerseits für die Menschen in den neuen Bundesländern Einschränkungen

und Entmündigungen aufgehoben, denen sie in der DDR-Gesellschaft unterworfen waren, andererseits aber auch neue Beschädigungen in sozialer, kultureller und persönlicher Hinsicht herbeigeführt. Beides kann im Ernst von keiner Seite geleugnet werden. Die Regierung bejubelt jedoch nur das erste und ignoriert das zweite.

Angesichts zunehmenden Sozialabbaus in der gesamten bundesrepublikanischen Gesellschaft fordern wir die Rückkehr zum Sozialstaatskompromiß. Nicht Arbeitslosigkeit, sondern Arbeit muß finanziert werden, u.a. durch degressive Lohnsubventionen. Deregulierungsvorhaben wie die Einführung von Karenztagen und die Flexibilisierung bzw. Verlängerung statt Verkürzung der Arbeitszeit gilt es ebenso abzuwehren wie die Verletzung der Tarifautonomie in Ost- und Westdeutschland.

Die PDS/LL fordert eine Umkehr aus der brachialen Kulturvernichtungspolitik, wie sie fast überall in Ostdeutschland betrieben wird, und eine sofortige Beendigung der Abwicklung der ostdeutschen Intelligenz. Das ist ein Raubzug gegen die „ostdeutsche Biographie“ insgesamt.

Die verstärkte Diskussion um „ostdeutsche Interessen“ in den neuen Bundesländern kann deswegen niemand verwundern. Sie ist der Versuch, die Hemmnisse einer wirklichen Integration von zwei bis vor kurzem einander „fremden“ Gesellschaften nüchtern zu benennen und zu überwinden. Die PDS/LL wird jederzeit prüfen, ob Vorschläge der sich herausbildenden „Komitees für Gerechtigkeit“ von ihr parlamentarisch unterstützt werden können.

Ein Ergebnis der bisherigen verfehlten Vereinigungspolitik ist auch, daß so ziemlich alles das mißachtet und wegrasiert wurde, was sich nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes in der DDR-Bevölkerung selbst als neue demokratische Kultur zu entwickeln begann. Die Verfassungsdebatte ist im größt gewordenen Deutschland in der breiten Öffentlichkeit verebbt. Dies wird von konservativen Kräften genutzt, das Grundgesetz nach ihren Vorstellungen auszuhöhlen. Dagegen erfahren Überlegungen zur Entbürokratisierung und Dezentralisierung der Gesellschaft und des Staates, zur Einführung von Initiativ- und Rederechten von Bürgerinitiativen und -bewegungen auf parlamentarischen Ebenen, zur Neudefinition und Ausdehnung von Grund- und Menschenrechten auch in sozialer Hinsicht (Recht auf Arbeit, Recht auf menschenwürdiges Wohnen) usw. in der herrschenden Politik nur noch diskussionslose Ablehnung. Das muß sich wieder ändern.

Zu einer Neubelebung der Demokratie-Diskussion gehört dabei auch ein Überdenken des bisherigen Wahlrechts. Zulassung von parteiunabhängigen oder

übergreifenden Vereinigungen und Listen; personelle Auswahlmöglichkeit der KandidatInnen nicht nur durch die Parteien, sondern auch durch die WählerInnen; Verknüpfung von Wahlen mit Volksentscheidungen zu wesentlichen Fragen, deren Ergebnisse für die anschließende Regierungspolitik verbindlich sind; Einführung eines Wahlrechts auch für die in der Bundesrepublik lebenden AusländerInnen; u.a.m.

Die PDS/LL wird außerdem die Möglichkeiten zu parlamentarischen Initiativen prüfen, die für eine übergangsweise Einführung einer 3. Kammer für die ostdeutschen Länder zur wirksamen Sicherung der Rechte und Interessen der Minderheit der Ostdeutschen erforderlich wären.

Deutschland ist heute eine der Großmächte, die den Anspruch erheben, Wächter und Regisseur der Weltpolitik zu sein — und kaum jemand stellt dies noch in Frage.

Die PDS/LL hält daran fest, daß ein tatsächlicher Beitrag zur Friedenssicherung nur darin bestehen kann, die militärische Logik zu durchbrechen und eine umfassende Entmilitarisierung im eigenen Land einzuleiten.

Es darf nicht einen einzigen Schritt weiter geben, der zu einer Gewöhnung der Öffentlichkeit an eine internationale Mission deutscher Militärpolitik führt — weder über die NATO, noch über die WEU, noch über die UNO. Die PDS/LL verlangt, daß alle bislang ergriffenen Maßnahmen, die Bundeswehr auf internationale Einsätze vorzubereiten, rückgängig gemacht werden.

Die PDS/LL streitet auch vor diesem Hintergrund für eine europäische Einigung der Völker statt für eine Einigung ihrer Regierungen und Bürokratien auf Kosten der Völker — sowohl der europäischen als auch insbesondere der außer-europäischen. Wir widersetzen uns allen Bestrebungen, Europa zu einer wirtschaftlichen, politischen und militärischen Festung auszubauen, wie dies durch die Maastrichter Verträge und andere Abkommen (Schengen) befördert wird. Wir unterstützen die Absicht, auch in der Bundesrepublik die Entscheidung in diesen Fragen nicht ausschließlich der Regierung und dem Parlament zu überlassen, sondern einen Volksentscheid herbeizuführen.

In einer neuen solidarischen Weltwirtschaftsordnung, für die wir eintreten, darf der Reichtum der Bundesrepublik und Europas nicht länger auf dem Hungertod in Somalia und dem zerstörten Regenwald in Brasilien basieren. Wir sind uns bewußt, daß dies nur erreichbar ist, wenn es ein umfassendes gesellschaftliches Umdenken in unserem Land gibt.

Die vollständige Erklärung vom 27./28.8.92 ist u.a. dokumentiert im „Informationsblatt“ des „kommunalpolitischen forums“ Nr. 18/92.



Das Bundesarbeitsministerium hat „stärkere Kontrollen“ gegen illegale Leiharbeit auf Baustellen angekündigt. Außerdem will das Ministerium eine Reduzierung der vertraglich zugelassenen Zahl von sogenannten „Werkvertragsarbeitnehmern“ aus Osteuropa „prüfen“. Im vorletzten und letzten Jahr noch hatte das Arbeitsministerium spezielle „Werkvertragsverträge“ mit Staaten Osteuropas geschlossen, um dem Baukapitalisten die Rekrutierung solcher Niedriglohn-Arbeitskräfte zu erleichtern. Die Gewerkschaften hatten immer wieder gegen diese Rekrutierungen protestiert und auf die empörend niedrigen Löhne dieser Arbeiter und ihre skandalösen Arbeitsbedingungen hingewiesen. Um wieviel nun konkret die Zahl der erlaubten „Werkverträge“ eingeschränkt wird, ist noch offen.

Die Politik des Westens verschärft den jugoslawischen Bürgerkrieg

Der Sicherheitsrat hat bei drei Enthaltungen beschlossen, der UNO-Vollversammlung den Ausschuß Jugoslawiens — nach der gewaltsamen Lostrennung mehrerer Teilrepubliken noch aus Serbien und Montenegro bestehend — aus der UNO zu empfehlen. Bundesaußenminister Kinkel, Hauptbetreiber dieser Entscheidung, zeigte sich „befriedigt“.

Die Frankfurter Allgemeine kommentierte: „Würde man die Kontinuität der beiden jugoslawischen Staaten (des „alten“ und des „neuen“ — Red.) anerkennen, wären damit die unabhängig gewordenen Republiken wie das UN-Vollmitglied Kroatien indirekt abgewertet als Sezessionsstaaten minderer Legitimität.“ (21.9.) Hinzuzufügen ist, daß an den Sezessionsstaaten auch immer haften bliebe, daß sie, so Kroatien und Bosnien-Herzegowina, die Lostrennung gegen den Willen großer Minderheiten vollzogen haben, die im jugoslawischen Völkerbündnis bleiben wollten.

Andere Gründe spielen für die Entscheidung der den Sicherheitsrat fast nach Belieben beherrschenden Westmächte eine mindestens ebenso große Rolle. Der Antrag Jugoslawiens auf

Neuaufnahme — er wird im Beschluß des Sicherheitsrates „empfohlen“ — eröffnet dem Westen neue Möglichkeiten der Einmischung und des Diktats.

Vor allem aber: Anders als etwa Kroatien, das sich völlig vom Westen abhängig gemacht hat, kann das heutige Jugoslawien eine isolationistische Politik einschlagen, d.h. seine eigenen Ressourcen mobilisieren und verhältnismäßig selbständig und unabhängig existieren. Das ist für die imperialistische Strategie, die den Balkan in eine Vielzahl von kleinen abhängigen Staaten zerlegen will, ein ernstes Hindernis. Der Beschluß des Sicherheitsrates zielt auf eine neue Konfliktlinie, diesmal zwischen Serbien und Montenegro. Die Auseinandersetzungen um den jugoslawischen Ministerpräsidenten Panic — serbische Politiker forderten seine Absetzung, Montenegro drohte daraufhin mit der Aufkündigung des Bündnisses — ließen die Belastungen aufscheinen, denen die Beziehungen zwischen den Teilrepubliken angesichts der imperialistischen Isolations- und Embargopolitik ausgesetzt sind. Verschärfter Druck, so das Kalkül, wird die Risse vertiefen, womöglich bis

zum Auseinanderbrechen. Serbien wäre dann auch des letzten Zugangs zum Meer beraubt und wirtschaftlich und politisch erheblich geschwächt.

Währenddessen werden Bosnien und — vor allem — Kroatien aufgerüstet; die Faschistenhorden der HOS, Nachfolger der Ustascha, verfügen über modernste westliche Waffen. Die Besetzung und De-facto-Annexion großer Gebiete Bosnien-Herzegowinas durch Kroatien wird von den westlichen Garantemächten Kroatiens stillschweigend geduldet und damit abgesegnet. Neue blutige Konflikte, die Ausweitung und Verlängerung des Bürgerkrieges sind so vorgezeichnet. Auch die Ereignisse bei Gorazde verschärfen und verlängern den Krieg: Als die serbischen Truppen aus der Gegend möglicher Verständigung den Belagerungsring um die Stadt lockerten, richteten bosnische Bewaffnete unter 3000 fliehenden serbischen Zivilisten ein furchtbares Blutbad an. Friede und Verständigung rücken in immer weiter Ferne, die Bestrebungen der Imperialisten, sich auf lange Zeit in der Region festzusetzen, auch militärisch, gewinnen Gestalt. — (sc)

Der Präsidentschaftswahlkampf und die Kongresswahlen in den USA sind in diesem Jahr geprägt von den Auswirkungen der langandauernden Rezession, von einem weitverbreiteten Unmut über „die Politiker“ und von der Existenz eines unabhängigen Präsidentschaftskandidaten.

Sorge um den Arbeitsplatz

Die lange Serie von Massenentlassungen in den beiden letzten Jahren in der Auto-, Chemie-, Computer- und Halbleiterindustrie und sogar bei den Banken hat zu einem Klima allgemeiner Besorgnis über die Sicherheit des Arbeitsplatzes geführt. Wenn die Arbeitsplätze in den Industrien, die als die sichersten galten und zu den bestbezahlten gehören, in Masse wegrationalisiert oder ins Ausland verlagert werden, dann ist kein Arbeitsplatz mehr sicher. Jedermann kennt einen Freund oder Bekannten, der in letzter Zeit seinen Arbeitsplatz verloren hat und nach langer Suche vielleicht endlich einen wesentlich schlechter bezahlten Job gefunden hat. Der niedrige Zinssatz hat nicht dazu geführt, daß die Leute mehr Autos gekauft haben. Der niedrige Hypothekenzins hat zu Umfinanzierungen, aber nicht zu vermehrten Hauskäufen geführt. Die Angst, ob man morgen noch die Raten bezahlen kann, ist allgegenwärtig.

Das hat dazu geführt, daß in diesem Wahlkampf die Ökonomie an vorderster Stelle steht. Man will von den Kandidaten wissen, wie sie konkret die Wirtschaft aus der Rezession herausholen wollen und wie sie Arbeitsplätze schaffen wollen. Das setzt der Wirksamkeit eines Wahlkampfes Grenzen, der allein auf ideologischen Phrasen basiert — wie die Großartigkeit Amerikas, Amerika als bewunderter Führer der freien Welt, das Vorbild der Demokratie, die amerikanische Vision, daß jedermann die Chancen zu Aufstieg und Reichtum hat. In dieser Sorte Wahlkampf war die Republikanische Partei immer groß.

Kein Vertrauen in „die Politiker“

Die Frustration über die nimmerendende Rezession und die tatsächliche oder empfundene Untätigkeit in Washington hat nicht nur Präsident Bush eine außerordentlich niedrige Zustimmungquote beschert, sondern die Politiker im allgemeinen sind in Verruf gekommen. Das gilt besonders für den Kongreß, der mit einer Reihe von Skandalen — von Tausenden von geplatzten Schecks bei der Repräsentantenhaus-eigenen Bank bis zu Schiebereien bei dem Kongreß-eigenen Postamt — wenig zur Verbesserung seines Rufes einer Schmalztopfpolitik beigetragen hat. 150 von ca. 540 Abgeordneten haben es vorgezogen, nicht wieder zu kandidieren, doppelt so viele als normal.

Viele Kandidaten, inklusive Präsidentschaftskandidat Ross Perot — ja, wohl, er ist noch im Rennen, in allen Bundesstaaten — präsentieren sich als „Nicht-Politiker“. Ross Perot hat mit seinem Ruf nach „Change“, nach Wechsel, Neuerung, Veränderung, weg von den eingefleischten Parteimaschinen, eine große Wirkung in der Öffentlichkeit gehabt. Das hat den Wahlstrategen beider großer Parteien einen solchen Schrecken eingejagt, daß sie das Wort fleißig in ihre Plattformen und Parteiparolen eingebaut haben. Bill Clinton ebenso wie George Bush ruft in seiner Rede zur Annahme der Kandidatur nach „change in America“.

Arithmetik des Stimmenfangs in Unordnung

Die Kandidatur des unabhängigen Kandidaten Ross Perot mit zeitweilig höheren Zustimmungsraten als Bush oder Clinton hat die Stimmenarithmetik der Wahlkampfmanager ziemlich durcheinander gebracht. Sichere Stimmbezirke oder Bundesstaaten sind nicht mehr sicher. Wechselwähler, deren Gewinnung meist die Wahl entscheidet, sind noch schwieriger einzuschätzen. Bill Clinton hat am meisten dazugewonnen in den Meinungsumfragen, nachdem Ross Perot seinen Wahlkampf eingestellt hatte. Sollte er ihn wieder aufnehmen, ist es schwierig zu sagen, wie sich das auswirkt. Immerhin beabsichtigten nach den letzten Umfragen 15 %, ihre Stimme Ross Perot zu geben.

US-Präsidentschaftswahlen: Rezession und Unmut über „die Politiker“

Parteiprogramme und Kandidaten

Parteiprogramme sind in den USA nur für den Gebrauch innerhalb der Parteien bestimmt. Sie zeigen, welche Strömungen innerhalb der Parteien am Ruder sind. Präsidentschafts- und Kongreßkandidaten sind nicht eng an die Plattform gebunden. Dennoch setzt die Plattform Grenzen, wie weit sich ein Kandidat davon wegbewegen kann, ohne einen Aufschrei der Parteifunktionäre befürchten zu müssen.

Wichtig für den Wahlkampf sind auch die Reden der Kandidaten bei der Annahme der Kandidatur. Da sie ausschließlich für den Zweck des Stimmenfangs geschrieben sind, voll von Verdrehungen der Fakten, Lügen und Versprechungen, die niemand einhalten will oder kann, vollgepackt mit bürgerlicher Ideologie — die freie Marktwirtschaft, Individualismus, das Judeo-christliche Erbe, Bibelzitate, Gott und ein guter Schuß Patriotismus — geben sie die Richtung an, prägen die Themen und die Schlagworte, auf die die jeweilige Partei oder Kandidat den Wahlkampf konzentrieren will.

Bush und Amerika: Führer der Welt

Bush's Parteiparole war angekündigt als die „Rede seines Lebens“, auf der er sein „brandneues“ Wirtschaftsprogramm vorstellen werde. Nichts davon. Die Taktik scheint nun zu sein, dem Demokratisch kontrollierten Kongreß die Schuld an der Misere in die Schuhe zu schieben. Die ökonomischen Initiativen sind jetzt für Januar angekündigt.

Im ersten Viertel seiner Rede pries Bush seine Verdienste als Sieger im Kalten Krieg, als „Befreier“ der osteuropäischen Völker, als Sieger über Saddam Hussein und wie er als 18-jähriger im II. Weltkrieg für den besonderen Platz Amerikas in der Welt gekämpft habe.

Seine „Verdienste“ für die Wirtschaft sind schneller aufgezählt. Niedriger Zins. Clintons Vorwurf, daß in den 12 Reagan-Bush-Jahren das Lohnniveau in den USA von 1. auf den 13. Platz in der Welt gefallen sei, umgeht er mit der Feststellung, daß die USA immer noch die größte Wirtschaftsmacht der Welt ist. Alles, was er zu den Arbeitsplatzsorgen der Leute zu sagen weiß, ist: „Die Welt ist im Umbruch und wir fühlen diesen Umbruch zu Hause.“ Und er kündigt gleich danach an: „Wir müssen eine militärische Supermacht sein, eine ökonomische Supermacht und eine Export-Supermacht.“

Seine Initiativen sind die gleichen wie schon in den letzten zwölf Jahren: freier Handel, weniger Staatsausgaben, Steuerensenkung (sein am 10.9. bekanntgemachter Steuerplan sieht eine generelle Steuerensenkung von 1 % und die Senkung der Unternehmenssteuern um 5 % vor, ein Riesengeschenk an die Reichen, Brosamen für die Armen), neue Schulen (= Privatschulen) für das 21. Jahrhundert. Und das alles habe bisher nur deshalb nicht funktioniert, weil der Demokratisch kontrollierte Kongreß seine Pläne abgelehnt habe.

Den Demokratisch kontrollierten Kongreß auszumisten, ist die eine Sorte von „Erneuerung“, die er ankündigt. Die Republikanische Partei hofft auf die 150 neuen Abgeordneten. Die andere „Erneuerung“ ist die Rückbesinnung auf „Familienwerte“. Das zentrale Schlagwort der Parteipattform ist: „Familienwerte“.

Der Rest der Rede handelt davon, daß „Amerika immer einen besonderen Platz in Gottes Herzen haben wird“, und daß von seiner Warte aus er nicht Amerikas Sonnenuntergang, sondern -aufgang sehe.

„Reagan-Demokraten“

Versprechungen und Appell an Emotionen haben im Wahlkampf immer ihre Wirkung gehabt. Aber sie müssen in irgendeiner Weise an den Sorgen der Leute anknüpfen. Dieses Jahr sind die Sorgen um den Arbeitsplatz alles beherrschend. Deshalb, so die Kommentatoren der *New York Times*, würde Bush's (und darin glichen sich alle Redner des Parteitag) Appell mit „Führer der Welt“, „wir haben den kalten Krieg gewonnen“

und „Familienwerten“ (klingt gut, nur weiß keiner genau, was das ist) nicht ziehen. Die Leute wollen wissen, was er für Wirtschaftspläne habe und dazu habe Bush nichts gesagt.

Die Republikaner können mit ihrem eingefleischten Anhang allein nicht gewinnen. Sie brauchen Wechselwähler wie die sogenannten „Reagan-Demokraten“, frühere Demokratische Stammwähler, die wegen hoher Einkommenssteuern und hoher Hypothekenzinsen scharenweise zu Reagan übergelaufen waren. In ihrer Mehrzahl qualifizierte Facharbeiter, sind sie von den Massenentlassungen hart getroffen. Die hehren Versprechungen auf Aufstiegschancen ziehen nicht mehr, und auch die Gleichung: Demokraten = höhere Steuern verliert an Drogewert, wenn die Frage ist: qualifizierter Arbeitsplatz oder MacDonald-Job oder gar keiner.

Das weitere Problem der Republikaner mit ihrer Wählerbasis ist die ideologische Enge ihrer Plattform (siehe unten: „Die Politik des Ausschlusses“).

Clintons „Dritter Weg“

Bill Clinton propagiert in seiner Rede den „Dritten Weg“, einen Kapitalismus mit Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft. Die Zeit der Kräfte der Geldgier sei vorbei. Es sei Zeit für eine Erneuerung in Amerika.

Die „Trickle-down“-Ökonomie (die Versicherung der Republikaner, daß, wenn es den Reichen gut gehe, es auch den Armen besser gehe), habe versagt. Und die großen Bürokratien, sowohl in der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Bereich, hätten auch versagt. „... wir müssen die Art und Weise, wie der Staat funktioniert, fundamental ändern.“ „Ein Staatsapparat, der schlanker, aber nicht bösser ist, ein Staat, der Aufstiegschancen erweitert, nicht die Bürokratie, eine Regierung, die versteht, daß Arbeitsplätze aus dem Wachstum in einem pulsierenden und vitalen System freien Unternehmertums entstehen. Ich nenne diesen Weg ein Neues Covenant, ein feierliches Abkommen zwischen dem Volk und seiner Regierung, nicht einfach darauf beruhend, was jeder von uns sich nehmen kann, sondern darauf, was wir alle unserer Nation geben müssen.“ „Wir bieten Chancen. Wir verlangen Verantwortungsbeußtsein.“

„Die Politik des Ausschlusses“

Ein Editorial mit dieser Überschrift erschien in der *New York Times* am 19. September während des Parteitag der Republikanischen Partei. Präsident Bush ist es in den vier Jahren seiner Amtszeit nicht gelungen, die Basis der Republikanischen Partei zu erweitern. Das ist ein ernsthaftes Problem für die Republikanische Partei. Die Prägung der Plattform und der Reden auf dem Parteitag durch die ideologische Rechte der Partei macht die Lage nicht besser. Im folgenden die Übersetzung des Editorials.

Die Plattform der Republikanischen Partei hat den anheimelnden Titel: „Eine gemeinsame Vision: Unsere Familie, unser Land, unsere Welt vereint.“ Die Broschüre zeigt eine nostalgische Photographie aus der Ära von Ellis Island (der Insel im Hafen von New York, auf der früher alle Einwanderer in Lagern gehalten wurden, bis ihre Einwanderungsprozedur erledigt war, d. Verf.): eine Familie — von hinten aufgenommen — schaut über den Hafen von New York auf die Freiheitsstatue.

Die Republikanische Partei, die sich in Houston zur Schau stellt, ist viel exklusiver als diese Ellis-Island-Szene vorgibt. Es ist von der Zahl der anwesenden Frauen und Schwarzen klar, daß die Partei Fortschritte gemacht hat. Aber bei einem Thema nach dem anderen — Abtreibung, Rechte der Homosexuellen und der Rasse — haben die Republikaner noch einen langen Weg vor sich, bis ihr Handeln mit ihrer Rhetorik übereinstimmt.

Abtreibung ist ein offensichtliches

Unternehmer und Geschäftsleute würden staatliche Unterstützung für die Ausbildung ihrer Arbeiter und für neue Arbeitsplätze bekommen. Als Gegenleistung müßten sie verantwortlich handeln: Güter exportieren und nicht Arbeitsplätze. An die Söhne und Töchter der Arbeiter gewandt: Jeder kann Geld borgen, um auf die Universität zu gehen. Aber er muß es zurückzahlen, in Geld oder durch Sozialdienst in seiner Gemeinde. Krankheitsversorgung werde ein Recht sein, kein Privileg. Im Gegenzug wird Vorbeugung und Immunisierung der Kinder erwartet, um die Kosten zu senken. Einkommen über 200.000 Dollar werden mehr besteuert. Sozialhilfeempfänger würden durch Training und Erziehung, Kinderversorgung und Krankenversicherung in die Lage versetzt, sich zu befreien (von der Abhängigkeit des Staates). Clinton ist für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch und gegen die Diskriminierung von Homosexuellen und anderen Minoritäten.

Der AFL-CIO unterstützt Clinton

Der Gewerkschaftsverband AFL-CIO, zum ersten Mal auch die Teamster, die sonst immer die Republikanischen Kan-

didaten unterstützt haben, haben sich für Bill Clinton ausgesprochen. Als Grund führt der AFL-CIO an, daß Clinton versprochen habe, innerhalb von 100 Tagen eine Reform der Krankenversicherung vorzulegen, Steuererleichterungen für die Verlagerung von Fabriken ins Ausland zu beseitigen, und daß er das Freihandelsabkommen mit Mexiko und Kanada nicht unterzeichnen werde, solange es nicht US-Bestimmungen zur Arbeitssicherheit und Umwelt auf beiden Seiten der Grenze sichere.

Clintons „Dritter Weg“ wendet sich an die Mittelklasse, an die kleinen und mittleren Unternehmer und an das Industriekapital. Das Finanzkapital und die global operierenden Konzerne werden Einschränkungen von Kapital- und Arbeitsplatzeexport sicher entgegnetreten.

Vertrauen und Glaubwürdigkeit

Clinton hat keinen Plan vorgelegt, wie er den „Dritten Weg“ finanzieren will. Das ist eine Schwäche. Man muß ihm glauben, oder nicht. Das ist die Hoffnung der Republikaner, den Wahlkampf wieder, wie *Die Welt* schrieb, auf Sympathie, Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu reduzieren. — (her, ger)



„Familientreffen“ Reagan-Bush

sagte, daß die Republikaner aufhören sollten, sich für die Willie-Horten-Anzeigen von 1988 zu entschuldigen, die zu Recht als eines der schlimmsten Beispiele von Rassenhetze in der Politik der letzten Jahre gelten. (In den Willie-Horten-Anzeigen des Wahlkampfes 1988 wurde der Kandidat der Demokratischen Partei, Michael Dukakis, beschuldigt, als Gouverneur von Massachusetts dafür verantwortlich zu sein, daß ein wegen Vergewaltigung Verurteilter während seines Hafturlaubs ein Kind vergewaltigt und ermordet hat, d. Verf.)

Rhetorik wie die von Mr. Buchanan und Mr. Lundgren führt dazu, daß sich schwarze Republikaner unwillkommen fühlen. Alan Keyes, ehemaliger stellvertretender Repräsentant bei den Vereinten Nationen und Kandidat als Senator für Maryland, ist einer der Schwarzen, die sich unwillkommen fühlen. Er versuchte wochenlang, Zeit am Mikrofon auf diesem Parteitag zu bekommen, wurde aber nicht beachtet, bis ein Zeitungsartikel über seine Beschwerden erschien.

„... Es ist der Bodensatz von Rassismus“, sagte Mr. Keyes zu Michael Kelly von der *New York Times*. „Das sind Leute, die, wenn sie von einer farbigen Gesellschaft sprechen, damit meinen, daß sie blind werden, wenn eine farbige Person in den Raum kommt.“

Die Partei Lincolns würde gut daran tun, sich Mr. Keyes Ansichten zu Herzen zu nehmen — und ihre Augen für alle Bürger zu öffnen, die die amerikanische Familie ausmachen. Das könnte die Partei den Vorstellungen solcher moderater Republikaner näherbringen wie Thomas Kean, Ex-Gouverneur von New Jersey, die schon lange eine Politik der Hoffnung propagieren.

aus: *New York Times*, 19. September 1992, eigene Übersetzung

Dennoch sind diese Fortschritte mehr als wettgemacht worden durch die Rassenhetze von Leuten wie dem ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Pat Buchanan und Dan Lundgren, dem Generalstaatsanwalt von Kalifornien. Mr. Buchanan porträtiert in einem Abschnitt seiner Rede, der von dem Aufstand in Los Angeles handelt, wie es scheint, die Schwarzen und Hispanics der Stadt als eine fremdartige Macht, die der Rest der Bevölkerung zu unterwerfen hat.

Mr. Lundgren ging noch weiter: Er

Die Ermordung von vier kurdischen Politikern in Berlin in der vergangenen Woche durch Agenten des iranischen Geheimdienstes hat zu beunruhigenden Reaktionen bundesdeutscher Behörden geführt. Anstatt die iranischen Täter zu verfolgen, bemüht sich die Bundesanwaltschaft, falsche Spuren zu legen. Wider besseres Wissen verbreitet sie durch ihren Sprecher Förster, die Täter könnten auch in Kreisen „rivalisierender kurdischer Gruppen“, insbesondere der PKK, zu suchen sein. Auch die sofortige öffentliche Beschwerde der Partei der Ermordeten, der Demokratischen Partei Kurdistans-Iran (DPK-I) und ihr berechtigter Vorwurf, die Bundesanwaltschaft wolle wieder einmal die Spuren des iranischen Geheimdienstes verwischen, blieb bisher ohne Reaktion in der Öffentlichkeit. Strafrechtlich fällt das Verhalten der Bundesanwaltschaft unter Begünstigung bzw. Beihilfe zur Vertuschung von Straftaten und Volksverhetzung. Die SPD, immerhin auf dem Kongreß der Sozialistischen Internationale Gastgeber der ermordeten kurdischen Politiker, schweigt ebenfalls. Ihr außenpolitischer Sprecher Gansel hatte noch kurz vor dem Anschlag mit den kurdischen Politikern verhandelt. Unternehmen der BRD und auch die Bundesregierung haben mit dem Iran starke wirtschaftliche Beziehungen. Das weckt den Verdacht, daß die Bundesregierung und bundesdeutsche Sicherheitsbehörden den Mord in Berlin aus außenpolitischem Interesse nicht weiter verfolgen wollen. Vielleicht, um Rüstungsgeschäfte und andere Geschäfte mit dem Iran und der Türkei nicht zu stören? Noch aus den Zeiten des Schah-Regimes ist die Zusammenarbeit bundesdeutscher Stellen mit dem damaligen iranischen Geheimdienst Savak in Erinnerung. Wir dokumentieren im folgenden erste Stellungnahmen des Kurdistan-Komitees, der PKK-Europavertretung und der Europavertretung der KDP-Irans zu dem feigen Mordanschlag des iranischen Geheimdienstes in Berlin. — (rül)

Politische Morde gegen kurdische Politiker in Berlin!

Gestern Abend sind vier Mitglieder der Demokratischen Partei Kurdistans Iran (KDP-Iran) in einem Gasthaus in Berlin-Wilfried durch zwei Unbekannte erschossen worden. Ein weiterer Begleiter hat schwere Verletzungen erlitten ...

Im Ausland vertritt die norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland als starke Befürworterin zur Europäischen Union ihr Land. In Norwegen selbst stellen Regierung und Ministerpräsidentin zur Zeit ihre EG-Sympathie nicht so offen zur Schau. Dazu haben sie allen Grund, denn der Widerstand in der norwegischen Bevölkerung gegen eine Einverleibung Norwegens durch die EG ist groß. Die letzte Gallup-Umfrage von August 92 ergab 41,7% Nein-Stimmen zum EG-Beitritt und 30,3% Ja-Stimmen.

Ein Thema, über das hier am Rande in den Wirtschaftsteilen berichtet wird, hat in Norwegen die politische Debatte um die EG angeheizt und die erfolgreiche Volksabstimmung von 1972 gegen den E(W)G-Beitritt in Erinnerung gebracht. Es ist das Ergebnis der Verhandlungen zwischen EG und EFTA über einen „Europäischen Wirtschaftsraum — EWR“. Zur Zeit wird der Vertrag im norwegischen Parlament behandelt. Nach dem Willen der sozialdemokratischen Regierung soll die Abstimmung darüber noch im Herbst erfolgen, damit der Vertrag pünktlich zur Eröffnung des Europäischen Binnenmarktes am 1.1.93 wirksam wird. Tatsächlich handelt es sich um 80-90 Gesetzesänderungen, zu denen sich Norwegen verpflichtet hat. Hinzukommt, daß alle neuen Regelungen, die seit den Verhandlungen zwischen EFTA und EG innerhalb der EG seit August '91 getroffen wurden, automatisch in den EWR-Vertrag aufgenommen werden, obwohl sie noch gar nicht Verhandlungsgegenstand sein konnten. Die im Parlament vertretene Sozialistische Linke (SV) fordert, die Möglichkeit für eine breite Diskussion zu geben.

Ein bekannter EG-Gegner, der frühere Staatsrat Ola S. Braek, der 1972 für ein Jahr Industrieminister war, bezeichnet den EWR-Vertrag in vielen Fällen als noch gefährlicher für Norwegen als einen EG-Beitritt. „Wir geben eine Menge Rechte ab, um uns die gleichen Verpflichtungen einzuhändigen wie ein

Mordkommandos des iranischen und türkischen Geheimdienstes in der BRD!

Die Ermordung der Führer der DPK-Iran steht vermutlich in Zusammenhang mit dem Besuch des türkischen Innenministers Ismet Sezgin vom 11. bis 14. September dieses Jahres in Iran. Bei dem Besuch wurde vor allem über die Unterstützung oppositioneller Kräfte in Iran und der Türkei und die Einstellung dieser Unterstützung verhandelt. Während der Iran der Türkei die Unterstützung oppositioneller Kräfte — darunter auch kurdischer Kräfte — gegen die iranische Regierung vorgeworfen hat, hat die Türkei die iranische Regierung beschuldigt, die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zu unterstützen. Am Ende des viertägigen Besuchs einigten sich beide Parteien über die gemeinsame Bekämpfung der oppositionellen Kräfte in Iran und in der Türkei.

Ende letzten Monats hatte der Nationale Sicherheitsrat der Türkei in einer außerordentlichen Sitzung den Beschluß gefaßt, auch kurdische Persönlichkeiten, Vertretungen und Organisationen im Ausland ausfindig zu machen und anzugreifen (unsere Pressemitteilung vom 2.9.92). Daraufhin waren Drohbriefe an kurdische Persönlichkeiten in Deutschland verschickt worden (unsere Pressemitteilung vom 3.9.92).

Diese Angriffe gegen kurdische Politiker zeigen, daß weder die Türkei, noch die anderen Besatzungsländer Kurdistans vor Morden an kurdischen Politikern im Ausland zurückschrecken. Die Türkei hat dies sogar öffentlich bekanntgegeben und durch Drohbriebe bestätigt.

Die Bundesregierung hat bisher zu den Vorfällen geschwiegen. Vor einigen Tagen hatte eine Delegation des türkischen Verteidigungsausschusses der Bundesregierung einen Besuch abgestattet und dabei auch deutsche Rüstungsfirmen besucht. Damit hat die BRD wieder einmal öffentlich dokumentiert, daß sie die türkische Regierung in ihrem Spezialkrieg gegen die Kurden unterstützt. Angesichts dieser Tatsachen machen wir die deutsche Regierung mitverantwortlich für mögliche Attentate auf kurdische Persönlichkeiten und Vertretungen.

— (Kurdistan-Komitee in der BRD, 18.9.92)

Erklärung der PKK zu den Berliner Morden

Über die Ermordung des Generalsekretärs der Kurdisch Demokratischen Partei Irans (KDP-Iran), Dr. Sadegh Sharafkandi und drei weiteren Parteifunktionäre sind verschiedene Spekulationen verbreitet worden.

Eine dieser Spekulationen stellt die Erklärung der Bundesanwaltschaft in bezug auf das Attentat dar. Allein die Tatsache, daß die Erklärung erst 11 Stunden nach dem Ereignis abgegeben wird, erweckt Mißtrauen. Die deutschen Sicherheitsbehörden, die auch eine Verantwortung für das Leben dieser Menschen tragen, versuchen von dem Ereignis und ihrer eigenen Fahrlässigkeit abzulenken, so daß sie die Vermutung verstärken, das Ereignis, so wie bei dem Attentat auf Dr. Ghassemloo 1989 in Wien, durch einen Nebel-Vorhang zu überdecken.

Der Vorwurf der Bundesanwaltschaft, die PKK sei eine Konkurrenzpartei der KDP-Iran, ist entweder ein Ausdruck bewußter Böswilligkeit oder politischer Naivität. Obwohl der Bundesanwaltschaft bekannt ist, daß es bisher keine Streitigkeiten zwischen der PKK und dem KDP-Iran gegeben hat und dafür auch in keinsten Weise ein Grund bestand, erweckt sie angesichts der üblen Verleumdungen die Vermutung, daß die bundesdeutschen Behörden von dem Attentat wußten. Wir verurteilen die neuen Intrigen der Bundesanwaltschaft, die im Düsseldorfer PKK-Prozeß kurz vor dem Scheitern steht. Die Haltung der Bundesanwaltschaft ist politisch als unmoralisch und skandalös zu bewerten.

Zuvor wurde mehrmals auf mögliche Angriffe türkischer Behörden gegen Kurden hingewiesen. Die Tatsache, daß das Attentat kurz nach dem Besuch des türkischen Verteidigungsausschusses in Bonn stattgefunden hat und deutsche Sicherheitsbehörden die PKK beschuldigt haben, führt in diesem Zusammenhang zu neuen Spekulationen. Nach unseren Informationen mußte die Bundesregierung Kenntnis von einer Gruppe von „Todes-Kommandos“, die vor kurzem nach Deutschland gekommen sind,

haben. Es ist allgemein bekannt, daß Agenten des türkischen Nachrichtendienstes (MIT) in Deutschland frei herumlaufen. Diese Konter-Guerilla-Einheiten befinden sich vermutlich nicht in Deutschland, um Urlaub zu machen.

Wir weisen erneut auf die Erklärung des türkischen Staates hin, kurdische Persönlichkeiten und Institutionen im Ausland und Deutschland anzugreifen. Ebenso betonen wir noch einmal, daß auch die Bundesregierung für mögliche Angriffe auf Kurden mitverantwortlich ist. Wir fordern die deutschen Behörden dazu auf, endlich von ihrer blinden Haltung und der mit dieser Haltung verbundenen Beschuldigung von Kurden, die selbst Opfer sind, aufzuhören.

— (18. September 1992, PKK-Europa-Vertretung)

Erklärung der KDP-I zu den Berliner Morden

Informationen, die wir von Zeugen der Morde in Berlin am 17. September um 23 Uhr abends erhielten, besagen folgendes:

1. Von den acht Personen, die sich seit 9 Uhr abends in dem griechischen Restaurant Mikolos, das im Besitz eines Iraners ist, aufhielten, waren die vier Ermordeten alle Kurden. Es handelt sich dabei um:
 - Dr. Sadeg Sharafkandi, Generalsekretär der KDP-I;
 - Fattah Abdoli, Auslandsvertreter der KDP-I;
 - Homayoun Ardalan, Vertreter der KDP-I für Deutschland;
 - Nouri Dehkordi, Sympathisant der KDP-I.
2. Etwa gegen 11 Uhr abends brachen zwei Killer in das Hinterzimmer ein, bewaffnet mit einer Maschinenpistole und einer Pistole, während ein Dritter an der Tür Wache stand. Nach den Berichten der Augenzeugen erschossen sie die anwesenden Kurden auf der Stelle, nachdem sie sie in akzentfreiem Persisch beschimpft hatten. Für uns steht fest, daß die Täter Iraner waren ...
3. Wir erinnern an die zahlreichen Morde, die in den vergangenen Jahren durch

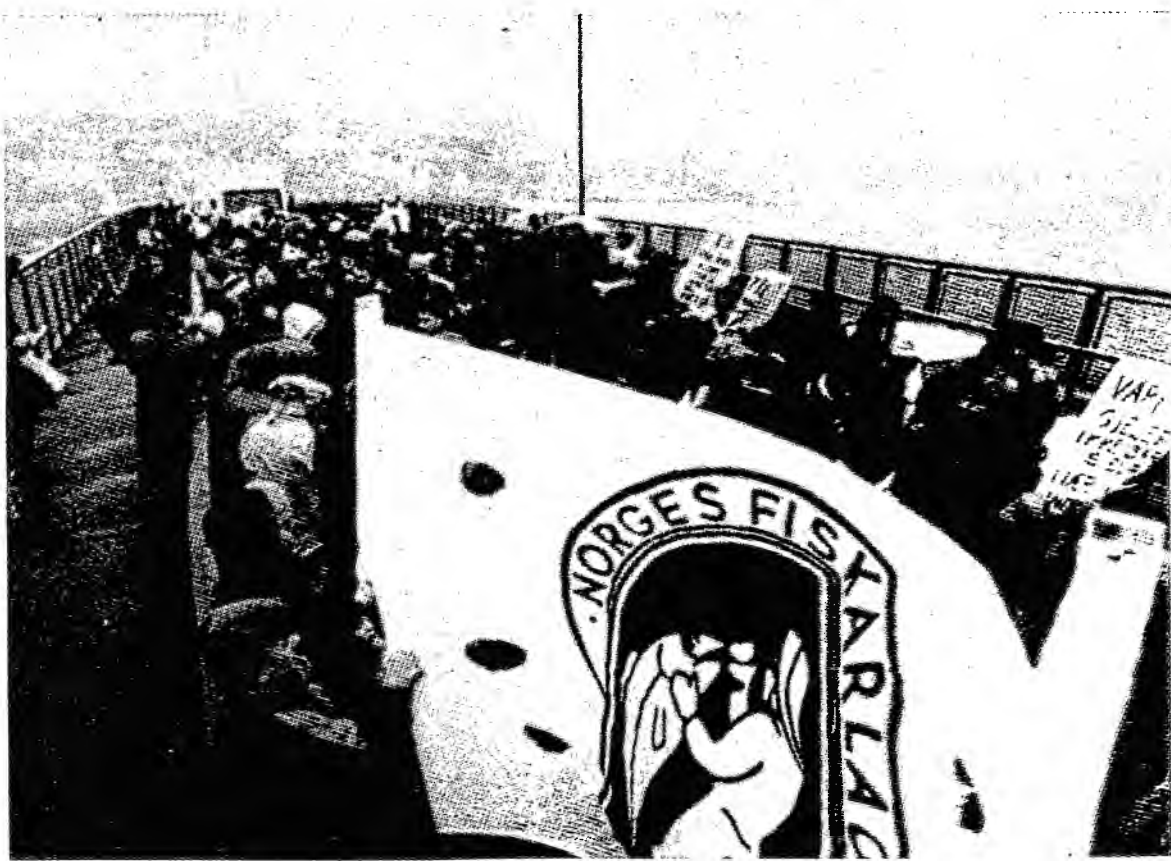
den iranischen Geheimdienst an Oppositionellen in Europa begangen wurden (die Ermordung von Dr. Ghassemloo und zweier seiner Begleiter in Wien, von Kazem Radjavi in Genf, von Shapur Bakhtiar in Paris usw.), an die im Nahen Osten (ein Dutzend kurdischer Politiker im irakischen Kurdistan ermordet) ... sind die Führer der Kurden überzeugt, daß es sich hier erneut um einen Akt des Staatsterrors, begangen durch die Behörden in Teheran, handelt. Dieser Standpunkt wird darüberhinaus auch von dem irakischen Kurdenführer Jalal Talabani geteilt, der mit Dr. Sharafkandi am Kongreß der Sozialistischen Internationale in Berlin teilnahm.

In diesem Zusammenhang ist die Presseerklärung, die heute nachmittag durch das Büro der Bundesanwaltschaft in Berlin veröffentlicht wurde und die offensichtlich vom Bundeskriminalamt verfaßt wurde, in der von „PKK-Spuren“ ebenso wie von „möglichen Strafaktionen rivalisierender kurdischer Gruppen“ die Rede ist, im besten Fall eine totale Ignorierung der kurdischen Probleme (die türkische PKK wird als Rivale der KDP-I dargestellt!), im schlimmsten Fall eine Vertuschung, um den Iran, Deutschlands wertvollen Geschäftspartner, reinzuwaschen und die ganze Angelegenheit „aus Gründen der Staatsräson“ herunterzuspielen. Dies wäre eine ernsthafte Wiederholung von Österreichs Vertuschung der Ghassemloo-Affäre und ließe dem Iran freie Hand, seine Terrorakte im Herzen des Europas fortzusetzen, in dem so endlos von Sicherheit und Kampf gegen den Terrorismus geredet wird.

Geschlagen durch diesen neuen Trauerfall, wird die kurdische Gemeinschaft in Europa eine neuerliche Verweigerung der Gerechtigkeit für ein verfolgtes und zum Märtyrer gemachtes Volk und seine demokratischen Führer, die einer nach den anderen ermordet werden, weil sie für Pluralität, Toleranz und gegenseitigen Respekt eintreten in einer Region, in der die brutalsten Diktatoren am Ende dieses Jahrhunderts wüten, nicht hinnehmen.

— (Vertretung der KDP-I in Europa, Paris, 18.9.1992)

Norwegen: Starke Gegnerschaft wie 1972 gegen einen EG-Beitritt



Norwegische Fischer blockieren die Brücke nach der Inselstadt Trömsø. Eine der Protestaktionen gegen die EWR-Verhandlungen im Oktober 91. Bild: Klassekampen

vollwertiges EG-Mitgliedsland — ohne Stimmrecht in irgendeinem EG-Gremium.“ Wie schon 1972 ist er ein Verfechter der freien Handelsabsprachen, im Gegensatz zum EWR, der ein

einseitiges Zugeständnis Norwegens fordert. An Eigenständigkeit müßten insbesondere aufgegeben werden: Das Recht, über eigene Öl- und Energieressourcen zu bestimmen, über die eige-

nen Fischgewässer und der eigenen Zollberechnung auf Fischprodukte; über das Recht auf die jetzige Landwirtschaftspolitik, womit die Selbstversorgung geopfert würde. Aufgegeben wür-

de auch das Konzessionsgesetz, das norwegische Interessen gegenüber ausländischem Kapital schützt.

Die für Norwegen lebenswichtigen Regelungen über Fischerei und Fischprodukte waren bei den EWR-Verhandlungen eher ein Randproblem. Als die norwegische Regierung immer mehr Abstriche am norwegischen Verhandlungspaket machen mußte, gingen die Fischer auf die Barrikaden. Begleitend zur Luxemburger Verhandlung im Oktober 91 blockierten sie in zahlreichen norwegischen Küstenstädten die Häfen (siehe Bild). Während die EG einen höheren Zugang zu norwegischen Fischressourcen durchgesetzt hat, forderte der Fischereiverband keine Erhöhung der Fischquoten für EG-Länder und Einhaltung des Fischereigesetzes, das eine Kontrolle der Fischer über den Erstsatz von Fisch vorsieht.

Die Organisation „Nein zur EG“ hat inzwischen 120.000 Mitglieder. Wieder aufgegriffen wurde das Motto von 1972: „Kein Ausverkauf Norwegens durch die EWG“. Inzwischen gibt es bei den EG-Gegnern die Auffassung, daß vor allem die Rolle Deutschlands hervorgehoben und untersucht werden muß, welche Interessen die EG in Osteuropa hat.

Jetzt soll der Schwerpunkt auf den Widerstand gegen den EWR-Vertrag gerichtet werden, so daß bis Mitte Oktober der Druck aus der Bevölkerung auf die Parlamentsabgeordneten so groß ist, daß eine Mehrheit ihn ablehnt. Der werden 42 Stimmen benötigt. 37 Abgeordneten sind es schon. Als nächstes werden für den 25. September — 25-jähriger Jahrestag der 72-er Volksabstimmung — Aktionen vorbereitet.

Quelle: diverse Ausgaben der Zeitung Klassekampen, August bis September 92 — (cca)

Mosambik: Lonrho zahlt Schutzgeld an Renamo

Die Verhandlungen über das Friedensabkommen zwischen der Regierung Mosambiks und der Terrororganisation Renamo dauern noch an. Ob das Abkommen wie angestrebt bis zum 1. Oktober abgeschlossen werden kann, ist ungewiss. Die jetzige Verhandlungsrunde ist auf Vermittlung des Staatspräsidenten von Zimbabwe, Robert Mugabe, zustande gekommen. Der mosambikanische Staatspräsident Joaquim Chissano hob jedoch auch die Vermittlerrolle von Tiny Rowlands hervor. Rowlands ist Chef des britischen Lonrho-Konzerns, der in Mosambik riesige Baumwoll- und Teeplantagen besitzt, die er durch Zahlung von Schutzgeldern an die Renamo betriebsfähig gehalten hat. Damit erweist sich der Lonrho-Konzern neben der südafrikanischen Regierung als einer der größten Förderer der Renamo, die international sonst weitgehend isoliert ist.

Die Regierung Mosambiks rechnet jedoch nicht damit, daß nach Abschluß des Friedensabkommens der Terrorkrieg der Renamo schnell beendet ist. Die Renamo behauptet zwar, über eine zentrale Leitung zu verfügen, die Gruppen, die sich ihr zurechnen, wirken jedoch weitgehend selbstständig und beschaffen sich ihren Lebensunterhalt durch Plünderun-

gen bei den Überfällen. Dies hat auch dazu geführt, daß die Renamo bei ihrer Anschläge eine kaum gekannte Brutalität und Willkürlichkeit zeigt. Die Truppe ist tatsächlich in vieler Hinsicht eher ein Banditenhaufen als eine politische Organisation der Reaktion. So ist die Schätzung der Regierung, daß es mehrere Jahre dauern wird, bis alle bewaffneten Gruppen der Renamo aufgelöst sind, leider mehr als wahrscheinlich.

Möglich ist auch, daß die vorgesehenen Wahlen unter internationaler Kontrolle aus diesem Grund zunächst nicht durchführbar sind und die Regierung Chissano deshalb gezwungen ist, ohne Wahlen eine Koalitionsregierung mit der Renamo einzugehen, um den Krieg im Land zu beenden.

Die Renamo arbeitet eng mit ehemaligen portugiesischen Siedlern, den früheren Kolonialherren Mosambiks, und Kräften in der portugiesischen Armee zusammen, die auch als Ausbilder aufgetreten sind. Noch vor einem Jahr hat sie erklärt, sie trete für die Rückgabe früheren portugiesischen Eigentums ein. Inzwischen sind widersprüchliche Äußerungen aus ihren Reihen zu dieser Frage zu hören. Ihr Wahlkampfleiter kommt aber aus den Reihen des portugiesischen Militärs. — (uld)

Ab 1994 Freihandel in Nordamerika?

Es scheint, daß das zuerst von Präsident Ford 1976 geäußerte Konzept, einen einheitlichen nordamerikanischen Wirtschaftsraum aus den Bestandteilen USA, Kanada und Mexiko zu schaffen, nun doch noch Wirklichkeit wird, nachdem die auf Verteidigung der nationalen Souveränität beruhenden Strömungen in Mexiko und Kanada weitgehend gescheitert sind. Vor zwei Jahren stimmte die mexikanische Regierung der Aufnahme von Verhandlungen zu; Mitte August dieses Jahres war Unterzeichnungstermin im Weißen Haus. Die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) soll ab Januar 1994 Handel und Investitionen zwischen den drei Staaten liberalisieren. Über einen Zeitraum von 10-15 Jahren sollen unter anderem rund 20.000 verschiedene Zölle sowie andere Handelshemmnisse, etwa Quoten und Einfuhrlicenzen, abgebaut werden. Nicht alle Schranken sollen fallen — Mexiko konnte sich anscheinend ausbedingen, daß seine Erdölindustrie nicht vollständig ausländischem Kapital geöffnet werden muß.

Das Abkommen bedeutet — wenn es von den drei Parlamenten ratifiziert wird — eine gewaltige Umschichtung von Kapitalien. Es wird geschätzt, daß allein

in den USA bis 1995 aufgrund des NAFTA-Abkommens 110.000 Personen arbeitslos werden, während andererseits 240.000 Leute neue Arbeitsplätze erhalten.

Gewerkschaften in USA und Kanada haben nach Presseberichten als Hauptbefürchtung geäußert, daß viel Kapital nun nach Mexiko abfließt, weil dort die Löhne weit niedriger sind — in der verarbeitenden Industrie wurde 1991 ein Stundenlohn von 2 Dollar in Mexiko gezahlt, 15 in USA, 16 in Kanada. Das Durchschnittsalter in Mexiko ist 19 Jahre.

In Kanada war schon das bilaterale Freihandelsabkommen mit den USA, das seit 1.1.1989 in Kraft ist, heftig umstritten und hätte Präsident Mulroney fast den Wahlsieg gekostet. Das Land ist aus der letzten Rezession nur mühsam herausgekommen, die Arbeitslosenquote liegt weiter bei über 10%. Der kanadische Sozialstaat gerät unter noch stärkeren Konkurrenzdruck. In Québec allerdings scheint die Tendenz eher pro-NAFTA zu sein, weil eine engere Bindung an die USA schon lange eine logische Folge der Unabhängigkeitsbestrebungen Québecs gegenüber dem übrigen Kanada ist. — (mif)

Gefängniswärterstreik in Frankreich

Seit Freitag, 11.9.92, nach einem bewaffneten Ausbruch von acht Gefangenen aus dem Gefängnis von Clairvaux, in dessen Verlauf einer der Gefangenen und ein Wärter erschossen wurden, bestreiken in über 100 der 182 französischen Gefängnisse die Wärter ihren Dienst.

Bereits im August, als ein Wärter von einem Gefangenen in Rouen getötet wurde, forderten sie Maßnahmen für die „Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen“, sprich schärfere Sicherheitskontrollen, bessere Handhabung zur Überwachung und für Durchsuchungen und dafür mehr Personal.

Für die Gefangenen bedeutet der aktuelle Streik seit zehn Tagen in unterschiedlichem Ausmaß: Rückzug der Wärter von sämtlichen Posten, kein Hofgang, keine Besuche (auch keine Anwälte), keine Postausgabe und -empfang, kein Einkauf, kein Duschen, bis dahin, daß in mehreren Gefängnissen die Essensausgabe für 36 Stunden blockiert wurde. Gefangene, die einen Prozeß haben, werden nicht rausgelassen. Neben vagen Sanktionsdrohungen gegen die Streikenden haben die verant-

wortlichen Behörden (Justiz- und Innenministerium) bewaffnete Einsatzpolizei (CRS) und Gendarmerie (kasernierte Armee-Einheiten) in die Knäste beordert, um dort die „Sicherheit“ und minimalste Versorgung der Gefangenen aufrechtzuerhalten. Es gibt bisher keine Informationen über die Situation in den betroffenen Gefängnissen, außer kurzen Meldungen über Protestaktionen von Gefangenen in zahlreichen Gefängnissen, u.a. in Moulin, wo nach einer Meuterei 100 Gefangene verlegt wurden, darunter auch Vincenzo Spano. In Clairvaux wurden sämtliche Gefangene außer den als „gefährlich“ eingestuftem verlegt, die — wie z.B. Régis Schleicher, Gefangener aus Action Directe (AD) — in Isolationsstrakten sitzen. Mindestens ein Gefangener ist bereits während der Protestaktionen tödlich verunglückt.

Die Medien sprechen von einer „verhärteten Verhandlungsfront“ zwischen den Wärtergewerkschaften und den Ministerien. Der letzte Vorschlag des Innenministers Vauzelle: die Erstellung eines „15-Punkte-Programms für als gefährlich eingestufte Gefangene“!

(aus: Angehörigen-Info Nr. 102, leicht gekürzt)

Internationale Umschau



Etwa 700.000 Menschen beteiligten sich Mitte vergangener Woche an einer Protestdemonstration in Rio de Janeiro. Sie forderten den Rücktritt von Brasiliens Präsident Collor de Mello, dem Amtsmißbrauch und Korruption vorgeworfen wird. Der Generalstaatsanwalt des Landes erklärte, es gebe Anzeichen, daß Collor mit „kriminellen Handlungen“ innerhalb seiner Regierung in Verbindung stehe. Bis Mittwoch dieser Woche wollte der Oberste Gerichtshof des Landes über die Formalitäten des Amtsenthebungsverfahrens gegen Collor de Mello entscheiden. — (rül)

US-Automobilarbeiter gegen BMW-Konzernpläne

Der Präsident der US-Automobilarbeitergewerkschaft UAW, Owen Bieber, hat auf dem Kongreß der Gewerkschaft in San Diego im August den Widerstand seiner Gewerkschaft gegen die Pläne des BMW-Konzerns angekündigt, das geplante BMW-Werk in South Carolina „gewerkschaftsfrei“ zu halten. Owen Bieber vor den UAW-Delegierten: „Ich erkläre euch hier und heute, daß wir die Arbeitnehmer in diesem Betrieb zu organisieren gedenken.“ Der Internationale Metallgewerkschaftsbund IMB sagte der UAW bei diesem Bestreben die Unterstützung der anderen IMB-Gewerkschaften, darunter der IG Metall, ausdrücklich zu.

Quelle: IMB-Nachrichten 8/1992 — (rül)

Belgien: Gewerkschaftsproteste gegen Haushalt 1993

Die Pläne der belgischen Regierung, zusammen mit dem Haushalt 1993 die Steuern für die Lohnabhängigen zu erhöhen, die Kosten für Gesundheitsversorgung und andere Sozialleistungen dagegen drastisch zu erhöhen oder diese Leistungen ganz zu streichen, stoßen auf Widerstand in den Gewerkschaften. Die (christliche) Metallgewerkschaft ACV in der Region Charleroi beschloß für den 15. September einen einständigen Proteststreik in der Region Charleroi. Auf der gleichzeitigen Tagung der (sozialistischen) Metallgewerkschaft ABVV wurde ein 24-stündiger allgemeiner Streik diskutiert, aber noch nicht beschlossen. — (rül)

Das Interesse der Reaktion an den Wahlen in Estland

Um mit dem Unwichtigsten anzufangen: Das Wahlergebnis sieht bei den Parlamentswahlen die Rechte vorn, bei den Präsidentschaftswahlen ist eine Stichwahl nötig. Von Bedeutung sind die „ersten freien Wahlen“ in Estland — so u.a. von der Frankfurter Allgemeine — vielmehr durch ihre völkischen Charakter: Sie schlossen 40% der Bevölkerung vom Wahlrecht aus, alle Nicht-Esten, vor allem Russen, die z.T. schon seit Generationen im Land leben. Wahlen durften dagegen Esten aus mehreren russischen Grenzstädten, die die Regierung mit Bussen zu Wahllokalen in Estland karrte: Auf diese Weise unterstreicht Estland seinen Anspruch auf Gebiete, die es sich nach dem ersten Weltkrieg für einige Jahre einverleibt hatte. Interessant ist, wie Carl Gustav Ströhm in der Welt (22.9.) die Bedeutung Estlands für „den Westen“ umreißt: Es soll erneut als Brückenkopf für die deutsche Ostexpansion ausgebaut werden, wirtschaftlich, politisch, militärisch: „Estland und die baltischen Länder erfüllen in der Geschichte stets eine Doppelfunktion: Brücke nach Osten zu sein — aber in gewisser Hinsicht auch Schutzwall des Westens gegen schwer kontrollierbare östliche Entwicklungen.“ In diesem Zusammenhang gewinnt die völkische Auslese-System — als Prinzip der Neuordnung und Hierarchisierung Europas. — (scc)

Nach Maastricht: Sozialer Staatsstreik in Italien

Drastische und schmerzhaft, aber unvermeidliche Haushaltsentscheidungen in Italien hatte der Vorstandsvorsitzende der Fiat AG, Romiti, in einem Interview der spanischen Zeitung El Pais verlangt. Und tatsächlich geht die Amato-Regierung mit einem Bündel finanz-, sozial- und verfassungspolitischer Vorstöße weit über alles Bisherige hinaus.

Zunächst wurde die Lira abgewertet (derzeit erhält man über 800 Lire für eine Mark statt wie zuvor etwa 740). Die Verbraucherverbände erwarten hieraus einen Schub bei den Lebenshaltungskosten. Ende Juli aber hatte die Regierung die Gewerkschaften zum Stillhalten bei den tariflichen Einkommen in der Privatwirtschaft bis Ende 1993 nötigen können — u.a. mit dem Versprechen, die Wechselkurse nicht zu verändern.

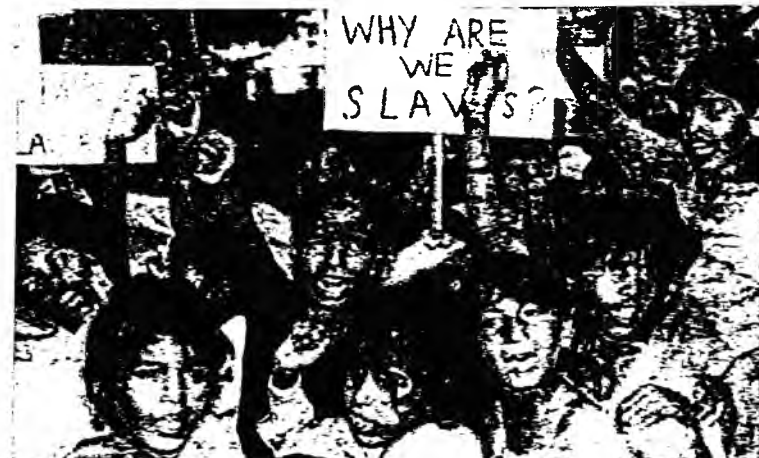
Am 17.9. hat die Regierung dann nach Beratungen mit der Nationalbank und dem Unternehmerverband Confindustria zu einem „noch nie gesehenen“ Schlag (Amato) per „Maxi-Dekret“ ausgeholt (per Dekret setzt die Regierung Maßnahmen in Kraft, die sie im folgenden halben Jahr im Parlament in Gesetze umwandeln lassen muß). 92.000 Mrd. Lire (etwa 110 Mrd. DM) sollen mit Maßnahmen eingespart werden, von denen hier nur ein Ausschnitt wiedergegeben werden kann.

Die Einkommensteuer wird erhöht, bei einem Jahreseinkommen von brutto umgerechnet 50.000 DM um etwa 520 DM. Hinzu kommt eine neue Steuer auf Wohnungseigentum, und für das Jahr 1993 werden weitere Steuer- und Abgabenerhöhungen bei den Regionen, Provinzen und Kommunen erwartet.

Entsprechend dem Lohnstopp in der Privatwirtschaft werden die Einkommensteuern im öffentlichen Dienst bis Ende 1993 blockiert. Und ebenso werden für diesen Zeitraum die Altersrenten eingefroren. Ein gleichzeitig eingebrachter Gesetzentwurf sieht die Herabsetzung des Rentenalters ab 1993 schrittweise auf 65 Jahre vor (bisher bei den abhängig Beschäftigten für Männer 60, für Frauen 55 Jahre).

Schließlich per Dekret tiefe Einschnitte im Gesundheitswesen: Bei einem jährlichen Familieneinkommen von mehr als 40 Millionen Lire (etwa 50.000 DM) müssen Arztkosten, Untersuchungen, Medikamente und Kuren selber bezahlt werden. Lediglich bei Krankenhausaufenthalten und bestimmten Medikamenten (gegen Krebs, Herzinfarkt u.a.) zahlen dann die Krankenkassen noch. Etwa 20 Millionen Italiener werden mit einem Federstrich von grundlegenden Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung — bei fortdauernder Beitragszahlung — ausgeschlossen.

Schon am Tag nach der Ankündigung des Dekrets — zwei Tage später trat es in Kraft — legten in den größeren Städten viele Belegschaften spontan die Arbeit nieder. Massiv wurden die Gewerkschaften zum Widerstand, einschließlich Generalstreik, gegen die Lohnsenkungenpolitik und die Einschnitte im Sozialsystem aufgefordert. Die Gewerkschaften riefen daraufhin für den 22.-29. September zu Streiks in täglich wechselnden Regionen auf. Am 26.9. kommen die Rentner zu einer landesweiten Kundgebung nach Rom, am 2.10. soll im öffentlichen Dienst und in den Schulen die Arbeit niedergelegt werden. — (rok)



Auf 40 Millionen wird in Indien die Zahl der Kinder unter 15 Jahren geschätzt, die Kinderarbeit leisten. Vor allem in der Teppichindustrie ist die Nachfrage nach dieser billigen Arbeitskraft groß: Fingerfertigkeit und die nötige Sehfähigkeit lieben bei Jugendlichen bereits nach, so legitimieren die Teppichhersteller die Ausbeutung kleinster Kinder; die großen Teppichimporteure vor allem in den westlichen Ländern verlangten erstklassige Ware. Die indische Teppichindustrie exportiert jährlich für fast 300 Mio. DM. Viele Kinder leben wie Sklaven, sind in winzigen, fensterlosen Hütten untergebracht, wo sie auch arbeiten — praktisch nur für ein Essen. Mit Unterstützung einer Hilfsorganisation führten viele von ihnen am „Tag der Teppichkinder“ Mitte September Protestaktionen durch. — (scc)

Zehn Jahre Kinderfest im Jungheinrich Wohngebiet

Norderstedt. Einen eigenen Zirkus mit wilden Tieren, Dompteuren, Jongleuren, Athleten, Spitzensportlern, einer Zirkusprinzessin und einem Zirkusdirektor veranstalteten die Kinder auf dem Spielplatz am Friedrichsgaber Weg/Röntgengang zu Ehren ihres zehnjährigen Kinderfestes.

Am Abend zuvor hatten sich alle bei einer Diashow auf den Fotos der letzten zehn Jahre jubelnd wiedererkannt. Zum Festtag gab es dann noch Dosenwerfen, Glücksraddrehen, Elektroticks, Negerkußwerfen, Reifenrollen und viele andere interessante Spiele. Eine neue Attraktion war die große Springburg und eine „alte“ — das Ponyreiten. Würstchen, Waffeln, Kuchen und Getränke erhielten alle Kinder umsonst und zum Schluß über eine Tombola noch ein tolles Geschenk. Zwischendrin kam noch ein Künstler, diesmal ein „echter“: Mit Kennerblick wurde ihm auf die Finger gesehen — und ordentlich applaudiert!

Auf Initiative verschiedener KollegInnen entstand 1983 die Idee zu diesem alljährlich im September stattfindenden Ereignis. Seitdem ist der Vertrauenskörper der IG Metall bei der Jungheinrich AG Träger dieses Festes und weiterer Aktionen mit den Kindern der KollegInnen wie z. B. der Besuch eines Marionettentheaters, Durchführung einer

Waldrallye oder auch der Probenbesuch beim Zirkus Roncalli geworden.

Er hat sich zum Ziel gesetzt, die Probleme der im Betrieb arbeitenden KollegInnen auch in ihrem Wohngebiet nahe dem Norderstedter Gabelstaplerwerk am Friedrichsgaber Weg/Röntgengang anzupacken. Gemeinsames Spielen in der Freizeit soll die Solidarität unter Kindern und Erwachsenen, die aus Kossowo und Kurdistan, aus Istanbul und Italien, aus Griechenland und nicht zuletzt aus Schleswig-Holstein hier zusammengekommen sind, um hier zu arbeiten und zu leben, fördern und gegenseitige Vorurteile und Mißverständnisse abzubauen.

In dieser Zeit wachsender Ausländerfeindlichkeit ist dies ein wirklich gelungenes Gegenbeispiel für Freundschaft unter den Völkern, aus denen die KollegInnen kommen. Bezahlt wird alles ausschließlich aus einer jährlichen Spendensammlung unter den KollegInnen im Betrieb, die praktische Durchführung des Festes nach monatlicher Vorbereitung und Planung geschieht über viele Freunde aus dem Wohnbereich und dem Werk. Ja, und in den zehn Jahren sind viele herangewachsene Kinder selber zu Helfern bei der künstlerischen Gestaltung und Durchführung von selbstgebastelten Spielen geworden. — (ed)

OB Kronawitter will Zuwanderung stoppen

München. In München ist derzeit das Rathausbündnis zwischen SPD und Grünen einer schweren Belastung ausgesetzt. Die Hintergründe liegen in der bundespolitischen Auseinandersetzung um die Abschaffung bzw. Veränderung des Asylrechts und allgemein in den zunehmenden Zugeständnissen der SPD gegenüber der Bundesregierung. Obwohl die kommunale Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Grünen nicht direkt betroffen ist, wird sie brüchig, wenn in der Zentralpolitik die Normen geändert werden und die SPD sich daran aktiv beteiligt. Alle Anstrengungen zu einer humanen Flüchtlingspolitik auf der Ebene der Städte und Gemeinden — wie sie von vielen Mitgliedern der SPD und der Grünen gewünscht wird — werden mit der derzeitigen Asylpolitik der Bundesregierung hintertrieben. Wenn sich daran ein Oberbürgermeister einer Stadt mit einer sogenannten rot-grünen Koalition beteiligt, dann ist für Ärger gesorgt.

Nun hat sich Münchens Oberbürgermeister Kronawitter, einer der Vorsitzenden des bayerischen Städtetages, in diese Diskussion eingemischt und trommelt landauf, landab für eine Beseitigung des bisherigen Asylrechts. Mit seinen Äußerungen im *Spiegel* in einem Streitgespräch mit Jürgen Trittin, dem Minister für Bundesangelegenheiten in der rot-grünen niedersächsischen Landesregierung, hat er sich einen hässlichen Brief des Vorsitzenden der Republikaner, Franz Schönhuber — Inhalt ein Aufnahmeantrag — eingehandelt. Dies sollte von uns aber nicht fehlinterpretiert werden. Kronawitter ist zwar ein rechter Sozialdemokrat, aber zwischen ihm und einem Franz Schönhuber sind noch große politische Gegensätze, die nicht unter den Tisch gewischt werden sollten.

OB Kronawitter argumentiert in dem *Spiegel*-Interview mit der in München heute schon angehäuften sozialen Not — 10000 Obdachlose, rund 50000 Sozialhilfeempfänger und 120000 Menschen, die an der Armutsgrenze leben. Ein Arbeitnehmer könne sich wegen der irrsinnigen Mietenexplosion kaum noch eine Wohnung leisten — und dann müsse die Stadt 8000 Asylbewerber kostenlos unterbringen und ihnen auch noch Sozialhilfe bezahlen. Das mache auch in München böses Blut, nicht nur in Rostock.

Bislang schimpfte Kronawitter mit diesen Argumenten vornehmlich gegen die Bundesregierung und die bayerische Staatsregierung, die soziale Aufgaben auf die Kommunen abwälzten und nicht für die nötige Finanzausstattung sorgten. Er ging aber nie so weit, daß er den Rechten und der Obrigkeit einen Volksaufstand unter Führung der Sozialdemokratie androhte. Einen ganz anderen

Volksaufstand prophezeit er jetzt in diesem Interview: Fleißige Deutsche gegen nutzlose Ausländer. Um diesen Volksaufstand zu verhindern, sollen als erster Schritt die vielen Flüchtlinge ferngehalten werden — um Kosten einzusparen. Der Kommunalpolitiker Kronawitter sieht offensichtlich angesichts der gegenwärtigen Finanznot der Städte und Gemeinden keine Möglichkeit, Flüchtlinge aufzunehmen und zu versorgen. Um die soziale Grundversorgung der derzeitigen Einwohner nicht zu gefährden, will er einen weiteren Zuzug unterbinden. Eine stärkere Belastung der Wirtschaft, um Flüchtlinge zu versorgen — proportional zu ihrem Kapital- und Warenexport weltweit etwa — hat er nicht im Sinn, und dies bringt ihm ein gewisses Ansehen bei den Kapitalisten, die ja ständig damit beschäftigt sind, Arbeitskräfte billiger und überflüssig zu machen, damit Kosten eingespart werden können. Da die Grünen im Stadtrat an der imperialistischen Politik, vornehmlich der hier angesiedelten Rüstungskonzerne, eine Kritik entwickelt haben, sind sie bei den Kapitalisten nicht beliebt. Dieses Interesse bringt z. B. der oberste Repräsentant der Kapitalisten, die IHK-Präsident in einem Interview mit dem *Münchner Stadtanzeiger* so zum Ausdruck: „Es ist uns gut gegangen unter einer reinen SPD- und unter einer CSU-Regierung, da gibt es gar keinen Zweifel. Es ginge dieser Stadt besser, wie ich meine, wenn sie eine reine SPD-Regierung oder wenn sie ein SPD-CSU-Bündnis hätte.“

Vor diesem Hintergrund — zunehmender Armut und wachsender städtischer Finanznot — wird jetzt in München auch über die Sicherung der sozialen Grundversorgung, einem zentralen Punkt in der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Grünen diskutiert. Um die Gefahren eines von der Regierung von Oberbayern diktierten Notenhaushaltes abzuwehren, soll zwar gespart werden, aber zur sozialen Grundversorgung sollen alle sozialen Aufgaben gehören im Zusammenhang von zunehmender Armut, von Pflegebedürftigkeit und dem Flüchtlingseind. . .

Am letzten Montag hat nun — erzwungen von der CSU-Fraktion — ein Sonderplenum des Stadtrates zu Kronawitters Äußerungen stattgefunden. Die Grünen verlangten von der SPD-Fraktion eine deutlichere Abgrenzung von dieser jetzt in der SPD um sich greifenden Politik und bekräftigten ihre Kritik an Kronawitters Äußerungen. Die Diskussion um eine Beendigung des Rathausbündnisses bekommt jetzt wieder etwas Konjunktur bei den Grünen. CSU und Republikaner wittern schon mehr Posten und Einfluß. — (dl)

Verwaltung will den Sparpaß abschaffen

Hannover. Der Ratsversammlung am 24.9. liegt ein Antrag der Verwaltung vor, „den Ratsbeschluß vom 9.11.89 aufzuheben, wonach ein Sparpaß für den öffentlichen Nahverkehr einzuführen ist“. Die Vereinbarung verlängert sich automatisch um jeweils ein Jahr, wenn sie nicht bis zum 30.9. eines Jahres gekündigt wird. Etwa 2500 Personen, überwiegend Sozialhilfeempfänger, haben den Sparpaß in Anspruch genommen, eine große Erleichterung war er nicht gerade, aber immerhin. Die Begründung der Verwaltung ist neben dem Argument der Haushaltskonsolidierung, das bei den Ausgaben für Expo und Wirtschaftsförderung natürlich nicht gilt, das „neue Bedarfsmessungssystem für die Sozialhilferegelsätze“, das angeblich die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel einschließe. — (rec)

Stimmanteil der Faschisten über Bundesdurchschnitt

Göttingen. Wie aus einer Studie des Instituts zur Erforschung der Informationsgesellschaft hervorgeht, liegt der Stimmanteil der Faschisten unter den Göttinger Jugendlichen mit 5,3 % über dem Bundesdurchschnitt. Erheblich ist in diesem Zusammenhang der Unterschied zwischen Männern und Frauen. Von den 15-21-jährigen Jungwählerinnen würden nur 2,7 % ihre Stimme einer faschistischen Partei geben, während es bei ihren männlichen Altersgenossen mit 9,8 % fast viermal so viele wären.

Wesentlich weiter verbreitet ist jedoch die Ausländerfeindlichkeit und vor allem ist sie unter den Jugendlichen allgemein akzeptiert. Nur ein Fünftel der insgesamt 1000 befragten Göttinger Schü-

ler sprach sich gegen Ausländerfeindlichkeit aus. Die Aussage, daß die Bundesrepublik „nicht zu einem Einwanderungsland verkommen“ dürfe, bejahten 48,2 % der Befragten.

Quelle: Göttinger Blätter, Nr. 8/9-1992 — (dpe)

Bundeskongreß der „Deutschen Liga“ am 3. 10.

Der diesjährige Bundeskongreß der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ findet „auf Einladung der Ratsfraktion hin“ am 3. 10. 92 im Großraum Köln statt. Im Einladungsschreiben wird um Verständnis gebeten, daß der Versammlungsort erst 2-3 Tage vorher mitgeteilt wird. Das Antifaschistische Forum hat sich an den Oberbürgermeister gewandt, denn es ist kein Zufall, daß die „Deutsche Liga“ gerade Köln als Versammlungsort gewählt hat: Nach zwei verbotenen Veranstaltungen der letzten Zeit wollen sie jetzt am „Tag der deutschen Einheit“ mit ihrer Hetze Schlagzeilen machen. Alle politischen Möglichkeiten sollten genutzt werden, um dies zu verhindern. — (u.b.)

Gegen Anträge kleiner Fraktionen im Gemeinderat

Karlsruhe. Die Verwaltung der Stadt und der Oberbürgermeister beklagen schon seit längerem, daß die Gemeinderäte zuviel von ihrem Rede- und Antragsrecht Gebrauch machen. Auf den Gemeinderatssitzungen werde zuviel diskutiert und damit die Arbeit behindert. OB Seiler hat nun einen Vorschlag zur „Straffung der Gemeinderatssitzungen“ vorgelegt. Bisher läßt die Sitzungsordnung zu, daß auch die kleineren Fraktionen — konkret Grüne Liste und FDP — Anträge stellen können. In

Zukunft sollen Anträge generell auf die Tagesordnung kommen, um dann über die Behandlung „mehrheitlich abstimmen zu lassen“. „Lehnt die Mehrheit ab, so verschwindet der Beratungspunkt von der Tagesordnung“. Sofern eine Mehrheit der Gemeinderäte die Behandlung wünscht, wird der Antrag aber nicht etwa auf die Tagesordnung genommen, sondern erstmal in den dafür zuständigen Ausschuss verwiesen. So wird es praktisch unmöglich für kleinere Fraktionen — Verwaltung und OB geht es vor allem um die Grüne Liste — ihre Anliegen im Gemeinderat unterzubringen. Sie würden vom Wohlwollen und der kommentierten Zensur der CDU und der SPD abhängig. Kritische Anliegen könnten sauber geschäftsordnungsmäßig beendigt werden. Einige, Konzerninteressen hemmende Diskussionen könnten so vielleicht unterbunden werden. Die FDP hat schon signalisiert, sie stehe Plänen, mehr Themen in die Ausschüsse zu verlagern, nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. — (map)

„Passau's CSU fällt auf Oppositionsniveau“

München. So kommentiert der Münchner Merkur die wiederholten Stadtratswahlen in Passau. Die CSU hat nach Verlusten von 7,3 % nur mehr 37,5 % erreicht. Der Stimmzuwachs der Republikaner, nun drittstärkste Fraktion im Stadtrat, von 5,2 auf 11,3 Prozent, bestätige nach Ansicht des CSU-Generalsekretärs Huber, daß „die CSU künftig klare, konservative Positionen herausstellen, aber auch — für den Bürger erkennbar — in praktische Politik umsetzen“ müsse. Mit der ÖDP (zwei Mandate) ist eine weitere rechte Partei in den Passauer Stadtrat eingezogen. Die Wahlbeteiligung lag bei 54,6 %. — (ecg)



Köln. Für den 9. November, den Jahrestag der Reichspogromnacht, bereitet ein Aktionsbündnis eine Demonstration vor. An den Beratungen beteiligen sich der DGB, die ÖTV, verschiedene antifaschistische Organisationen und andere. Ralf Giordano wird einen Aufruf verfassen. Der Schwerpunkt der Aktion soll sich gegen den Rassismus richten und gegen eine Änderung des Grundrechts auf Asyl. Im Vorfeld soll eine Diskussionsveranstaltung stattfinden, wo auch inhaltliche Fragen, z. B. die völkische Großmachtpolitik der BRD, diskutiert werden. — Bild: Auch ein Mitglied eines Schützenvereins beteiligte sich an einer antirassistischen Demonstration in Köln. — (jöd, Foto: af/mz)

Übrig bleibt die Abschaffung des Individualrechts auf Asyl

Elmshorn. Der schleswig-holsteinische Landtag verabschiedete am 11.9.92 zusammen mit CDU und SPD eine „Entschließung zum Asylrecht und zum Zuwanderungsbegrenzungsrecht“. Die Presse kommentierte, daß die SPD zur Rettung einer gemeinsamen Erklärung mit der CDU auf die Formulierung, das individuelle Grundrecht auf Asyl müsse gewahrt bleiben, verzichtet habe. In dem Text heißt es jetzt lediglich: „Das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte wird gewahrt.“

Dabei wurde die Debatte um eine Verfassungsänderung bei der SPD-Führungsspitze schon in der ersten Hälfte dieses Jahres konkret. Beschlossen wurde u. a. vom Parteirat am 12.5.92 ein „Konzept für eine europäische Zuwanderungspolitik“. Daraus folgte schließlich der „Antrag der Fraktion der SPD für den schleswig-holsteinischen Landtag vom 12.8.92.“

Inhaltliche Grundlage für den Antrag war das „Konzept für eine einheitliche europäische Zuwanderungspolitik“. Hier heißt es: „Zuwanderung muß mit einem Zuwanderungsgesetz in der europäischen Gemeinschaft geregelt werden.“

— Bürgerkriegsflüchtlinge sind keine Asylsuchenden. Es bedarf eines einheitlichen europäischen Bleiberechts auf Zeit.

— Die Zahl der jährlich zulässigen Zuwanderer wird kontingentiert. Die Fest-

legung dieses Kontingents erfolgt auf der Grundlage eines Berichtes des Hohen Kommissars für Zuwanderung der europäischen Gemeinschaft nach Befassung des europäischen Parlaments durch den Ministerrat.

— Wer einen Antrag auf Asyl stellt, verliert das Recht auf Zuwanderung.

— Für die BRD bedeutet eine quотиerte Zuwanderungsregelung, die Beendigung der Kriegsfolgegesetze und eine Änderung des GG. Aussiedler werden dann wie Zuwanderer aus Drittstaaten behandelt.

— Grundlage der Asylpolitik der Europäischen Gemeinschaft ist die Genfer Flüchtlingskonvention und das Zusatzprotokoll von 1967. . . Die Interpretation dieser Konvention muß dem europäischen Gerichtshof obliegen.

— Bei Vorliegen dieser Voraussetzungen ist das in Artikel 16 des Grundgesetzes normierte Individualrecht einschließlich seines gerichtlichen Schutzes auf europäischer Ebene gewährleistet. Artikel 16 kann dann geändert werden, weil Entscheidungen anderer EG-Mitgliedsstaaten die gleiche Qualität wie die in der BRD haben.

— Die Handels- und Kooperationspolitik der Europäischen Gemeinschaft muß darauf ausgerichtet sein, Zuwanderungsursachen zu bekämpfen. Dazu zählt vor allem der Druck auf die Beseitigung von Fluchtursachen im Bereich der GFK und der Menschenrechtskon-

vention und damit die ausdrückliche Verpflichtung von Vertragspartnern zur Einhaltung dieser Rechte (speziell Minderheitenschutz).“

Kernpunkt dieses Konzeptes ist neben einer Neuaufgabe einer aggressiven europäischen Arbeitsmarktpolitik, daß den Lieferstaaten der Kontingente jugendtauglichste Arbeitskräfte entziehen soll, die Kontrolle und Interpretation der Behandlung von Flüchtlingen nach der GFK durch die EG. Damit wird eine weitere Schwächung der UNO formuliert. Die EG-Imperialisten sollen sich über die „Fluchtursachenbekämpfung“ aufschwingen, andere Staaten an der Einhaltung der Menschenrechte zu messen, obwohl sie selber die Demontage der UNO betreiben. Die in dem Konzept genannten Regelungen auf europäischer Ebene als Voraussetzungen für die Verfassungsänderung sind in der Entscheidung zum Teil völlig weggelassen oder wie die Regelung eines sogenannten „Zuwanderungsbegrenzungsrechts“ hinten angestellt. Vorne angestellt ist „Die Bekämpfung der Wanderungs- und Fluchtursachen“, als „die langfristige wichtigste europäische Antwort auf die Wanderungsdruck. Mit dieser Gewichtung soll anscheinend auch die Auseinandersetzung um die Beteiligung an UNO-Kriegseinsätzen gestützt werden. Was bleibt, ist jetzt die endgültige Beseitigung des Individualrechtes auf Asyl per Verfassungsänderung. — (ru)



Frankfurt. Mit einem Informationsstand (Bild) und in einer Presseerklärung protestierte die HGW Prostituiertenselbsthilfe und die Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung gegen Polizeiübergreifung und forderte u.a. eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für ausländische Sexarbeiterinnen. — (Frankfurter Info, Bild: Fotogruppe Rhein-Main)

Bündnis gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit

Offenburg. 800 Menschen beteiligten sich am 12.9. an der Demonstration in Offenburg. Dies war die zweitgrößte Demonstration der letzten Jahre. Initiatoren waren die Offenburger Jusos und die VVN-BdA Offenburg. Seit Mai 1992 wurde über den Inhalt und die Durchführung einer Demonstration diskutiert. Man kam überein, die Demonstration mit der Stoßrichtung gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zu machen. Versuche aus den Reihen der SPD, die Jusos von ihrem Vorhaben abzubringen, gelangen nicht. Zur Unterstützung der Demonstration konnte ein breites Bündnis gewonnen werden. Etwa 70 Kurdinnen und Kurden nahmen in einem Block an der Demonstration teil. Auf den drei Kundgebungen sprachen der Kreisvorsitzende des DGB, ein kurdischer Dolmetscher, eine Landessprecherin der PDS/LL Baden-Württemberg, je ein Vertreter der VVN-BdA Offenburg, der Kurdistanolidarität Freiburg, der Kurden, des AK Asyl, der Jusos. Sie sprachen sich alle gegen die rassistischen Übergriffe und eine Änderung des Grundgesetzes aus. — (ror)

Kein passives Wahlrecht für EG-Ausländer in Bayern?

München. Mit den Verträgen von Maastricht müßte das kommunale Wahlrecht für Bürgerinnen und Bürger der EG-Staaten in der Bundesrepublik eingeführt werden. Der Freistaat Bayern will dies einschränken. In einer Protokollnotiz der gemeinsamen Verfassungskommission des Bundes und der Länder heißt es wörtlich, Bayern werde

bei den Verhandlungen auf europäischer Ebene besonders darauf achten, daß Ausländer „von der Wahl zum Bürgermeister und vergleichbaren Ämtern mit Exekutivbefugnissen ausgeschlossen werden können“. Egal wie die anderen Länder sich verhalten, Bayern will dies im eigenen Bundesland auf jeden Fall durchziehen. — (baf)

Großaufgebot der Polizei: Demonstranten fest im Griff

Hannover. 100 Republikaner konnten ungestört in Wunstorf bei Hannover eine Veranstaltung zum Thema „die Endzeit der Regierung Kohl“ mit dem stellv. Bundesvorsitzenden Alexander Hausmann durchführen. Die Polizei sorgte derweil dafür, daß die Demonstranten vor dem Hotel, in dem die Veranstaltung stattfand, in Schach gehalten wurden. Weit über 100 Einsatzkräfte teilweise vor dem Hotel bzw. in Bereitschaft, zwölf Hundeführer und speziell geschulte Festnahmekommandos sorgten dafür, daß die Republikaner das Hotel betreten konnten. In der Presse wird hervorgehoben, daß unter den 350 Demonstranten auch gewaltbereite Ausländer gewesen seien. Die Zufriedenheit der Polizei, daß es „trotz des gewaltbereiten Potentials erfreulicherweise bei sehr geringen Schäden und vier leicht Verletzten geblieben sei“, werden diejenigen, die von den Polizeihunden gebissen und von der Polizei angegriffen wurden, nicht teilen. Die Tatsache, daß nach der Veranstaltung einige Republikaner den Hitlergruß, nach Beschreibung der Presse „den ausgestreckten rechten Arm“ zeigten, wird in der Presse lapidar damit begründet, daß dies die Reaktion der Republikaner auf die verbalen Attacken der Jugendlichen gewesen sei. — (bee)

Arbeitszeit 1993/1995: Samstagsarbeit im Visier

Stuttgart. In den Betrieben der metallverarbeitenden Industrie stehen die Betriebsräte derzeit bundesweit in Verhandlungen mit den Vertretern der Geschäftsführungen über die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung ab 1. April 1993 und 1. Oktober 1995. Entschieden wird dabei auch über die Lebensplanungen von Millionen Beschäftigten. Im Zentrum der Auseinandersetzungen steht die Betriebsnutzungszeit/Maschinenlaufzeit. Sehr erschwerend für die Belegschaften und Betriebsräte ist dabei, daß laut geltendem Tarifvertrag von 1990 (§ 7.6) die bisherige Auslastung der betrieblichen Anlagen beibehalten oder optimiert werden soll, wenn dies der Unternehmer wünscht.

Will ein Betriebsratgremium zum Beispiel die tägliche Arbeitszeit von 7,2 Stunden ab 1.4.1993 und von 7 Stunden ab 1.10.1995 vereinbaren, kann der Unternehmer jederzeit diese berechnete Forderung unter Hinweis auf geltendes Tarifrecht abblocken. Oder der Unternehmer erklärt sich dazu bereit, fordert aber regelmäßige Samstagsarbeit. Oder er fordert den Aufbau einer dritten Schicht oder sogar einer vierten Schicht (4 mal 6 Stunden). Der unternehmerische Druck auf Betriebsräte und Belegschaften hat inzwischen solche Ausmaße angenommen, daß der Vorstand der IG Metall dringend auffordert, „daß alle IG Metall-Betriebsräte sich gemeinsam mit ihrer Organisation gründlich und umfassend darauf vorbereiten“. (Klaus Zwickel in der Funktionszeitschrift *Gewerkschafter* 8/1992)

Welche Ziele verfolgt der Arbeitgeberverband? Er drängt auf möglichst fle-

xible Lösungen, damit auch bei krisenhafter Entwicklung in der Autoindustrie und im Maschinenbau die Anlagen bestmöglich genutzt werden können. Bei Auftragssteigerungen soll kurzfristig der Zugriff auf Mehrarbeit möglich sein, bei Auftragsrückgang ist auch die täglich verkürzte Arbeitszeit im Visier. Ein großer baden-württembergischer Konzern, bekannt für flexible Arbeitszeitleösungen, ist die Robert Bosch GmbH. Als Zulieferer für die Autoindustrie versucht Bosch, die kurzfristigen Wechselbäder von Auftragsänderungen und Kürzungen abzufedern durch kurzfristige Arbeitszeitänderungen — bei minimaler Lagerhaltung! Bisher funktionierte die Zusammenarbeit mit den betrieblichen Interessenvertretern schon ganz gut, wie der Vorstandsvorsitzende Marcus Biech in einem Interview mit der *Stuttgarter Zeitung* (12.9.1992) auch anerkennend vermerkte: „Auf Betriebsebene war die Zusammenarbeit schon immer gut. Wir sind auch mit der IG Metall vor allem in Baden-Württemberg im Gespräch und stimmen auf vielen Gebieten überein. Wir müssen aber noch weitere Überzeugungsarbeit leisten.“

Wie sieht nun die weitere Überzeugungsarbeit der Firma aus? Dazu machte der Verhandlungsführer des Feuerbacher Bosch-Betriebsrates auf der Versammlung der Vertrauensleute am 9. September einige interessante Ausführungen. Zunächst einmal berichtete er, daß über die Arbeitszeitverkürzungen 1993 und 1995 verhandelt wird, das heißt, daß der Bosch-Konzern bereit ist, auch die Arbeitszeitverkürzung 1995 umzusetzen.

Im Gleitzeitbereich (hauptsächlich Angestellte) wäre die Feuerbacher Standortleitung bereit, einen zweiten Gleittag zuzugestehen bei gleichzeitiger Verkürzung der Kernarbeitszeit. Für die Auszubildenden zeichnet sich auch eine Lösung ab in Richtung täglicher Arbeitszeitverkürzung. Aber große Uneinigkeit gibt es über die Arbeitszeiten in der Fertigung (Schichtmodelle). Einigkeit zwischen Betriebsrat und Firma besteht zwar darüber, daß im Schichtbetrieb die tägliche Arbeitszeit verkürzt wird, aber die Firmenvertreter wollen den Unterschied zwischen jetziger und späterer Betriebsnutzungszeit ausgleichen durch „Überzeitoptionen“. Solche Überzeitoptionen sollen bestehen für die Arbeitszeit von 22 bis 23 Uhr von Montag bis Freitag und für fünf Samstage im Jahr für jede Schicht im Zweischichtbetrieb.

Bei den Überzeitoptionen für die Samstagsarbeit sprechen die Firmenvertreter von 20 bis 30 Prozent der Stammbelegschaft. Was dann im konkreten Fall „Option“ bedeutet, ist Auslegungssache. Die Firma Bosch ist für den Feuerbacher Standort nicht bereit, das bisherige Verfahren der Überzeit weiter anzuwenden, das heißt normales Genehmigungsverfahren durch den Betriebsrat nur für acht Wochen bei gleichzeitiger Freiwilligkeit der Überzeitarbeit bei den Beschäftigten. Gelänge es der Firma Bosch, am Standort Feuerbach den Durchbruch zu schaffen in Richtung Samstagsarbeit, wäre dies ein Signal für die gesamte Metallindustrie. Davor hat auch der Vertreter der IG Metall auf der Vertrauensleuteversammlung gewarnt. — (aus *Kommunale Berichte Stuttgart*; kw)



Krupp: Belegschaften in schwieriger Lage

Essen. Mehr als 2000 Beschäftigte vor allem aus den Essener Krupp-Betrieben beteiligten sich am 15.9.1992 an einer Demonstration gegen den weiteren Abbau der Belegschaften. Die Demonstration fand während der Arbeitszeit statt und führte zum Saalbau, wo zu diesem Zeitpunkt eine Betriebsräte-Konferenz des Krupp-Konzerns stattfand. Bei einer Kundgebung forderten mehrere Betriebsratsvorsitzende und Vertreter der IG Metall den Konzern auf, auf den weiteren Abbau von Arbeitsplätzen und insbesondere auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten.

Betriebsräte von Krupp und auch Funktionäre der IG Metall konnten der Bildung des neuen Konzerns Krupp-Hoesch bisher durchaus positive Seiten abgewinnen. Inzwischen ist deutlich, daß eine Kehrseite der Fusion die Brutalisierung der Rationalisierungsabsichten ist. Zwar sicherte Krupp-Chef Cromme der IG Metall vertraglich zu, daß durch die Fusion nur 1800 Beschäftigte wegfallen, ohne betriebsbedingte Kündigungen. Cromme lehnte es auf der Betriebsrätekonferenz ab, auch hierfür Kündigungen auszuschließen.

Die Schwierigkeiten, die der Krupp-Konzern inzwischen mit der Fusion hat, will Cromme ebenfalls auf die Belegschaften abwälzen. Eingeleitet durch den heimlichen Kauf von Hoesch-

Aktien, wurde die Fusion von den Aufsichtsräten und dem stimmberechtigten Hoesch-Aktienkapital zwar gebilligt. Drei einzelne Hoesch-Aktionäre haben jedoch Klagen eingereicht und die Eintragung des Konzerns ins Handelsregister verhindert. Dadurch wird die Fusion zumindest erheblich verzögert.

Prompt drohte Cromme auf der Betriebsräte-Konferenz: „Jeder Tag Verzögerung der Fusion kostet weitere Arbeitsplätze“. Der Hintergrund: Der Kauf von Hoesch hatte von Anfang an viel Spekulationen, Cromme muß an den „cash flow“ von Hoesch, um die Fusion zu finanzieren. Der Konzernvorstand erwägt einen Beherrschungsvertrag, wodurch jeder Schein von „Partnerschaft“ jedoch zerstört wäre.

Umso verständlicher ist es, wenn IG Metall-Vorstandsmitglied Schulte vom Stahlbüro „Mitarbeiter“ bei der Gestaltung des Konzerns anbot, sofern nur die oben genannten Forderungen erfüllt werden und ein gesonderter Arbeitsdirektor eingerichtet wird. Eine solche Linie bindet die IG Metall ans Konzernschicksal, obwohl Cromme Widerstand zur Zeit sicher nicht gebrauchen kann. Sie macht insbesondere wehrlos gegenüber den Rationalisierungsabsichten, die auf „schlanke Produktion“ zielen. Dabei könnte die IG Metall gerade hier betriebsübergreifend tätig werden, gegen Leistungssteigerung, flexible Arbeitszeiten, Leiharbeit usw. — (wof)

Positionen gegen das Seehofersche Gesundheitsstrukturgesetz

Stuttgart. Zum 1.1.93 soll das Gesundheitsstrukturgesetz in Kraft treten. Nach der überraschenden Vorlage des Gesetzesentwurfs kurz vor der Sommerpause haben sich inzwischen die Betroffenen durch das umfangreiche Material durchgearbeitet und beginnen, Gegenpositionen aufzustellen.

Das Gesundheitsreferat der Stadt Stuttgart hat die Auswirkungen des Gesundheitsstrukturgesetzes auf den städtischen Haushalt und die Krankenhausversorgung in Stuttgart abgeschätzt. Gravierende Folgen haben die geplante Aufhebung des Selbstkostendeckungsprinzips im Krankenhaus (wonach die Investitionsmittel sowie die Pflegesätze die Kosten des sparsam wirtschaftenden Krankenhauses decken müssen) und die Grundlohnbindung der Krankenhausbudgets 1993 bis 1995 (wonach in diesen Jahren das Budget höchstens in der Höhe der Kasseneinnahmen steigen darf). Das Gesundheitsreferat schreibt dazu: „... Eine erhebliche Verluststeigerung auf nicht abzählbare Zeit ist vorprogrammiert, da eine Anhebung der Budgets der Krankenhäuser entsprechend der Grundlohnsummensteigerung nicht einmal ausreicht, tarifliche Steigerungen abzudecken ... Die Folgen der Budgetdeckung sind also sowohl ein Verzicht auf medizinische Weiterentwicklung als auch ein Verzicht auf künftige Stellen-schaffungen in den Krankenhäusern.“ Die vorgesehene Einführung von Fall-

pauschalen ab 1995 wird dazu führen, „daß der zusätzliche Aufwand, der für besonders teure Fälle in Maximalversorgungskrankenhäusern anfällt, durch diese einheitlichen Fallpauschalen aller Voraussicht nach nicht gedeckt werden können wird.“ Im Fazit heißt es: „Das Gesundheitsreferat vertritt die Auffassung, daß sich die bisher geltende Krankenhausfinanzierung bewährt hat, Handlungsbedarf für eine so drastische gesetzliche Veränderung zu Lasten der Krankenträger nicht gegeben ist.“

Die ÖTV-Kreisverwaltung und die Liste Demokratischer Ärztinnen und Ärzte (LDÄÄ) wenden sich in einer gemeinsamen Presseerklärung entschieden gegen den Gesetzesentwurf: „... Es soll mit dem Gesundheitsstrukturgesetz offensichtlich der Weg der Belastung der Kranken und der Leistungseinschränkung fortgesetzt werden. (...) Kosten werden verlagert auf die Kranken, Kosten werden gespart bei den Kassen durch Leistungsausgrenzung, bei den Unternehmen durch Senkung der Lohnnebenkosten und bei den gesunden Versicherten, wobei der Zusammenhang zwischen Gesundheit und sozialer Lage nicht vergessen werden sollte: Wer schlecht lebt, wird schneller krank. Die geplanten Restriktionen insbesondere im Krankenhausbereich werden außerdem zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Gesundheitswesen führen ... An-

dererseits ist bereits jetzt abzusehen, daß die Großverdiener des Gesundheitswesens wieder ungeschoren davonkommen

Demgegenüber setzen sich die ÖTV und die LDÄÄ ein: — für eine bessere Verzahnung der ambulanten und stationären Versorgung durch eine Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung; — für neue Strukturen in der ambulanten Versorgung (Aufhebung des Niederlassungsmonopols, Möglichkeit für alternative Konzepte der ambulanten Versorgung durch Ambulatorien, stadtteilnahe Gesundheitsarbeit usw.); — für die Abschaffung des Einzelleistungsabrechnungssystems in der ambulanten Versorgung und für pauschale Formen der Bezahlung von ambulant tätigen Ärzten; — für Qualitätskontrollen der ärztlichen Leistung, sowie Positivlisten von Medikamenten und die Einführung von unabhängigen Pharmabewertern; — für die Änderung der Finanzierung der Kassen durch einen kassenübergreifenden überregionalen Finanzausgleich, den Wegfall der Beitragsbemessungsgrenze; — für die Finanzierung von kassenfremden Leistungen (Mutterschaftsgeld, Antibabypille usw.) durch den Staat; — für die Beibehaltung des Selbstkostendeckungsprinzips in Bezug auf die Krankenhäuser, sowie eine ausreichende Bezuschussung von Krankenhausinvestitionen durch Bund und Länder.“ — (evo)

Kurz berichtet

„Stasi-Fragebogen“ sind grundsätzlich zulässig

Berlin. In zwei verschiedenen gelagerten Fällen haben Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht die Zulässigkeit von Fragen nach Stasi-Mitarbeit und SED-Zugehörigkeit für zulässig erklärt: „Die Befragung früher in der öffentlichen Verwaltung der DDR einschließlich Ost-Berlins beschäftigter, nunmehr bei einem öffentlichen Arbeitgeber in der Bundesrepublik tätiger Arbeitnehmer in einem Personalfragebogen, z. B. nach Stasi-Tätigkeit, Funktionen in der SED oder in Massenorganisationen sowie Vorwürfen oder Verdachtsäußerungen bezüglich Menschenrechtsverletzungen, ist im Rahmen einer Prüfung der Eignung nach Artikel 33 II GG grundsätzlich zulässig.“ (1) Im zweiten Fall wurde die Klage eines Fachlehrers zurückgewiesen, der seit 28 Jahren im DDR-Schuldienst tätig war und weiterhin als Lehrer tätig ist. In der Begründung heißt es: „Der öffentliche Arbeitgeber habe ... ein Datenerhebungsrecht zur Ermittlung von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung des Bewerbers. Dazu gehöre auch dessen Verfassungstreue ... Da der Grund für eine außerordentliche Kündigung insbesondere dann gegeben ist, wenn der Arbeitnehmer gegen Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit verstoßen hat, seien Fragen nach Mitarbeit und verantwortlicher Tätigkeit in der SED und ihren Gliederungen folgerichtig.“ (2) Fazit: Mitarbeit in der SED bedeutet immer Verstoß gegen die Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit.

(1) 97 Ca 1897/91 (2) 9 Sa 29/92, zit. nach *Der Tagesspiegel* v. 11. 9. 92 — (har)

West-Beamte bekommen reihenweise „Ost-Koller“

Zunehmend häufen sich Zeitungsberichte, wonach die in die ehemalige DDR abgeordneten West-Beamten nach zweijähriger Kolonialtätigkeit frustriert sind. Nur wenige beabsichtigen, sich in den ostdeutschen Ländern niederzulassen. Zu kleine und ärmliche Wohnungen und fehlende Freizeitmöglichkeiten werden als Grund angegeben. Beispielsweise sind im Landespolizeidienst Mecklenburg-Vorpommern von 317 West-Beamten 66 geblieben, alle im gehobenen und höheren Dienst, womit zum Ausdruck kommt, daß nur bleibt, für wen es sich lohnt (z. B. durch eine Beförderung, auf die man in Westdeutschland länger warten mußte). Eine endgültige Versetzung bedeutet nämlich den Verlust der sogenannten „Buschzulage“ (der Ausdruck spricht für sich), der kostenlosen Heimflüge und des Trennungsgeldes, alles natürlich zusätzlich zur Besoldung auf Westniveau. „Pioniergeist und Euphorie sind weitgehend verfliegen“, kann man lesen. Man darf mit Sicherheit annehmen, daß sich die Ost-„Beamten“ und -Angestellten inzwischen weit weniger sagen lassen als noch zu Beginn des „Verwaltungsaufbaus“. Der Begriff „Besser-Wessi“ muß ja irgendwoher kommen. — (har)

Brandenburg: Verbeamtung im öffentlichen Dienst

Potsdam. Als letztes ostdeutsches Land hat Brandenburg eine umfangreiche Verbeamtung im öffentlichen Dienst beschlossen. Hierunter fallen auch rund 32 000 Lehrer sowie das wissenschaftli-

che und künstlerische Personal an den Hochschulen. Brandenburg wollte nur diejenigen Beschäftigten in den Beamtenstatus versetzen, die hoheitliche Aufgaben wahrnehmen, ansonsten aber mit Angestellten auskommen. Befürchtet wurde nun, daß man bei der Personalgewinnung schlechte Karten habe, da alle Länder um Brandenburg herum Beamtenpositionen anbieten. Auch bei einem Wechsel zwischen den Bundesländern könnten Benachteiligungen eintreten. Interessant die „Fronten“ in der Ampelkoalition: Während die SPD, insbesondere Arbeitsministerin Hildebrandt, bis zum Schluß gegen das Verbeamtungskonzept auftrat, hat sich Bildungsministerin Birtler vom Bündnis 90 für ein solches stark gemacht. Die „Landeskinde“ werden's ihr danken! — (har)

Ostdeutsche fühlen sich von der Einheit überrollt

In Berlin wurden kürzlich vom Leiter der Projektgruppe „Identitätswandel in den ostdeutschen Ländern“, Prof. Dr. Jürgen Hofmann, Aussagen zur Studie „Zwischen Anschluß und Ankunft. Identitätskonflikte und Identitätssuche der Ostdeutschen auf dem Weg zum Bundesbürger“ gemacht. Danach fühlen sich im Dezember 1990 42,2 % der Ostdeutschen vom Einheitsprozeß überrollt und von der Gestaltung der deutschen Einheit ausgeschlossen. Im April 1992 waren es 52,4 % aller Befragten. „Die Ostdeutschen sehen sich plötzlich in eine ‚terra incognita‘ versetzt, und noch heute ist die Bundesrepublik für viele unbekanntes Land.“ Probleme, die sich heute für die Ostdeutschen auftun, sind nach der Studie vor allem die wachsende Rücksichtslosigkeit in der Gesellschaft und die zunehmende Kriminalität. Im April d. J. fühlten sich 87 % der Befragten als „Bürger zweiter Klasse“. Die Hinwendung zur vergrößerten Bundesrepublik gehe schmerzhafter und konfliktreicher vor sich als gedacht. Eine Identität könne nicht wie ein Autokennzeichen ausgetauscht werden. Ernüchterung sei an Stelle der „Einheits-euphorie“ getreten. Die Mehrheit (73,6 %) äußert, daß die Geschichte der DDR Teil ihres Lebens war und nicht verdrängt werden darf. 60,4 % betrachten die DDR als einen Versuch, „eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen“. Die Ostdeutschen wollen sich mit allen ihren Erfahrungen, positiven und negativen, in den Prozeß einbringen. Ansonsten werde hier ein Dauerkonflikt programmiert. — (A.B.)

Neuer Polizeipräsident in Berlin gewählt

Mit der notwendigen 2/3-Mehrheit — gegen die Stimmen von PDS, FDP, Bündnis 90/Grüne — hat das Berliner Abgeordnetenhaus H. Saberschinsky zum neuen Polizeipräsidenten gewählt. Seine „Qualifikation“ hat sich Saberschinsky beim Bundeskriminalamt in verschiedenen Abteilungen wie z. B. Terroristenbekämpfung, Rauschgiftkriminalität, organisiertes Verbrechen geholt. Heftige Diskussionen hat vor allem hervorgerufen, daß (das Gewerkschaftsmitglied) Saberschinsky während des Fluglotsenstreiks in den 70er Jahren an der (gerichtlich angeordneten) Abhörung der Telefone des Betriebsrates beteiligt war. Aus Anlaß dieser Wahl hat das Bündnis 90/Grüne einen Gesetzesentwurf eingebracht, der die Rechte des Abgeordnetenhauses stärkt. Umgekehrt wollen CDU und FDP das Amt des Polizeipräsidenten zu dem eines politischen Beamten ohne Wahl machen. — (har)



Die Proteste gegen die Nutzung von zwölf ehemaligen NVA- bzw. GUS-Truppenübungsplätzen durch die Bundeswehr gehen weiter. Gegen jede weitere Nutzung des Bombenabwurfplatzes Wittstock haben Anwohner bisher 25 000 Unterschriften gesammelt (siehe auch Bild). Anfang September haben Mitglieder der Bürgerinitiative „FREIEIDE“ an 19 Brücken entlang der Autobahn Hamburg-Berlin Protesttransparente angebracht. — (har)

Einzelhandel in Ostdeutschland: Die Versorgung ist gefährdet

In der früheren DDR gab es Ende 1989 inoch 30 300 Verkaufsstellen. Seit dem Einfall der westdeutschen Handelskonzerne und dem Verkauf der Verkaufsstätten durch die Treuhand wurden 18 800 Läden geschlossen. Von den ehemals mehr als 200 000 Beschäftigten haben noch knapp 60 000 einen Arbeitsplatz. (Stand Juni 1992)

Seither haben sich nach Angaben der *Lebensmittelzeitung* 140 SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte breitgemacht: in Sachsen 57, in Thüringen 21, in Brandenburg 20, in Sachsen-Anhalt 19, in Mecklenburg-Vorpommern 18 und in Ost-Berlin 5. Die Discount-Konzerne haben 468 Filialen im Osten eröffnet. Weiter gibt es rund 1 150 SB-Lebensmittelläden mit 400 bis 800 qm Verkaufsfläche, die zu den Filialkonzernen gehören. (Stand Anfang Juni 1992)

Die kleineren Grundversorgungsäden werden durch diese Ansiedlungen verdrängt. Das Ergebnis dieser Zerstörung der früheren Versorgungsstruktur der DDR: Ganze Landstriche haben keine Grundversorgung mehr, oder die

Schließung der wenigen noch bestehenden Läden mit den Grundnahrungsmitteln steht bevor. Die Landbevölkerung muß laut *Handelsblatt* zur Deckung des Grundnahrungsbedarfs im Land Brandenburg Fahrwege von 38 bis 110 Kilometern bis zum nächsten SB-Warenhaus in Kauf nehmen. In den Planungen der Handelskonzerne ist keine einzige Ansiedlung nördlich von Magdeburg oder zwischen Brandenburg und Frankfurt/Oder auf dem Land vorgesehen. Nur rund um Berlin ist eine ganze Reihe größerer Märkte geplant.

Die kleinen Nachbarschaftsläden, oft nur 150 qm groß, deckten früher auf dem Lande die Versorgung ab. Diese Läden wollen heute keiner haben, so der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE). Von den im Juni noch bestehenden rund 9 000 Konsumläden haben fast 7 000 eine Größe unter 150 qm. Für 90 % wird von den Handelsverbänden „das totale Aus“ bis spätestens Ende der 90er Jahre erwartet. Die Konzerne setzen statt Nahversorgung auf eine Erhöhung der PKW-Dichte und den

Straßenbau. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) spricht vom völligen Zusammenbruch der Landversorgung. Die Reste der ländlichen Versorgung liegen jedoch immer noch weitgehend bei den Konsumgenossenschaften. Ihre systematische Vernichtung wird betrieben. Die HBV hat Ende letzten Jahres eine Reihe von Vorschlägen gemacht, um die weitere Vernichtung der Versorgungsstrukturen aufzuhalten, eine Stärkung der kommunalen und regionalen Eingriffsrechte und die Erhaltung der kleinen Konsumläden gefordert. Weiter will die HBV, daß die Länder Landesbürgschaften gegenüber Banken, Versicherungen und Lieferanten abgeben sowie direkte Subventionierung aus Landes- und Bundesmitteln. Allein für Brandenburg fordert die HBV rund 50 Millionen DM. pro Laden etwa 15 000 bis 20 000 DM.

Quellen: *Handelsblatt* 1., 15., 22. 6.; *Lebensmittelzeitung*, *Neues Deutschland* jeweils div. Ausgaben '92; *Die Zukunft des ostdeutschen Einzelhandels*, über: HBV, Invalidenstr. 120/21, O-1040 Berlin — (jub, res, rub)

Gewerkschaft HBV fordert eine kommunale und regionale Strukturentwicklung

Die HBV machte Ende 1991 eine Reihe Vorschläge, wie über kommunale und regionale Eingriffe in den ostdeutschen Bundesländern die Versorgungsstruktur besonders auf dem Lande erhalten werden könnte. Wir dokumentieren aus dem „Positionspapier: Die Zukunft des ostdeutschen Einzelhandels“ die „HBV-Forderungen zur Entwicklung einer differenzierten Einzelhandelsstruktur für alle Käuferschichten“:

„... Unser Ziel ist eine Einzelhandelsstruktur, die sowohl den Beschäftigten als auch den Verbraucherinteressen Rechnung trägt. Das umfaßt

- * die Aufrechterhaltung und Schaffung qualifizierter Arbeits- und Ausbildungsplätze,
- * eine gute Versorgungsqualität,
- * die Erhaltung und Weiterentwicklung leistungsfähiger kleiner und mittlerer Einzelhandelsbetriebe,
- * die Sicherung einer planvollen Stadtentwicklung ...

* Richtwerte für eine Flächenplanung.

Im Augenblick planen alle großen westdeutschen Handelsunternehmen ihre künftige Ansiedlungspolitik. Besonders wichtig ist dabei, * wo die Ansiedlung erfolgt (Kleinstadt/Großstadt, City/Randlage/Grüne Wiese), * welche Vertriebsform angesiedelt wird (Discount/Fachgeschäft/SB-Warenhaus usw.), * wie groß der Flächenbedarf ist.

Diese Ansiedlungsentscheidungen unterliegen einem weit ausgebauten öffentlichen Planungsrecht. Wenn wir also Einfluß auf die Strukturentwicklung im Einzelhandel nehmen wollen, müssen wir uns in diesen Planungsprozeß einschalten. Um regional planen zu können, braucht man grobe Kriterien, wieviel qm Verkaufsfläche pro Einwohner ausreichend sind und auf welche Sortiments- und Vertriebstypen sie zu verteilen sind ...

Wir plädieren deshalb nach dem wirklichen Gleichheitsgrundsatz „Ungleiches muß auch ungleich behandelt werden“ dafür, in den neuen Bundesländern mehr kleinflächige Läden als in den alten Bundesländern zu halten ...

Das Ziel „gleichmäßigere Verteilung“ bedeutet notwendigerweise im Schnitt kleinere Läden, weil sonst ländliche Gebiete leer ausgingen. Bei einer durchschnittlichen Verkaufsfläche von 150 qm (BRD 1988 = 200 qm) stünden dann 67 000 Läden zur Verfügung ...

* Erarbeitung von Flächennutzungsplänen

... Auf Länderebene müssen deshalb für die einzelnen Wirtschaftsregionen ... Raumordnungspläne entwickelt werden, durch die festzulegen ist

- künftige gewünschte Mindestversorgung in den ländlichen Gebieten mit Läden für Waren des täglichen Bedarfs,
- künftige gewünschte Funktion der Mittelzentren und Innenstädte für die Versorgung mit Facheinzelhandel, Kaufhäusern,
- künftige Obergrenze und regionale Verteilung für neu zu errichtende Einkaufszentren, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte.

Wir fordern deshalb, daß schnellstens auf Ebene der Bundesländer für die einzelnen Wirtschaftsregionen unter der Beteiligung der Betroffenen (Gewerkschaften, IHK's, Einzelhandelsverband, Kommunen) solche Pläne entwickelt werden ...

* Erhalt kleiner Verkaufsstellen auf dem Lande und in den Innenstädten

... Wir sehen zwei Möglichkeiten für solche politischen Maßnahmen:

- politische Auflagen gegenüber ansiedlungswilligen westlichen Handelskonzernen, neben der von ihnen favorisierten Großfläche auch Kleinfläche aufzubauen bzw. zu halten,
- oder gezielte Mittelstandspolitik, um eine Ergänzung der Großbetriebe und Filialunternehmen zu schaffen ...

Die westdeutschen Handelskonzerne, die meist die unterschiedlichsten Vertriebstypen und Fachunternehmen unter einem Konzern- oder Holdingdach vereinen, könnten die Auflage bekommen, nicht nur mit Discountern und Großflächen anzusiedeln, sondern auch mit kleineren Läden und Fachgeschäften ...

Nahversorgerläden auf dem Lande können erhalten bzw. neu errichtet und retabel betrieben werden (der Typ „Ländliches Einkaufszentrum“ ...), wenn sie an den Vorteilen großer Handelskonzerne (billiger Einkauf über Mengenrabatte, differenziertes, effizientes Logistiksystem) teilhaben können ...

Der Erhalt der Nahversorgerläden auf dem Land steht und fällt aktuell mit den Überlebenschancen der Konsumgenossenschaften. Sie sind zum Teil aktuell genötigt, immer mehr Eigenständigkeit an Westunternehmen abzugeben. Meist werden zwischen KG und einem West-Partner gemeinsame GmbH's gegründet, in die aber nach dem Willen einiger

Das Ende der Konsumgenossenschaft Halle

Die Genossenschaft Halle war eine der größten DDR-Konsumgenossenschaften. Sie hatte Anfang 92 noch 10 000 Beschäftigte und 1 300 Verkaufsstellen, die einen großen Teil von Sachsen-Anhalt versorgten. Sie geriet gegenüber dem Hauptlieferanten, dem ASKO-Konzern aus Saarbrücken, in erhebliche Zahlungsrückstände. Ursache war die schlechte Ausgangsposition gegenüber den Supermärkten der westdeutschen Handelskonzerne (kleinere Verkaufsfläche, niedriger Umsatz pro Fläche und Beschäftigten). Erschwerend kam hinzu, daß der Aufsichtsratsvorsitzende der Genossenschaft (aus Hamburg) mit seiner Frau mehrere Beteiligungsgesellschaften gründete, die an der Konsumgenossenschaft beteiligt waren, und Miete für Konsum-eigene Immobilien kassierte.

Am 26. 2. demonstrierten 2 000 Beschäftigte in Halle für den Bestand der Konsumgenossenschaft und ihrer Arbeitsplätze. In der Nacht zuvor war bekannt geworden, daß ein Großlieferant 12 Millionen DM vom Lohnkonto der Genossenschaft abgeräumt hatte.

West-Partner nur die „Rosinen“ (im Prinzip die Kaufhallen) eingebracht und saniert werden sollen. Der „Rest“ (also die kleinen Verkaufsstellen, die aber 70-80 % der Fläche umfassen) wäre dann sich selber überlassen und damit wahrscheinlich nicht überlebensfähig. ... Wir erwarten deshalb, daß die Konsumgenossenschaften auf eine Art und Weise saniert werden, die ihre besondere und nicht ersetzbare Funktion nicht auslöscht ...

Der mittelständische Einzelhandel könnte durch folgende Maßnahmen gestützt werden:

- Mietpreisbindung auch für gewerbliche Miets ...
- Erhalt/Ausbau zinsgünstiger Kredite für den Ausbau der Läden;
- Unterstützung der neuen Selbständigen beim Aufbau durch preisgünstige Beratung und Verwaltung, z. B. Aufbau regionaler Betreibergesellschaften für Buchhaltung, Abrechnung ...

Wir sind ... skeptisch, inwieweit eine solche Mittelstandsförderung gelingt. Denn das Hauptmanko des echten Mittelstands — der teure Einkauf durch die niedrigen Mengen — ließe sich nur durch massive Eingriffe in die Verträge zwischen Einzelhandel/Großhandel bzw. Handel/Industrie abbauen ...

* Begrenzung der Flächenexpansion auf der grünen Wiese

... Die politischen Auflagen ... sollten sich nicht nur auf Obergrenzen und eine eventuelle Koppelung zwischen Großfläche und Betreiben von Kleinflächen ... beschränken. Es sollten weitere Auflagen gemacht werden ...

— Finanzielle Unterstützung bzw. Betreiben eines preisgünstigen Nahverkehrssystems zwischen Wohngebieten und Einkaufszentren, damit Verbraucher nicht nur auf Autos angewiesen sind; ...

— Auflagen für eine gesundheitsverträgliche Gestaltung der Flächen für Kunden und Verkaufspersonal ...

Ab diesem Zeitpunkt war das Ende der Genossenschaft besiegelt: * Die ASKO untersagte ihrer 50 %-Tochter Konsum-Interbuy Ende Februar, weiterhin Waren zu liefern. * Die Allgemeine Kreditversicherung, Mainzer Tochter des Allianz-Konzerns, verweigerte die Kreditlinien und deckte ab 2. 3. keine Warenlieferungen mehr. * Die Konsumgenossenschaft Halle forderte vom Land Sachsen-Anhalt eine Bürgschaft, um die Lebensmittellieferungen zu sichern. Das Land lehnte ab. * Der Verband der Konsumgenossenschaften Berlin forderte vergeblich von der Bundesregierung, den Konsumgenossenschaften die von ihnen genutzten Grundstücke zu übereignen, damit die Immobilien beliehen und als Liquiditätsquelle dienen können. * Der Konkurs der Genossenschaft Halle war unabwendbar. Rewe, Edeka, Tengelmann und Konsum-Interbuy streiten sich um die profitablen Teile. * Am 6. 3. 92 gab der Konkursverwalter bekannt: Die westdeutsche Handelskette Edeka erhält den Zuschlag. Von den bisher 1 300 Geschäften will Edeka 200 überwiegend städtische Läden weiterführen. Von den 10 000 sollen etwa 2 500 Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Wählerwille wird mißachtet

Vier Monate nach den Kommunalwahlen am 24.5.1992 in Berlin ist in einigen Ostbezirken der Stadt noch immer nicht die volle Arbeitsfähigkeit entweder der Bezirksverordnetenversammlungen (BVV), der Ausschüsse der BVV oder der Bezirksämter gewährleistet. Mindestens in Hellersdorf, Treptow und Prenzlauer Berg sind die alten Bürgermeister und die alte Administration noch nicht zurückgetreten.

In Hellersdorf liegt die Ursache der Verzögerung der Amtsübergabe an der noch ausstehenden Vereidigung der neugewählten Stadträte, einschließlich des neugewählten Bürgermeisters. Und das, obwohl die neugewählten Bezirksverordneten bereits am 23. Juni ein arbeitsfähiges Bezirksamt bildeten und drei PDS-Kandidaten als Bezirksstadträte wählten. Mit fadenscheiniger Begründung wurde die Tagung der BVV, die die Ausschüsse ins Leben rufen sollte, auf den Monat September verschoben. Weder das alte Bezirksamt noch die verantwortlichen Senatsstellen schufen die Voraussetzungen zur ordentlichen Übergabe der Amtsgeschäfte. Am 13. Juli wurde ein Schreiben des Regierenden Bürgermeisters übermittelt, in dem zu bestehenden Unklarheiten bei der Bildung des Bezirksamtes Stellung genommen wird und die Merkmale der „persönlichen Eignung“ für Bezirksamtsmitglieder beschrieben werden. Dem folgte die Interpretation der Merkmale in der öffentlichen Sitzung der BVV, die vom jetzigen Baustadtrat und neugewählten Bürgermeister, Mahlke (SPD), gegeben wurde: „Ein Punkt dieser Überprüfung ist eben, ob ein Kandidat sich als Bürgermeister oder Stadtrat auch in Krisensituationen zum Grundgesetz bekennt, Recht und Gesetz der Bundesrepublik Deutschland einhält.“ Auf Deutsch heißt das, daß nicht der Wähler bestimmt, sondern die Gauck-Behörde oder die Senatsinnenverwaltung das letzte Wort haben, wenn es um die Wahl der Bezirksstadträte geht.

Dem besagten Schreiben folgte die Aufforderung zur Einreichung von Personalunterlagen bis zum 31.7.92, die zur Durchführung von „Eignungsgesprächen“ dienen sollten. Wieder ging Zeit verloren, denn der Termin für die Durchführung der Gespräche wurde nun auf die letzte Augustwoche festgelegt. Schließlich wurde bekannt, daß diese Gespräche nicht etwa der neugewählte Bezirksbürgermeister Mahlke (SPD), sondern seine Vorgängerin Köhnke (SPD), die durch Stasi-Vorwürfe belastet ist, führen wird. Bezirksverordnetenversammlung und Bezirksamt sind durch die politischen Machinationen weiterhin nicht arbeitsfähig. Im Falle

der Frau Köhnke, deren zeitweilige Zusammenarbeit mit dem MfS schon vor der Wahl im Mai 1992 der SPD-Führung bekannt war, spielt die „Staatsnähe“ offenbar bis heute nicht die Rolle.

In der BVV Prenzlauer Berg jedoch scheiterte die Wahl der beiden Kandidaten der PDS als Bezirksräte an ihrer SED-Mitgliedschaft. Dazu der Originalton der „Begründung“ durch die Fraktionsvorsitzende der SPD, Frau Fiebig (übrigens ehemals auch SED-Mitglied und verantwortlich für die Zivilverteidigung im Fleischkombinat Berlin): „Die PDS behauptet immer von sich, sie ist eine neue Partei. Aber beide Kandidaten, die sie uns hier stellen, sind keine Neuen, sie haben eine SED-Vergangenheit...“

Sowohl in Hellersdorf als auch im Prenzlauer Berg reagierte die PDS-Fraktion und forderte die Verlierer der Wahlen vom 24. Mai auf, den Wählerwillen zu akzeptieren und keine nachträgliche Korrektur der Ergebnisse anzustreben.

Wie hatte doch Herr Diepgen (CDU), Regierender Bürgermeister von Berlin, am 25.5.1992 gegenüber der Berliner Morgenpost die Wahlergebnisse in den östlichen Stadtbezirken eingeschätzt? „Das Ergebnis ist für die Union alles andere als erfreulich. Es ist eine eindeutige Schlappe.“ Und weiter: „Das Bedenkliche am Wahlausgang ist die Stärkung radikaler Positionen. Eigentliche Herausforderung für die Berliner Politik ist das Abschneiden der kommunistischen PDS... Der Einfluß der Kommunisten oder ihrer Nachfolgeorganisationen auf Bezirksebene darf nicht zur Regierungsunfähigkeit auf Landesebene führen.“ Das war offensichtlich das Programm, das Herr Diepgen sofort nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse vorgab und das in den nachfolgenden Wochen in die Tat umgesetzt wurde.

Fazit dieser Entwicklung: Ausschließlich politische Interessen der Koalitionsregierung Berlins bestimmen die Auseinandersetzungen in den östlichen Stadtbezirken, in denen die PDS mit rund 30 % der Wählerstimmen in die Bezirksparlamente einzog.

Das steht im Gegensatz zu den vielen ungelösten Problemen, die den Wähler in seiner Entscheidung beeinflusst haben. Anhaltende Arbeitslosigkeit (bis zu 24 % über ein Jahr und 20 % mit über elf Monaten Arbeitslosigkeit in manchen Stadtbezirken), auslaufende Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ohne Überleitung in feste Arbeitsplätze, Ausgrenzung der Frauen, Sozialabbau und andere erfordern dagegen dringendst die Arbeitsfähigkeit der Bezirksverordnetenversammlungen und der Bezirksäm-

ter. Parteiinteressen und Senatshörigkeit wie im Falle des Ex-Bürgermeisters der SPD im Stadtbezirk Lichtenberg, der die Bildung eines Ausschusses für Jugendfragen „wegen Ungesetzlichkeit“ ablehnte, behindern die Arbeit der kommunalen Organe.

Berliner Senat und Bundesregierung haben andere Pläne! Sie wollen bei der Gestaltung Berlins als Hauptstadt und Regierungssitz den Stadtbezirken kein Mitspracherecht gewähren. Die Entscheidungen werden dort getroffen, wo knallhart politische Weichen gestellt werden. Die zukünftige Gestaltung der deutschen Hauptstadt ist nicht Sache des Wählers. Die von einigen politischen Kräften, einschließlich der PDS, geforderte Selbstverwaltung paßt nicht ins Konzept. Zentralisierung statt Föderalisierung ist gefragt. Bonn bestimmt, wie die Zukunft der deutschen Hauptstadt auszusehen hat. Hier läuft ein Kuhhandel zwischen Bonn und Berlin, der in ein „unerträgliches lobbyistisches Gerangel und Gezerre“ ausartet (Dr. Gesine Lötsch, Vorsitzende der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Rede am 4. Juni 1992). Hinzu kommt, daß insgesamt in den Ostbezirken die vorgesehenen Investitionen durch den Senat um ca. eine Milliarde zusammengestrichen wurden, was einen tiefen Einschnitt in die Selbständigkeit der Ostberliner Kommunalvertretungen darstellt.

Der Sommer 1992 brachte viel Sonne und übermäßige Hitze, das Sommerloch

erschien unendlich lang. Nichts — außer einigen Sensationsgeschichten — schien die politische Öffentlichkeit zu beunruhigen. Den Wählern und Nichtwählern des 24. Mai 1992 wurden andere Märschen in der Hoffnung offeriert, das Wahlergebnis vergessen zu machen. Inzwischen jedoch wurden Weichen gestellt und die Zeit verschleppt. Von den alten Bezirksämtern nicht gelöste Vorgänge (in Treptow sind z.B. 46 Drucksachen aus der 1. Wahlperiode durch die Ausschüsse nicht erledigt) kann man nun schon gut und gerne den neugewählten Vertretern anlasten und so dem Wähler als Schuld der Nachfolger darstellen.

Offenkundig ist: Die regierenden Parteien erschweren die Arbeit der Bezirksverordnetenversammlungen, in denen die PDS stark vertreten ist. Die kleinen Helfer der großen Parteien versuchen alldemal, verlorene Positionen durch Winkelzüge zurückzubekommen.

Es geht um die zukünftige Entwicklung der Stadt, um ihre Gestaltung als deutsche Hauptstadt, um die Entscheidung zu den Olympischen Spielen des Jahres 2000 und anderes. Je dringender solche Entscheidungen werden, um so weniger sind linke Vorstellungen gefragt. Eine Bundeshauptstadt mit PDS-Wählerschaft und -einfluß paßt den Regierenden nicht in ihren Streifen. Im übrigen wird deutlich, daß Berlin weiterhin eine geteilte Stadt bleibt: Solcher Art Probleme wie in den Bezirksverordnetenversammlungen in den östlichen Stadtbezirken haben ihre „Schwestern“ in den westlichen Bezirken nicht zu verzeichnen. Dort läuft scheinbar alles im Gleichmaß — wie früher. Wie lange noch? — (A.B.)

Dokumentiert: Sonderzug aus Pankow: Am 3. Oktober rollt er nach Schwerin!

Wenn die DDR-Oberen durchs Land fahren, zogen sie die Gardinen vors Volvofenster, um ihr Bild von der Wirklichkeit nicht durch die Realität trüben zu lassen. Die Bonner Oberen benutzen den Hubschrauber, was noch besser ist: Von oben ist alles winzig

- die Ängste der Mieter vor steigenden Ausgaben
- die Sorgen der Arbeitslosen, keinen neuen Job zu bekommen
- die Furcht der Arbeitenden vor dem Verlust ihrer Arbeit
- die Nöte der Künstler und Kulturschaffenden
- die Vertreibung Tausender Nutzer von sogenannten Westgrundstücken
- die Bedrängnis kleiner Gewerbetreibender
- die Zerstörung von Sportvereinen und Jugendklubs...

Am 3. Oktober werden wieder Hubschrauber nach Schwerin fliegen. Kohl & Co. wollen dort mit handverlesenem und jubelndem Publikum — so wie wir das von früher kennen — den Tag der deutschen Einheit begießen. Angesichts der Misere im Land gibt es nichts zu feiern. Das sollte man den Herren (und den wenigen Damen) deutlich sagen. Und wenn sie nicht zu uns kommen, fahren wir eben zu ihnen. Mit einem Sonderzug aus Pankow!

Die Demonstration in Schwerin für unsere existentiellen Interessen muß der Bundesregierung zeigen, daß es so nicht weitergeht. Wir brauchen eine aktive Arbeitsmarkt-, Struktur- und Regionalpolitik, einen Mietenstopp, die Umkehr des Prinzips Rückgabe vor Entschädigung, Widerstand gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, eine Sicherheits- und Außenpolitik ohne deutschen Großmachtanspruch. Wir brauchen eine politische Wende.

Die Volvos rollen nicht mehr, weil sie Gardinen hatten. Wer sagt, daß Hubschrauber auf ewig fliegen müssen? ... (Aufruf der PDS Berlin, mit dem Sonderzug zur alternativen Veranstaltung in Schwerin am 3. Oktober zu fahren)

Überwachungsland im Norden

Das Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern liegt vor ... Dieses Polizeigesetz formuliert z.B. die Aufgaben für die Polizei, „im Rahmen der Gefahrenabwehr auch Straftaten zu verhüten, für die Verfolgung künftiger Straftaten vorzusorgen sowie andere Vorbereitungen zu treffen, um künftige Gefahren abzuwehren zu können“ (§7 Abs. 1 Ziffer 4). Diese Aufgaben können in unterschiedlichster Form und Methoden verwirklicht werden: „z.B. durch Beobachtung der kriminellen Szene“. Eingriffe in die Rechte der Bürger ... bedürfen gesetzlicher Ermächtigungen, die selbstverständlich im CDU-Polizei-Staat-Gesetz ihren Niederschlag finden. Die Erhebung personenbezogener Daten erfolgt offen. Prima! „Eine Erhebung (von Daten — V.K.), die nicht als polizeiliche oder ordnungsbehördliche Maßnahme erkennbar sein soll, ist nur zulässig, wenn sonst die Erfüllung polizeilicher oder ordnungsbehördlicher Aufgaben erheblich gefährdet werden würde oder wenn anzunehmen ist, daß dies im Interesse der Betroffenen ist“ (§25 Abs. 2). Toll, was? Alles nur im Interesse der „Betroffenen“. Wenn bedacht wird, daß „Ordnungsbehörden“ alle Minister, Landräte, Bürgermeister, Amtsvorsteher und Sonderbehörden (z.B. Gewerbeaufsicht) sind, dann weiß man, was auf uns Neurechtsstaater zurollt! Die Polizei darf nämlich mit „automatisiertem Abrufverfahren“, „Datenabgleich“ und „Rasterfahndung“ (§§42 bis 44) personenbezogene Daten „zum Zwecke der Gefahrenabwehr erheben, verarbeiten und nutzen“ (§25 Abs. 1) ... Die Feststellung der Identität einer Person darf zur Abwehr einer im einzelnen Falle bevorstehenden Gefahr“ erfolgen. „Darüber hinaus dürfen Polizeivollzugsbeamte die Identität einer Person feststellen,

1. wenn sie sich an einem Ort aufhält, für den tatsächliche Anhaltspunkte dafür bestehen, daß a) dort Personen Straftaten verüben, vorbereiten oder verüben, b) sich dort gesuchte Straftäter verbergen, c) sich dort Personen treffen, die gegen aufenthaltsrechtliche Vorschriften verstoßen oder d) dort Personen der Prostitution oder dem unerlaubten Glücksspiel nachgehen.

2. wenn sie sich in einer Verkehrs- oder Versorgungsanlage oder -einrichtung, einem öffentlichen Verkehrsmittel, Amtsbauwerken oder deren unmittelbarer Nähe aufhält und tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, daß in oder an diesem Objekt Straftaten begangen werden sollen, durch die Personen oder diese Objekte gefährdet sind,

3. wenn sie sich in einem gefährdeten Ort oder in dessen unmittelbarer Nähe aufhält und die zuständige Polizeibehörde für dieses Objekt besondere Schutzmaßnahmen angeordnet hat oder ...“

... Ist die Feststellung der Identität nicht möglich oder erschwert, dann können selbstredend „erkennungsdienstliche Maßnahmen“ ... erfolgen. „Im Zusammenhang mit öffentlichen Veranstaltungen oder Ansammlungen, die nicht dem Versammlungsgesetz unterliegen“, können „technische Mittel zur Bildüberwachung sowie zur Bild- und Tonaufzeichnung“ zur Erhebung personenbezogener Daten erfolgen (§§31 ff.).

Das besondere Mittel der Datenerhebung ist die Observation, „die planmäßig angelegte Beobachtung ... der verdeckte Einsatz“ von technischen Mitteln zur Bild- und Tonüberwachung oder ihre Aufzeichnung, „der Einsatz von Personen, deren Zusammenarbeit mit der Polizei dem Betroffenen und Dritten nicht bekannt ist“ (Spitzel und Provokateure — V.K.), und schließlich die Krönung des Ganzen: „Der Einsatz von Polizeivollzugsbeamten unter einer ihnen verliehenen, auf Dauer angelegten, veränderten Identität (verdeckte Ermittler)“. Ach, was für ein modernes System das arme Mecklenburg-Vorpommern übernehmen durfte. Selbstverständlich bleibt das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis bei Observationen gemäß §33 Abs. 1 unberührt. Welch ein Hohn der Rechtsstaatlichkeit! Aber der „verdeckte Ermittler“ kann „für den Aufbau und zur Aufrechterhaltung der Legende“ hergestellte oder veränderte Urkunden (z.B. den Personalausweis, die Geburtsurkunde, das Diplom ... — V.K.), „zur Erfüllung seines Auftrages im Rechtsverkehr“ nutzen. — (V.K., aus: Offenes Blatt 8/92, gekürzt)

Proteste gegen neue Ostmieten

Kundgebung und Bürgerbegehren gegen die neuen Erhöhungen

Die Bundesbauministerin hatte gesagt, daß 1992 keine Mieterhöhung für die ostdeutschen Länder mehr durchgeführt wird, und tatsächlich: Pünktlich zum 1.1.93 werden dann die Mieten drastisch erhöht. Die mehreren Tausend Teilnehmer an der Kundgebung vor'm Rathaus in Berlin und der anschließenden Demonstration sahen dies Vorgehen allerdings eher als Betrug denn als Fall von ministerieller Aufrichtigkeit an. Ab 1993 soll die Grundmiete um 1,20 DM pro Quadratmeter erhöht werden können. Bei Fehlen eines Bades oder Innen-

WC kann dieser Betrag um 0,30 bzw. 0,15 DM vermindert werden. Sind Dach, Außenwände und Fenster in Ordnung, können jeweils 0,30 DM zusätzlich erhoben werden. Insgesamt sind also Mieterhöhungen von 2,10 DM allein ab 1.1.93 möglich (am 1.1.94 sind nochmals Zuschläge von 0,60 DM vorgesehen). Die Sprecher der Mieter kritisierten auf der Kundgebung am 9.9., daß mit diesen Erhöhungen der Einigungsvertrag direkt gebrochen wird, nämlich vorsieht, daß Mietsteigerungen nur in Höhe der Einkommenssteigerun-

gen erlaubt werden sollen. Bundesbauministerin Schwaetzer hatte zwar behauptet, daß die Einkommen im Osten um 20 % gestiegen seien, war aber den Beweis dafür schuldig geblieben. Dagegen verwiesen die Vertreter der Mieterbewegung auf die jüngst veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamtes, nach denen die Bruttoeinkünfte der Arbeiter und Angestellten in den Ostgebieten nur 52,9 % der westlichen Löhne und Gehälter betragen, nämlich durchschnittlich 2080 DM. Bereits die Grundmietenerhöhungen und die neu eingeführte Betriebskostenumlegung im Oktober 1991 hatten zur Steigerung der Mietbelastungen auf das Drei- bis Vierfache geführt. Der Sprecher der Initiative „Wir bleiben alle“ (WBA) vom Prenzlauer Berg wies darauf hin, daß inzwischen in diesem Bezirk 20 % bis 30 % mehr Miete gezahlt wird als für vergleichbare Wohnungen in Kreuzberg. Hinzu kommt, daß angesichts von Massenarbeitslosigkeit und sozialer Differenzierung die Durchschnittszahlen die Lage beschönigen. Zwar führt die Bundesregierung das Wohngeld ins Feld, aber damit wird die Situation nur ein wenig gemildert. Zugleich bedeuten die Wohngeldzahlungen nach Auffassung der Mieterinitiativen hohe staatliche Aufwendungen, die den Grundeigentümern die Erhebung hoher Mieten ermöglichen, also letzten Endes sie subventionieren. Gleichzeitig wachsen die

Schulden der kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsgesellschaften, die sie aus DDR-Zeiten wegen ihrer Verpflichtung zur Kreditaufnahme im Zusammenhang mit Neubauten geerbt haben, auf 51,5 Mrd. DM bis Ende 93 an. Dann läuft das Schuldenmoratorium ab. Statt Wohngeldzahlungen wäre also die Sanierung der Wohnungsgesellschaften nach Auffassung der Mietersprecher nötig. Das würde auch die notwendigen Instandsetzungen möglich machen. Dagegen scheint es staatliches Konzept zu sein, die Wohnungsgesellschaften zu zwingen, ihren Bestand en bloc an Banken und Versicherungen abzugeben (s. Handelsblatt vom 17.9.), spätestens zum Auslaufen des Moratoriums, weil dann der Schuldendienst erdrückend würde. Bis zu diesem Termin muß die Vermietung profitabel werden.

Die Mieterforderungen sind dem entgegengesetzt: Mietpreisbindung, an die Einkommen gebundene Mietpreisobergrenzen, Verbot der Umwandlung in Eigentumswohnungen, keine Räumung in die Obdachlosigkeit, Schutz vor erhöhten Mieten für Kleingewerbetreibende. Besonders kritisiert wurde auch, daß die jetzigen Erhöhungen von der Berliner und der Brandenburger Regierung mit ausgehandelt wurden. In Berlin waren Bürgerbegehren in den Bezirken Marzahn und Lichtenberg erfolgreich. Beide waren darauf gerichtet, über die Bezirksverordnetenversammlung den Senat aufzufordern, Gesetzesinitiativen zur Mietpreisbegrenzung zu ergreifen. Ein ähnliches Anliegen wurde in Dresden von 57000 Menschen unterstützt, der Stadtverordnetenversammlung läßt aber die Behandlung im Kommunalparlament nicht zu. — (chk)



Das nachfolgende Interview der Wochenzeitung *Yeni Ülke* mit dem Generalsekretär der PKK, Abdullah Öcalan, über das Massaker, das der türkische Staat in Şırnak angerichtet hat und über andere aktuelle Entwicklungen wurde uns vom Kurdistan-Komitee zur Verfügung gestellt.

Frage: Während der türkische Staat sagt, es habe in Şırnak einen Guerillaan-griff gegeben, sagen Sie, „Nein, wir haben keinen Angriff in Şırnak gemacht, das war eine Provokation des Staates.“ Es ist notwendig, die Öffentlichkeit richtig über die Ereignisse zu informieren. Was ist in Şırnak passiert?

Abdullah Öcalan: Zunächst möchte ich hier feststellen, daß die Presse heute, anstatt umfassend über wichtige Themen zu berichten, wie es ihre Aufgabe sein müßte, bewußt oder unbewußt eine Haltung angenommen hat, durch unzureichende Berichterstattung die Wahrheit nicht ans Licht kommen zu lassen und sogar so weit zu gehen, die Wahrheit zu verschleiern. Da hat eine Probe für ein Massaker oder sogar ein richtiges Massaker stattgefunden. Es muß hier im Moment nicht erklärt werden, zu welchem generellen Plan dieses Massaker als ein Teil gehört. Wir wissen aber, daß der Generalstabschef einmal gesagt hat: „Der Ausnahmezustand reicht nicht, es gibt andere Methoden. Wenn Sie in die Geschichte schauen, verstehen Sie, welche ich meine.“ Wenn wir die Ereignisse von Şırnak im Zusammenhang mit einer solchen geäußerten Haltung betrachten, dann verstehen wir besser, was sie dort mit welchen Mitteln machen wollten. Zu dem, was in Şırnak passiert ist, kann ich als jemand, der das, was passiert ist, aus aller Nähe verfolgt hat und der die Möglichkeit hat, viele Ereignisse unter Einbeziehung aktueller Informationen zu analysieren, folgendes sagen: Die Guerilla-Kräfte der PKK waren nicht in der Stadt Şırnak. Weder eine große Gruppe noch eine kleine Gruppe, weder 1500 Leute, wie es geheißen hat, noch 500. Es hat überhaupt keine Besetzung von Şırnak durch die Guerilla gegeben. Wenn wir in Şırnak gewesen wären, dann hätten wir das sowieso selbst bekanntgegeben. Jeder weiß, daß wir bisher immer unsere Aktionen bekannt gemacht haben. Unsere Haltung war und ist immer, daß wir Aktionen, die wir durchgeführt haben, auf gar keinen Fall geheim halten. Wenn Sie die PKK-Publikationen studieren, können Sie feststellen, daß wir darum bemüht sind, alles, was wir gemacht haben, öffentlich zu machen, egal, ob das zu unserem Vorteil ist oder nicht. Es ist möglich, daß es Pläne von uns für Aktionen in Şırnak gegeben hat, so wie wir für alle Städte Pläne gemacht haben, aber durchgeführt worden sind keine Aktionen von uns in Şırnak. Sehr wahrscheinlich weiß der Staat auch von diesen Planungen. Schließlich ist es unsere generelle taktische Linie, Aktionen in den Städten durchzuführen. Der Staat hat das wohl so inszeniert mit dem Ziel, vor der Umsetzung unseres Plans eine Provokation durchzuführen. Aber das ist eine Sache des Staates. Ich glaube, es gibt unterschiedliche Kräfte im Staat. Klar ist jedenfalls, daß es Unstimmigkeiten unter ihnen gibt und daß einige von ihnen es auf Provokationen abgesehen haben. Ich sage auch nicht, daß das auf Befehl Özals geschehen ist, sondern wahrscheinlich von höherer Ebene aus.

Frage: Was meinen Sie mit höherer Ebene?

Abdullah Öcalan: Es gibt neue Statements von Özal, die ziemlich aufhorchen lassen. Es ist bekannt, daß er eine Diskussion eröffnet hat, um darzustellen, daß er etwas wüßte und auch die Stärke habe, eine Lösung herbeizuführen. Außerdem gibt es zur Zeit oft Statements, in denen er mit Nachdruck behauptet, er würde der PKK einen harten Schlag versetzen. Der Jahrestag des 15. August wurde vom Volk kollektiv gefeiert. Es gab auch sehr viele Guerilla-Aktionen. Ich bin davon überzeugt, daß der Staat dieses Massaker als Antwort darauf angezettelt hat. Es wird von einem Angriff auf Südkurdistan gesprochen. In Anbetracht all dieser Entwicklungen ist eine solche Vorgehensweise des Staates ohne weiteres vorstellbar und nicht unrealistisch. Das war kein Angriff von außen und auch nicht eine bloße Reaktion des Staates, sondern ein ganz genau geplanter Angriff des Staates. Wir müssen nur einmal schauen, was passiert ist. Kein einziger Gueril-

„Wir werden ihre Massaker nicht mit Massakern beantworten“

lero wurde gefangen genommen, weder lebend noch tot. Die Erschossenen waren Kinder aus dem Volk, Frauen und alte Menschen. Sie sagen, sie haben 500 Leute gefangen genommen, aber wenn wir genau hinschauen, zeigt sich, daß keiner von ihnen irgend etwas mit der Guerilla zu tun hat. Sie haben auch das ganze Vieh erschossen. Sie behaupten, es seien Institutionen angegriffen worden. Es hat keinen Angriff der Guerilla auf Institutionen in Şırnak gegeben, diese Behauptung zeigt die ganze Dimension dieser Provokation. Das war eine ausgefeilte Provokation. Wenn wirklich die Wahrheit gefunden werden soll, dann muß ganz genau recherchiert werden. Sie haben von unterirdischen Verstecken gesprochen, aber kein einziges ist zum Vorschein gekommen. Der Innenminister hat behauptet, die PKK habe über 100 Tote. Diese Leichen sind nicht da, also behaupten sie, die Leichen seien verschleppt worden. Es muß mit Nachdruck festgestellt werden, daß das ein einseitiger Angriff und ein Massaker war. Es ist auch nicht möglich, daß ohne unser Wissen Guerillagruppen auf eigene Initiative das gemacht haben könnten, denn wir stehen täglich miteinander in Kontakt. Das möchte ich ganz klar und entschieden feststellen.

Frage: Der türkische Innenminister İsmet Sezgin hat gesagt „Wir werden die PKK mit den gleichen Regeln bekämpfen, die sie selbst anwendet.“ Was meinte Sezgin damit? Und was sind die Regeln der PKK?

Abdullah Öcalan: Unsere Regeln sind sehr anständige und im Volk verankerte Regeln. Wenn sie doch mit den Regeln der PKK kämpfen würden! Der Innenminister ist dagegen bemüht, den Kampf mit Konterguerillamethoden zu führen. Was bedeutet es wohl für ihn selbst, wenn er sagt, sie würden den Kampf mit den Regeln der PKK führen? Wahrscheinlich fällt einem da das Şırnak-Massaker ein. Es kann sein, daß er damit darstellen wollte, daß er nichts von den Massakerplänen von Şırnak gewußt habe. Ich glaube, wenn diesem Punkt genauer nachgegangen und er genauer untersucht wird, werden die Realitäten etwas klarer zu verstehen sein.

Frage: Besteht ein Zusammenhang zwischen dem, was in Şırnak passiert ist, und der Eingreiftruppe und den Bewegungen aus Südkurdistan?

Abdullah Öcalan: Diese Frage kann im generellen Sinn mit ja beantwortet werden. Denn nach dem, was wir gehört haben, bestehen in der Regierung der Türkischen Republik (TR) Pläne, gemeinsam mit Barzani-Talabani und den Eingreiftruppen die PKK anzugreifen. Wir haben sogar einige interne Informationen in dieser Richtung aus der Kurdistanfront bekommen. „Seid vorsichtig, die können jederzeit angreifen!“ Wir haben Informationen bekommen, daß, wenn auch nicht alle Kräfte innerhalb der Kurdistanfront, so doch einige von ihnen sich an einem solchen Angriff beteiligen würden, und es hieß sogar, daß die Kurdistanfront sich an dieser Frage in zwei Teile gespalten habe. Natürlich haben sie einen Angriffsplan entwickelt. In Şırnak wurde versucht, einen Teil dieses Angriffsplans umzusetzen. Sie wollten in Südkurdistan angreifen, aber aufgrund unserer Vorkehrungen ist ein Angriff in Südkurdistan für sie sehr schwer und hätte hohe Verluste für sie zur Folge. Natürlich haben wir solche Vorkehrungen nicht nur in Südkurdistan getroffen. Auch in der Umgebung von Şırnak, zum Beispiel in Gegenden wie den Cudi und Gabar-Bergen, haben unsere Einheiten alle Vorkehrungen getroffen. Diese Gebiete können sie nicht angreifen. Es blieb ihnen deshalb also nur noch das Volk von Şırnak übrig, um diesen von langer Hand vorbereiteten Angriffsplan zur Anwendung zu bringen. Ohne jeden Zweifel war der Angriff auf das Volk von Şırnak wohl ein Teil dieses in Ankara seit langem vorbereiteten Planes. Außerdem hat es in letzter Zeit von der Barzani-Talabani-Front immer wieder geheißen, daß sie nicht zum Werkzeug eines solchen Planes werden wolle, daß sie trotz aller hartnäckigen Bemühungen, sie da mit einzubeziehen, doch nicht daran teilnehmen

wolle. Wie ernst das tatsächlich zu nehmen ist, wird aus den Entwicklungen zu sehen sein.

Frage: Am Anfang haben Sie gesagt, daß der Staatspräsident Özal über das, was in Şırnak passiert ist, Bescheid wußte und daß die von ihm abgegebenen Statements ziemlich auffällig waren. Außerdem hat der Staatspräsident einige Diskussionen aufgebracht. Zum Beispiel, daß es ein kurdisches Fernsehen geben wird, daß alles diskutiert werden wird. Was halten Sie von solchen Worten?

Abdullah Öcalan: Ja, Özal hat in letzter Zeit ziemlich häufig mehrere Statements abgegeben. Und während er das alles sagte, wurden auf der anderen Seite die Proben für Massaker durchgeführt. Muß denn der höchste Vertreter eines Staates, der sagt, daß er eine solche Einstellung zur kurdischen Frage habe, sich nicht gegen diese Massaker stellen? Man müßte ihn da mal selbst fragen, mal sehen, was er selbst dazu sagt. Warum macht er nicht seine politische Meinung und seine Vorschläge zum Maßstab?

zeigt, daß sie ein Ausdruck der Bemühungen sind, die Mängel ihres Spezialkriegs auf der ideologischen Ebene zu beseitigen. Das stellt Özal mit seinen Statements selbst ganz klar dar. Ich möchte noch einmal feststellen: Wenn durch die PKK ein paar Kinder sterben würden, dann würde die Presse in ein großes Geschrei ausbrechen, aber wenn wie hier geschehen, ein Massaker vom Staat angerichtet wird, ist kein Ton zu hören. Es ist ein ganz offenes Massaker verübt worden. Was macht es für einen Sinn, sich immer noch auf die PKK zu stürzen? Es muß festgestellt werden, daß das eine Unverschämtheit ist. Hat das türkische Volk von diesem Massaker etwas? Sie hetzen, um die Völker gegeneinander aufzubringen, sagen, daß sie immer wieder Massaker an uns verüben wollen, um uns zu zwingen, auch Gegenmassaker zu verüben, wollen den Chauvinismus anheizen. Aber wie ich schon vorher immer erklärt habe: Wir werden ihre Massaker nicht mit Gegenmassakern beantworten! Wir werden unseren Kampf auf der Basis ernsthafter Kampftaktiken fortsetzen und uns an die

Abdullah Öcalan: Wir werden gegen die Massaker- und Vernichtungspolitik unseren Kampf mit ernsthaften Kampfmethoden auf eine noch stärkere Weise als zuvor weiterführen mit der Kraft des kurdischen Volkes und mit den von uns als richtig erkannten Regeln des Kampfes und wie immer in der Geschichte die Massaker nicht unbeantwortet lassen.

Frage: Wie bewerten Sie das in Südkurdistan vor allem mit Unterstützung der USA, Frankreichs und der TR gebildete Parlament und wie sehen Sie seine Zukunft?

Abdullah Öcalan: Wir sind der Meinung, daß das jetzt gebildete Parlament und die Regierung in Südkurdistan nicht eine Entwicklung im Interesse des kurdischen Volkes darstellen, sondern zu seinem Nachteil sind. Unsere Bemühungen zur Bildung eines kurdischen Nationalkongresses und einer darauf gestützten Regierung sind intensiver als je zuvor. Ein auf die Revolution gestützter kurdischer Nationalkongreß wird in kürzester Zeit auf der Tagesordnung stehen. Das wird sicher eine vorantreibende Kraft werden. Wenn es sein muß, werden wir auch versuchen, auf dieses Parlament einzuwirken, werden wir unsere Kraft dafür einsetzen, daß es eine Rolle auf einer richtigen Basis spielen wird. Kurz gesagt, es ist möglich, an die Realität des Parlaments und der Regierung so heran-



Foto: af/mz

Auf der einen Seite soll die kurdische Frage liquidiert werden, auf der anderen Seite heißt es, sie würden ein kurdisches Fernsehen einführen. Erst wollen sie alles vernichten und dann das, was übrig bleibt, mit solchen verschiedenen Krümeln zufriedstellen und so das Problem vom Tisch wischen. Das sind die alten, klassischen und osmanischen Methoden und Taktiken, die während der türkischen Republik auch unzählige Male angewendet wurden. So lange sie so sind, können sie nicht ernst genommen werden. Sie müssen sich ganz klar darüber sein, daß die kurdische Frage in erster Linie eine Frage der Verfassung ist und die Lösung da zu suchen ist, daß sie eine Frage der Demokratie ist und demokratische Lösungen notwendig sind, und sie müssen das ernst nehmen. Wenn sie zeigen, daß sie das wirklich ernst meinen, und dann so reden, dann kann das auch als ernst gemeint verstanden werden. Sie meinen das aber nicht ernst, sondern reden jetzt nur so, um sich aus der Affäre zu ziehen. Özal hat das selbst zugegeben, als er sagte, daß das ideologisch unzureichend ist, als er sagte: „Wir greifen militärisch an, aber ideologisch können wir nicht angreifen.“ Er sagte, daß er diese Diskussion anfängt, um eine ideologische Stärkung zu erreichen. Diese Worte waren deutlich. Er begann die Diskussion also nicht, um zu einer Lösung zu kommen, sondern nur, um die Mängel auf der ideologischen Ebene zu beseitigen. Die Statements Özals haben ganz offen ge-

allgemein gültigen Regeln eines militärischen Kampfes halten. Wir wollen, daß die gesamte Öffentlichkeit weiß, daß es hier ein Massaker gegeben hat und daß sie die Völker gegeneinander aufhetzen wollen.

Ich möchte noch einmal erklären, daß es notwendig ist, angesichts dieses Komplotts sehr wachsam zu sein. Wir werden mit unserer ganzen Kraft unseren Kampf auf der richtigen Basis und auf dem von uns als richtig erkannten Weg fortsetzen.

Frage: Wie müßten sich die Intellektuellen und Demokraten Ihrer Meinung nach zu diesen Ereignissen verhalten?

Abdullah Öcalan: Sie dürften zu den Massakern nicht schweigen. Man kann nicht wie ein Vogel Strauß den Kopf in den Sand stecken und sagen: „Ich bin ein Intellektueller, ich bin ein Demokrat.“ Wenn ein Volk massakriert wird, kann und darf man dazu nicht schweigen. Intellektuelle und Demokraten müssen die Realität richtig erkennen und wenigstens die Wahrheit laut bekanntgeben und „Halt“ zu dem gegen die Völker eingeschlagenen Weg sagen. Wir weisen darauf hin, wie wichtig es ist, daß sie ihren Protest zum Ausdruck bringen. Wir sind der Meinung, daß sie ihre Aufgabe, gegen das Massaker zu protestieren, nicht erfüllt haben.

Frage: Wie werden Sie sich zu dem, was in Şırnak passiert ist, verhalten?

zugehen, und mit jedem Tag können wir noch einflußreicher werden.

Frage: Bekanntlich gibt es in der Türkei manche Kreise, die daran denken oder sich dafür einsetzen, Parteien zu gründen, die ganz andere Ansichten vertreten als Sie. Was denken Sie über diese Kreise?

Abdullah Öcalan: Wie wollen diese Kreise solche Parteien gründen? Zunächst einmal verschließen die türkische Verfassung und die Gesetze in Kurdistan den Weg, solche Parteien zu gründen. Egal ob sie eine andere Meinung vertreten oder nicht, das türkische politische System verschließt den Weg dazu. Jedenfalls dann, wenn es nicht Parteien sind, die zur Liquidation der kurdischen Bewegung sozusagen vom türkischen Geheimdienst MIT gelenkt, eingesetzt werden sollen. Wie in der Geschichte zum Beispiel eine falsche kommunistische Partei gegründet worden ist, um die kommunistischen Parteien zu liquidieren, was ja damals auch gelungen ist. Dann wurde die auf den Iran gestützte Hizbullah gegründet. Es hat sich gezeigt, daß das ein ganz aktueller Versuch ist, um die PKK-Bewegung zum Scheitern zu bringen. Es gibt schon eine wirkliche revolutionäre kurdische Partei, die PKK. Wir wissen, daß es Versuche gibt, Parteien zu gründen, die zur Liquidation der PKK eingesetzt werden sollen. Das hat nichts mit anderen Ansichten zu tun, sondern ist vielmehr ein Versuch, die

schon vorhandene revolutionäre Partei zu liquidieren.

Wenn es wirklich ehrliche Absichten von wirklich demokratischen Kreisen gäbe, eine politische Partei auf der Basis anderer als unserer Ansichten zu gründen, dann wären wir nicht dagegen. Aber, wie ich gesagt habe, das ist wegen der türkischen Gesetze und der Verfassung nicht möglich. Es gibt noch immer keine demokratische Entwicklung in diese Richtung. Daß beabsichtigt ist, Parteien mit dem Ziel der Liquidation der PKK zu gründen, das sehen wir. Wir wissen aber ganz genau, daß diese keine Beziehung zum Volk haben, daß sie, sobald sie nur ihren Namen sagen, keinen kleinsten Schritt im Volk unternehmen können. Es geht nicht um die Frage von unterschiedlichen Ansichten, sondern darum, welche Absicht sie verfolgen, auf welche gesetzliche Grundlage sie sich stützen wollen und ob es in der Türkei eine solche Basis gibt oder nicht. Es wäre richtiger, die Frage so zu stellen. Wenn eine wirkliche demokratische Basis vorhanden wäre, dann wären wir nicht gegen die Gründung einer kurdischen Partei, die andere als unsere Ansichten vertritt, dann würden wir das sogar unterstützen. Aber das Ziel ist wichtig. Das wichtige ist, ob eine solche Partei wirklich den demokratischen und nationalen Forderungen des kurdischen Volkes verbunden ist oder nicht. Wenn das der Fall wäre, dann wären wir auf gar keinen Fall dagegen, sondern würden das sogar unterstützen.

Frage: Wie beurteilen Sie die US-Politik sowohl zu Südkurdistan als auch zu Nordwest-Kurdistan?

Abdullah Öcalan: Das in Südkurdistan gebildete Parlament ist nicht der Ausdruck einer freien Wahl, sondern muß als eine Barriere begriffen werden, die die Anerkennung einer kurdischen Regierung verhindern soll. Es kann als ein Versuch der US-Regierung zur Unterbindung der Aktivitäten der PKK gewertet werden. Wir wissen von den darauf abzielenden Plänen. Es ist möglich, daß die USA als Berater der TR die Eingreiftruppen und die Barzani-Talabani-Front benutzen mit dem Ziel, die Entwicklung der PKK aufzuhalten. Die USA haben da ziemlich weitentwickelte Pläne in dieser Hinsicht. Kurz gesagt wollen die USA die PKK im Norden durch Repression und im Süden durch ein Barzani-Talabani-

ni-Modell aufhalten. Mit Hilfe der USA soll dann das Modell von Barzani und Talabani in den Norden transportiert werden, genauso wie es im Süden die revolutionäre Front liquidiert hat und nur die Interessen einer kleinen Schicht vertritt. Wir haben zu diesem Thema eine umfassende Analyse erstellt. Die Türkei hält diese Pläne der USA jedoch für zu riskant. Sie befürchtet, daß ein solcher Lösungsversuch schief gehen könnte. Die TR meint, daß sich dadurch ihre Lage noch verschlimmern könnte, daß Nordwest-Kurdistan nicht mit Südkurdistan vergleichbar sei und hat nicht so viel Vertrauen in diese Pläne der USA. Die Pläne der USA werden von Ankara also nicht so begrüßt. Trotz aller Absicherungen und Zusicherungen der Kräfte aus Südkurdistan, daß sie Ankara und die USA unterstützen werden, traut die TR der Sache nicht. Alles ist ziemlich durcheinander, und die TR meint aus ihrer eigenen Erfahrung, daß es nicht möglich ist, gegen die PKK auf der Basis dieser Pläne vorzugehen. Trotzdem sind diese Pläne natürlich noch nicht endgültig zu den Akten gelegt. Die TR, Barzani-Talabani und die Eingreiftruppen arbeiten Hand in Hand, um zu versuchen, den ständig wachsenden Einfluß der PKK in ganz Kurdistan aufzuhalten. Es hat gerade wieder Treffen zwischen ihnen in Ankara gegeben. Sie versuchen natürlich, gegen uns vorzugehen. Sie sagen: „Entweder gebt ihr die Revolution auf oder wir setzen euch auf die Abschußliste. In Europa steht ihr sowieso schon auf der Abschußliste. Bevor wir euch der Geschichte überlassen, werden wir gegen euch unternehmen, was wir nur unternehmen können.“ Die Geschichte zeigt aber, daß angesichts solcher Liquidations- und Repressionskräfte die Revolution erfolgreicher ist. Dafür gibt es sehr viele Beispiele. Das kurdische Volk hat gezeigt, daß es auf der Seite der Revolution steht. Auch das letzte Massaker in Sinak wurde vom Volk mit einer Steigerung des revolutionären Kampfes beantwortet und wir können sagen, daß der revolutionäre Kampf von Tag zu Tag erfolgreicher geworden ist und daß dieser Kampf noch weiter auf erfolgreiche Weise gesteigert wird.

Frage: US-Vertreter haben kürzlich vier HEP-Abgeordnete zu einem USA-Besuch eingeladen. Das ist etwas Neues. Wie bewerten Sie diese Einladung an die

HEP durch die USA?

Abdullah Öcalan: Der Sinn der Einladung einiger Abgeordneter aus der HEP in die USA ist ganz klar. Die USA wollen sich ihren Einfluß auf einige zivile Kräfte sichern. Sie wollen vor allem eine der Türkei entsprechende kurdische Kollaborateurs-Partei lancieren. Das steckt hinter der Einladung der HEP-Abgeordneten in die USA. Es ist möglich, daß sie in diesem Zusammenhang die HEP angehen. Das Ziel der USA kann sein, die HEP – wenn möglich – unter Kontrolle zu nehmen und wenn das nicht möglich ist, sich mit einer noch abgesicherteren Politik ihr anzunähern. Wir können also sagen, es handelt sich um eine Sondierung der HEP. Das Ziel der Einladung kann also sein auszuteilen, wie sehr die HEP zu benutzen ist, wie sehr sie unter Kontrolle zu bekommen ist. Ich glaube, die Alternativen, die die USA zu installieren versuchte, haben nicht funktioniert. Sie wollten vor allem ein Scheinorgan schaffen, das die nationalen Kongress Kurdistans nannten. Dieser Versuch wurde isoliert, das ist klar, damit hatten sie keinen Erfolg. Sie sind immer noch damit beschäftigt, einige kurdische politische Kollaborateursinitiativen zu gründen. Diese Versuche haben immer noch keinen Erfolg gezeigt. Es kann sein, daß sie die HEP auf dieser Basis angehen wollen. Ich glaube nicht, daß sie sich auf ehrliche Weise dem Kampf des kurdischen Volkes annähern wollen. Sie könnten sich der HEP auch auf der Basis der nationalen Rechte des kurdischen Volkes nähern. Wenn sie das tun würden, dann wäre das natürlich eine andere Sache. Allerdings ist dies kaum wahrscheinlich. Wenn wir uns die bisherige Haltung der USA vor Augen führen, können wir das kaum als realistisch annehmen.

Frage: In letzter Zeit behaupten sowohl Talabani-Barzani als auch die türkische Regierung, daß die PKK vom irakischen Staatschef Saddam unterstützt wird und mit ihm kollaboriert. Außerdem heißt es, daß die TR diese Information von den USA bekommen habe. Was sagen Sie dazu?

Abdullah Öcalan: Daß wir von Saddam unterstützt werden und mit ihm kollaborieren ist absolut unwahr. Diese Behauptungen werden bewußt verbreitet. Wir wissen sehr genau, was der Vertreter

Saddams in Ankara der türkischen Regierung für ein Bündnis empfohlen hat. Ich möchte auch betonen, daß die PKK eine Bewegung ist, die ganz genau weiß, mit wem sie auf der Basis ihrer Bedingungen und ihrer eigenen Prinzipien und entsprechend der Linie ihrer Kampfpraktik Bündnisse eingeht. Wir gehen keine heimlichen Bündnisse ein, unsere Bündnisse sind nach außen hin transparent. Das gilt für Saddam genauso wie für alle anderen, wenn wir mit irgend jemandem Bündnisse eingehen, dann tun wir das offen. Die PKK hält an ihrer eigenen Politik fest. Und das tut sie nicht im Geheimen. Das, was wir für richtig befunden haben, das führen wir auch ganz offen durch. Ich kann mit Bestimmtheit sagen, daß es kein Bündnis der PKK mit dem Saddam-Regime auf irgendeiner Ebene gibt. Das Saddam-Regime selbst hat darauf mit seinen Erklärungen jeden Tag eine Antwort gegeben. Der Grund, warum diese Behauptung beharrlich verbreitet wird, ist der Versuch, die PKK anzuschwärzen. Diese falsche Behauptung wird immer wieder wiederholt, um das Ansehen der PKK vor allem in der internationalen Öffentlichkeit zu schädigen, um sie vertrauensunwürdig zu machen. Das ist reine Antipropaganda und eine Taktik des Spezialkriegs. Wir haben diese Art von Schlechtmachen und Anschwärzen schon seit unserer Entstehung erlebt. Aber das war alles umsonst. Unser Volk weiß ganz genau, welche großen Entwicklungen die PKK, gestützt auf ihre eigene Kraft, gemacht hat. Ich möchte erklären, daß ich es nicht als besonders ernstzunehmend betrachte, wenn die internationale Öffentlichkeit auf solche Behauptungen hereinfällt, wie die PKK würde ein Bündnis mit Saddam eingehen, sie sei terroristisch und stünde auf der Seite Saddams. Schließlich ist ja bekannt, wie oft gerade diejenigen, die die Behauptung aufgebracht haben, die PKK sei ein Bündnis mit Saddam eingegangen, unser Volk im Bündnis mit Saddam ermordet haben.

Frage: Zum Schluß möchten wir noch etwas zu den Vorbereitungen für den kurdischen Nationalkongress fragen. Steht denn schon ein konkretes Datum für die Gründung des kurdischen Nationalkongresses fest und was werden die Resultate des kurdischen Nationalkongresses sein?

Abdullah Öcalan: Das kurdische Volk befindet sich im Zustand der Bewegung. Es ist auf dem Weg dazu, seinen eigenen Willen zum Ausdruck zu bringen und zu legitimieren. Es ist in Bewegung, um über sein Schicksal selbst zu sprechen, zu diskutieren, zu entscheiden und eine Institution dafür zu schaffen, die wir Nationalkongress nennen. Eigentlich reicht dafür auch nicht nur eine Institution für ein Volk von über 30 Millionen Menschen.

Unsere Partei agiert an diesem wichtigen historischen Punkt sehr bewußt und wird die Aufgabe der Willensbildung des Volkes nicht mehr aufschieben. Es haben sich vor allem die Volksaufstände sehr entwickelt. Das Volk hat sich erhoben. Der Ausdruck davon ist es, daß daraus jetzt ein Nationalkongress als Vertretung des Volkes wird.

Ich bin davon überzeugt, daß in diesem Jahr entscheidende Schritte in diese Richtung unternommen werden. Das gesamte kurdische Volk wird seine Kandidaten und Kandidatinnen wählen können, und ich glaube, daß wir mit angemessenen Methoden unsere Wahlpolitik im Volk verankern können. Wir werden also eine Wahl durchführen lassen.

Termine

26./27.9.92. Wochenendseminar der Arbeitsgemeinschaft Ost-West-Solidarität im Gesundheitswesen. Birkenhain, bei Leipzig.

26./27.9.92. Jahres-Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe. Frankfurt/Main, Haus der Jugend, Deutscherrenufer 12. Von Samstag, 14 Uhr, bis Sonntag, 15 Uhr.

10. bis 17.10. Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg.

10./11.10.92. Herbsttagung der 12. Bundesdelegiertenkonferenz des BWK in Köln. Beginn der Konferenz 13 Uhr, ab 12 Uhr Mittagessen.

11.10.92. Diskussionsveranstaltung zum Thema „Wahlrecht/Asylrecht – Rechte der Ausländer in der BRD“. Veranstalter: Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, Feyka Kurdistan, Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF), Kurdistan-Komitee Köln. Beginn 9 Uhr, Jugendgästehaus, An der Schanz 14, Köln Riehl. Ende voraussichtlich: 15 Uhr.

11. bis 17.10. Gewerkschaftstag der IG Medien in Augsburg.

24./25.10.92 Bundesweite Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie. Würzburg, Jugendgästehaus, Burkard Str. 44. Samstag, 13 Uhr, bis Sonntag, 13 Uhr. Gäste sind herzlich willkommen.

24./25.10. Herbstsitzung des Koordinationsausschusses der Kurdistan-Solidaritätsgruppen sowie Beratung der Kurdistan-Solidaritätsgruppen über die Verbesserung ihrer Zusammenarbeit. Samstag, ab 13 Uhr, in Gießen.

31.10./1.11.92. Seminarwochenende und öffentliche Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik (Themen: Perspektiven linker Wohnungspolitik – Möglichkeiten linker Gemeinderats-Opposition heute – u.a.) in Frankfurt. Anmeldung erbeten über GNN Köln.

31.10.92 Bundesweite Tagung der Interessenvertretung „Selbstbestimmtes Leben“ Deutschland e.V. zum Thema: „Behindernde Politik oder Selbstbestimmung Behinderter. 10 bis 16 Uhr, Gesamthochschule Kassel, Nora-Plattiel-Str. 5, Raum 0109/0110.

1. bis 5.11.92. Gewerkschaftstag der HBV in Mainz.

7.11.92. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln.

8.11.92. Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln.

13. bis 15.11.92. Berlin: „Europäischer Antirassismuskongress“ der PDS unter dem Titel: „Gegen eine Festung Europa“.

14./15.11.92. Bundes-Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik. Themen u.a.: Gesundheitsstrukturgesetz und Möglichkeiten des Widerstandes; Vortrag: „Das Menschenbild in der Geschichte der Medizin“. Beginn: Samstag, 12 Uhr, Ende Sonntag, 13 Uhr. Ort: Haus der Jugend, Deutscherrenufer 12, Frankfurt am Main. Anmeldungen bei: GNN Stuttgart, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1, Tel. (0711) 624701.

28./29.11.92. a.o. Arbeitskonferenz der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in Köln, Jugendgästehaus. Themen: * Großmacht BRD * Ursachen und Funktion faschistischer Parteibildung * Aufgaben antifaschistischer Bündnispolitik.

16./17.1.93. 12. Parteitag der DKP in Mannheim. Tagesordnung u.a.: Zur programmatischen Erneuerung (Bericht der Kommission; Diskussion; Beschlußfassung) Zur organisatorischen Erneuerung (Bericht der Statutenkommission; Diskussion; Beschlußfassung).

30./31.1.93. 3. Parteitag der PDS in Berlin. Er soll über das Programm der PDS beraten und entscheiden.



Foto: af/mz

Faschisten nicht verharmlosen! Neue Aufgaben stehen an

Referate, Berichte, Beschlüsse der 15. Landeskongferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW

Herausgegeben vom Koordinationsausschuß der landesweiten Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen Nordrhein-Westfalen. September 1992. Erscheint im GNN-Verlag, Umfang: 30 Seiten DIN A 4, Preis: 4,- DM.

Zu bestellen über: GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1.



Faschisten nicht verharmlosen! Neue Aufgaben stehen an

Referate, Berichte, Beschlüsse der 15. Landeskongferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW

Die neofaschistische „Avantgarde“ in der ehemaligen DDR

Dokumente und Ergebnisse vom Antifaschistischen Ratschlag, 1. bis 3. November 1991 in Dresden

Schwerpunktmäßig befaßt sich diese Broschüre mit dem Aufbau neofaschistischer Strukturen in der ehemaligen DDR. 1989/90 begannen Neofaschisten aus der BRD systematisch damit, ihre bestehenden Kontakte im Osten auszubauen und durch organisatorische Neugründungen ihre politische Basis zu vergrößern. Herausgeber: die Berliner Vorbereitungsgruppe des Dresdener Ratschlags. März 1992. Erscheint im GNN-Verlag. 48 Seiten DIN A 4, 6,- DM. Bestellungen an: GNN-Verlag, Postfach 260226, 5000 Köln 1.



Bayer-Konzern: Die höchste Umsatzrendite wird im „Gesundheitssektor“ erzielt

Der Bayer-Konzern gehört zu den gewinnstärksten Unternehmen der BRD, gehört zu den vier umsatzstärksten Chemiekonzernen der Welt, ist der zweitgrößte Hersteller von Insektenvernichtungsmitteln (E-605 stammte von Bayer), er ist einer der weltgrößten Hersteller von Kunststoffen und Kunstfasern und schließlich: Er ist der zweitgrößte Pharmakonzern der Welt.

Im Jahr 1991 hatte der „Gesundheitssektor“ einen Anteil von 20,75 % am Gesamtumsatz von 42,4 Mrd. DM. Zum Konzerngewinn vor Steuern in Höhe von 3,18 Mrd. DM trug der „Gesundheitssektor“ aber 1,74 Mrd. DM bei, das sind 55 %, eine traumhafte Umsatzrendite von 19,7 % im Unterschied zu 7,5 % des Gesamtkonzerns.

Für das Jahr 1992 will der Bayer-Konzern den Gesamtumsatz auf 44,4 Mrd. DM steigern. 3,2 Mrd. DM sollen in die Forschung investiert werden, 200 Mio. DM mehr als 1991. Von dieser Steigerung entfallen 150 Mio. DM auf die Pharmaforschung. Im ersten Halbjahr 1992 liegt Bayer gut im Rennen: 1,75 Mrd. DM Konzerngewinn vor Steuern, Umsatz 22,2 Mrd. DM, der Bereich „Gesundheit“ habe sich wieder mit einer Steigerung von 4 % am besten entwickelt. Zur weiteren Konsolidierung will Bayer mehrere tausend Arbeitsplätze abbauen, davon 1.500 alleine bei der Konzernobergesellschaft Bayer AG. Bis zum Jahr 2000 soll im „Gesundheitssektor“ weltweit 13 Mrd. DM Umsatz hereingeht werden, 4 Mrd. mehr als 1991 mit 8,8 Mrd. DM.

Bayer-Medizin strikt nach Rentabilität

Für die Umsatzsteigerung im „Gesundheitssektor“ wird „innovativ“ geforscht. Als nächste Renner werden gentechnisch hergestellte Blutfaktor-VIII-Präparate für Bluterkrankte noch 1992 in den USA und danach 1993 bzw. 1994 in Europa auf den Markt vorstoßen. Kann man davon ausgehen, daß diese Präparate einen „Fortschritt“ bedeuten, oder ist nach der bisherigen Geschäftspolitik des Konzerns auf diesem Sektor nicht eher zu befürchten, daß nur ein neues Risiko auf die Bluterkrankten zukommt?

Bisher hat Bayer diese Faktor-VIII-Präparate aus Blutspenden hergestellt, die er billig in den USA über ihre Tochterfirmen Miles und Cutter eingekauft hatte. US-Blutderivate stammten und stammen von Spendern aus Risikogruppen in den ärmsten Schichten, die ihr Blut verkaufen müssen, um etwas zum Leben zu haben. Viele arbeitslose Mexikaner kommen zum Blutverkauf über die Grenze. Trotz des Anfang der 80er Jahre bekannt gewordenen HIV-Infektionsrisikos hat Bayer infizierte Präparate weiter verkauft, statt — wie von der WHO, dem Internationalen Roten Kreuz und dem Europarat empfohlen — auf Blutspender in der BRD zurückzugreifen und diese vorher untersuchen zu las-

sen. Das war für Bayer zu teuer. Ab 1983 hätte Bayer mit dem „Core-Test“ die Präparate überprüfen lassen können. Aus Kostengründen haben Miles und Cutter diese Tests erst viel später eingeführt. Seit Jahrzehnten bekannt sind Inaktivierungsverfahren, die sofort hätten angewandt werden müssen, als bekannt war, daß über die Faktor-VIII-Präparate HIV übertragen wird. Bayer hat dies erst einsetzen lassen, als es Ende 1985 vorgeschrieben war. Bis dahin ausgelieferte nicht inaktivierte Mittel wurden nicht zurückgerufen. Die Folgen dieser rücksichtslosen Geschäftspolitik der Pharma-Konzerne, vor allem der Firma Bayer, sind verheerend: Im Januar 1987 waren von den 780 an dem weltweit größten Zentrum für Bluterkrankte in Bonn betreuten Bluterkranken bereits 50 % mit dem HIV-Virus angesteckt, von den Patienten mit schwerer Hämophilie waren es 97 %. Carl Caspari berichtete auf der Aktionärskonferenz über diese „bislang größte Arzneimittelkatastrophe“. Warum haben die Ärzte mitgemacht? Dazu sagte er: „Ob alle Ärzte frühzeitig inaktivierte Gerinnungsmittel forderten und rezeptierten, muß bezweifelt werden. Eine gewisse Abhängigkeit zu Pharma-Firmen mit geflossenen Schmiergeldern in Millionenhöhe, Mengenrabatte, die pro rezeptierte Gerinnungseinheit stiegen, stehen dem entgegen. Das Gerinnungs-Präparat „Koate-Cutter“ des Bayer-Konzerns muß in diesem Zusammenhang zwingend erwähnt werden. Die ca. vier- bis fünfmal höheren Preise bei uns gegenüber dem US-Markt garantierten ein gutes und gewinnträchtiges Geschäft. Alleine bei einem Jahresumsatz des vorgenannten Zentrums von ca. 200 Millionen DM für Faktor-VIII-Konzentrate lagen die wirtschaftlichen Vorteile wohl auf der Hand.“

Der nächste Renner, bereits in der sog. Phase II der klinischen Prüfung, wird ein Antikörper gegen den Tumornekrosefaktor. Dieser Tumornekrosefaktor soll eine entscheidende Rolle spielen bei der Entstehung und Entwicklung der Krebserkrankungen. In allen Blättern werden Hoffnungen geschürt, daß wenn nur ein Medikament dagegen entwickelt wäre, ja dann käme der Durchbruch im Kampf gegen den Krebs. Der Markt wird schon bereitet. Die Vorstellung und Behauptung, irgend ein kleines Partikelchen spiele eine Schlüsselrolle beim Krebsgeschehen, ist aberwitzig. Statt die vielfältigen Ursachen für Krebserkrankungen zu untersuchen, zu erforschen, welche verschiedenen Schädigungen das Immunsystem des Menschen so zerstören können, daß es nicht mehr in der Lage ist, das Wachstum von Zellen im eigenen Körper zu kontrollieren, wird ständig nach kleinsten

Faktoren gesucht aus dem einzigen Grund, daß dann ein Medikament hergestellt und weltweit in großem Umfang abgesetzt werden kann. Mit „Macht“ wird Bayer dafür sorgen, daß in allen Kliniken die „moderne“ Krebstherapie eingesetzt wird. Mit „klinischen Studien“, auch wenn nur ein Schimmer von Hoffnung besteht, wird Druck gemacht, Ablehnung der Therapie bedeute Selbstmord bzw. Mord. Das ging bisher schon so weit, daß in Augsburg Eltern, die ihr Kind nicht mit Cytostatika weiter behandeln lassen wollten, das Sorgerecht vorübergehend entzogen wurde. Die Pharmaindustrie bestimmt, was geforscht wird, sie bestimmt, was „wissenschaftlich der neueste Stand“ in der Therapie ist, und verlangt bzw. erkaufte Gehorsam.

Eroberung des Ostmarktes

Die Erhöhung des Umsatzes im „Gesundheitssektor“ von 8,8 auf 13 Mrd. DM in neun Jahren kann nicht nur durch neue Medikamente erreicht werden, sondern auch durch gesetzliche Maßnahmen, die es erleichtern, kleinere Konkurrenten zu vernichten, und vor allem durch die Eroberung des Ost-Marktes. Vertreter von Pharmafirmen und Wissenschaftler aus den USA, den Niederlanden, aus Deutschland, Indien und Japan haben zusammen mit dem Präsidenten des russischen Arzneimittelinstituts die „gemeinnützige“ Einrich-

tung IFDES, „International Foundation for Drugs Efficacy and Safety“, gegründet, um der GUS „beim Aufbau eines modernen Arzneimittelwesens zu helfen“. Treibende Kraft des Vereins ist Prof. Dr. Jürgen Frölich, Klinischer Pharmakologe an der Medizinischen Hochschule Hannover. Er teilt mit, der gesamte Arzneimittelbereich in der GUS sei eine einzige Katastrophe, Wege der Arzneimittelzulassung seien nicht klar vorgeschrieben, und die Kriterien, nach denen Medikamente beurteilt werden, seien verschwommen. Selbstverständlich könne man den Russen nicht empfehlen, homöopathische Medizin zu betreiben, sie brauchen also harte chemische Ware. Sie könnten höchstens 20 % der benötigten Arzneien selber herstellen, und diese entsprächen nicht den Qualitätskriterien, die in den vergangenen Jahrzehnten im Westen erarbeitet wurden. Wichtigstes Instrument von IFDES sollen Aus- und Weiterbildungskurse sein, die unter Federführung von Frölich in Hannover stattfinden werden. Grundwissen in den Bereichen Arzneimittelzulassung, notwendige klinische Prüfungsphasen und Verteilungswege der Medikamente werde vermittelt. Das Geld dafür kommt von Pharma-Unternehmen, die auch Referenten stellen neben Spezialisten von Hochschulen. Ein ausgezeichnetes Marketing-Programm für die GUS unter deutscher Führung. Und wenn die Bundesregierung „Aufbauhilfe“

für das Gesundheitswesen in der GUS leistet, kommt das Geld schnurstracks zu westdeutschen Pharma-Konzernen und nicht zuletzt Bayer zurück.

Weltweites Netz

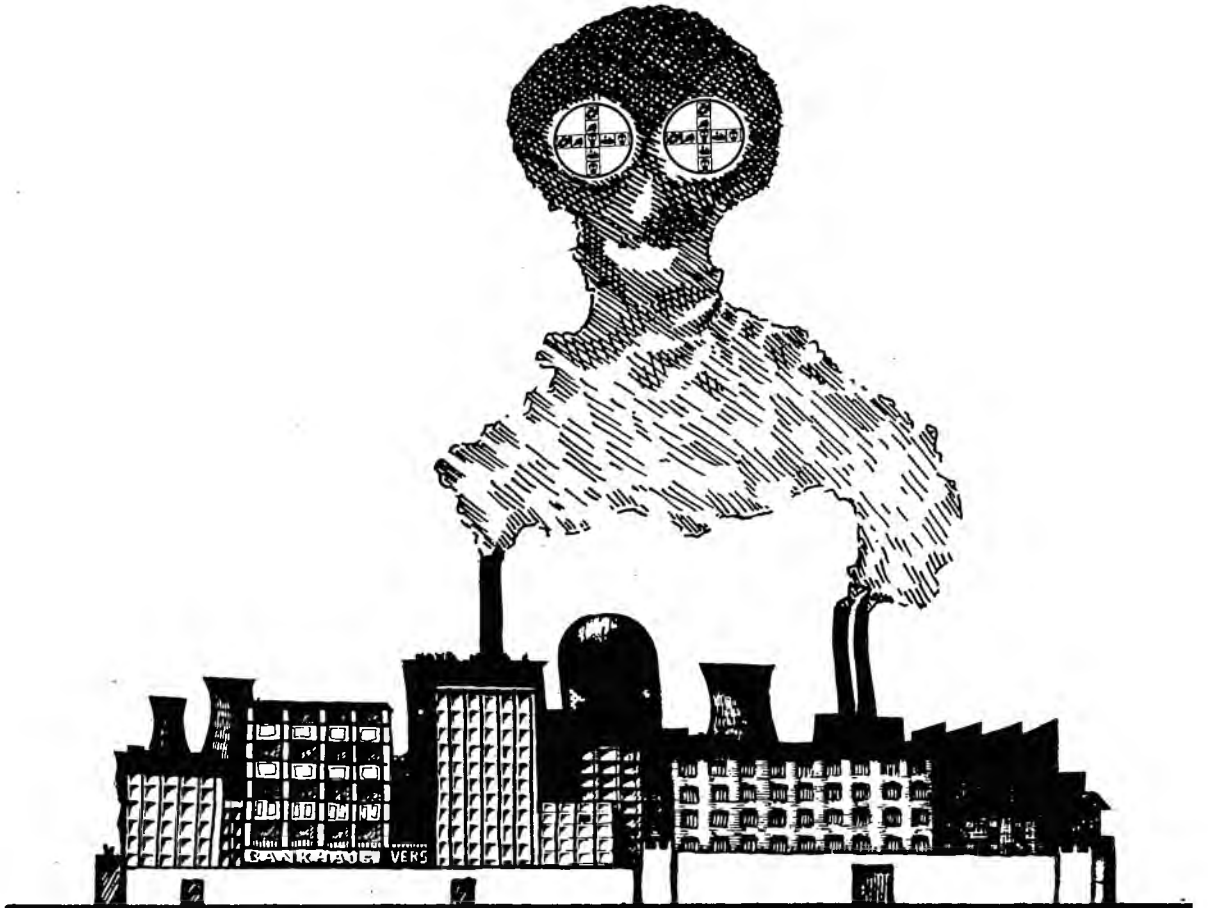
Bayer treibt auf der ganzen Welt seine Geschäfte, und der große weiße Fleck der ehemaligen Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten wird jetzt erobert. Bis 1989 gab es nur in Jugoslawien und Ungarn Bayer-Werke. Über 700 Betriebsstätten bzw. Handelsniederlassungen gehören zu dem Bayer-Konzern in 70 Ländern, die meisten in der BRD, USA und Japan. Schätzungsweise 250.000 Menschen haben 1989 für Bayer weltweit gearbeitet, 120.000 in Europa. Man muß schätzen, weil Bayer nicht verpflichtet ist, über sein weltweites Imperium Auskunft zu geben. Das Kapital wird dahin geschoben, wo der „Standort“ profitabel ist: In der Türkei werden Gifte produziert, die in der BRD verboten sind, und das ohne Arbeitsschutz, in den USA wird gentechnologisch geforscht und produziert, um die strengen Kontrollen in der BRD zu umgehen, in Peru zahlt er Hungerlöhne und läßt die Gewerkschaften zerschlagen, Zugang zu billigen Rohstoffen verschafft er sich jeweils vor Ort, Leute, die seine Geschäfte führen, werden weltweit hochbezahlt (Geschäftsführer Chemie/Pharmazie bekommen in der BRD 36.000 DM monatlich), damit sie

skrupellos das Interesse des Bayer-Konzerns durchsetzen.

Was kann man gegen Bayer tun?

Was kann gegen die Politik von großen Konzernen, wie den Bayer-Konzern, unternommen werden? Auf den jährlichen Aktionärsversammlungen treten seit einigen Jahren Kritiker auf, und seither wächst die Teilnehmerzahl von früher 4000 auf inzwischen über 15.000. Bayer reagiert nicht bzw. mit juristischer Verfolgung wegen angeblicher Verleumdung. Man könnte auf die Medikamente von Bayer leicht verzichten, die Anti-Chemie-Stimmung von immer mehr Patienten fürchtet Bayer. Bestechungen in den Krankenhäusern („Sponsoring“), was nach den neuen Krankenhausfinanzierungsvorschriften von Seehofer zunehmen wird, muß aufgedeckt und kritisiert werden. Die Finanzierung der Ostexpansion des Bayer-Konzerns u. a. Konzerne aus Steuergeldern durch die Bundesregierung muß bekämpft werden. Gewerkschaftliche Kämpfe der Belegschaften sind wichtig. Zu viele glauben noch, daß die Forschung bei Bayer wirklichen Fortschritt in der Medizin und die „innovativen“, „modernen“ Medikamente Segen über die Menschheit bringen.

Quelle: Informationsdienst Gesundheitspolitik der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, Nr. 19/92 — (sul)



Aus dem „Alternativen Geschäftsbericht“ der „Kritischen Aktionäre“.

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres-/Jahresabo (26.- bzw. 52.- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39.- DM je Einzelabo)
- ☐ Halb-/Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:
(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

20/92

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260 226, Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 12 07 22, 6900 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Postfach 260 226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über: GNN, Dachauerstr. 28, 8000 München 2), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Staschelt (über: GNN-Verlag, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz), Werner Thümler (über: GNN, Czernikowstr. 5, 1000 Westberlin 62).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel.: 0221/21 65 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26.- DM (Förderabo 39.- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 52.- DM (Förderabo 78.- DM). Für

Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1.- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Staschelt; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig veröffentlicht: Beilage, Gesamte Beträge aus der Diskussion der Linken.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikowstr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Dachauerstr. 28 (Rg.), 8000 München 2

für Bezieher aus Ostdeutschland
GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz